PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Telefon 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 40 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Telefon 0621 / 36 014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Kto.-Nr. 18.909.05 oder: PSchA Karlsruhe, Kto.-Nr. 958.37-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 22.7.1975 fertiggestellt.

24. Juli 1975 Jg. 3 Nr. 29 50 Pfennig

Portugal:

Die arbeitenden Klassen wollen die Volksmacht

Nach dem Rücktritt ihrer Minister aus der Regierung hat die Sozialistische Partei in Portugal am vergangenen Wochenende ihre Anhänger zu Massenkundgebungen mobilisiert. Für die Freiheit sollte es gehen, speziell für die Pressefreiheit und gegen die revisionistische Kommunistische Partei Portugals unter Führung von Cunhal.

Gefolgt sind dem Aufruf der Sozialistischen Partei in Porto angeblich 70 000 und in Lissabon 80 000. Die Sozialisten und mit ihnen die bürgerliche Presse in Westeuropa behaupten, das sei das Volk gewesen. Ein Reporter, der Montag im Fernsehen dazu befragt wurde, sah es anders: "*Kleinbürger, die den Schlips abgenommen hatten*", seien gekommen. Offenbar ist, daß die Arbeiterklasse dem Aufruf der Sozialisten nicht gefolgt ist. Die "Frankfurter Allgemeine" legt das offen, wenn sie nachdenkt, "*über welche Reserven Soares noch verfügt*" für konterrevolutionäre Politik. "*Oppositionelle Macht in Portugal hätte sich jetzt nicht auf die Erinnerung an soundsoviel Prozent der Wahlstimmen zu stützen, sondern auf die Fähigkeit, den Generalstreik auszurufen. Gerade dies aber liegt nicht im Bereich der Sozialisten. Ihre Wähler sind zum größten Teil Kleinbürger und zu kleinbürgerlicher Existenz neigende Arbeiter.*" (21. Juli)

Die Sozialistische Partei Portugals hat für die Pressefreiheit aufgerufen. Bekannt ist, daß sie gegen das Recht der Arbeiter ist, eine Zeitung, die sie herstellen, auch politisch im Interesse der Arbeiterklasse zu nutzen. Vielmehr tritt sie ein für das Recht der Eigentümer, die Richtung der Zeitungen nach ihrem Gutdünken zu bestimmen. Das ist der Kern der Sache. Dafür ist aber niemand auf die Straße zu bringen: Wer demonstriert schon für das Eigentumsrecht von Zeitungsverlegern? Deshalb hat die Sozialistische Partei am vergangenen Wochenende nicht aufgerufen, für das Privateigentum zu demonstrieren, sondern für die Pressefreiheit.

Die Sozialistische Partei hat aufgerufen, die Freiheit gegen die Gefahr einer Diktatur zu verteidigen. Bekannt ist, daß die Sozialistische Partei gegen die Basisorganisationen und Volkskomitees ist, die in Portugal aufgebaut werden, und für ein Parlament, durch das die Regierung gewählt werden soll. Sie ist gegen die direkte Demokratie und gegen die breite politische Organisierung der arbeitenden Massen. Dann sei die Gefahr der Manipulierung der Massen zu groß, behauptet sie. Stattdessen sollen die Massen unorganisiert und ohne direkten Einfluß bleiben und die Parlamente und Regierungen sollen entscheiden. Auch dafür ist eine breite und aktive Unterstützung schwer zu bekommen, wenn die Massen erst begonnen haben, selber zu sprechen. Deshalb hat die Sozialistische Partei nicht versucht, für ein Parlament aufzurufen und gegen die Volksversammlungen und Räte zu mobilisieren.

Die Sozialistische Partei hat ebenfalls nicht gewagt, zum Protest gegen die Bewegung der Streitkräfte (MFA) aufzurufen und für eine gehorsame Armee. Obwohl Mario Soares zweifellos nichts lieber sähe als sich als Regierungschef und eine Armee, die pariert. Tatsächlich ist die Lage anders: "*In Portugal ist momentan eine starke, ordnende Staatsautorität nicht möglich und auch nicht vorgesehen*", schreibt der Lissaboner Korrespondent der "Frankfurter Rundschau", "*Selbst die militärische Hierarchie existiert nur noch sehr bedingt. In jeder Einheit funktioniert heute eine Art Parlament, in der Militärsprache ADU, Assembleia de Unidade (Einheitsversammlung), genannt, ein Konsultativorgan, welches alle Probleme der betreffenden Militäreinheit durchspricht. In dem 1. Pionier-Regiment in Pontinha besteht das ADU bezeichnenderweise aus 13 Soldaten und zwölf Offizieren.*" (16. Juli) Die Armee als Instrument des bürgerlichen Staates befindet sich also in voller Zersetzung, und die aus dem Volk kommenden Soldaten beraten, wessen Sache gerecht ist und wofür sie eintreten wollen. Grund für die bürgerliche Presse Westeuropas, die Gefahr einer Militärdiktatur zu beschwören. Die "Stuttgarter Zeitung" berichtet von dem "*Schock*", den ihr die Tatsache versetzt hat, "*daß Wehrmachtsangehörige gegen die Staatsordnung demonstrierten, die sie zu schützen haben*", wie es in der vergangenen Woche in Portugal vor dem Gebäude der Nationalversammlung geschah (21. Juli). Umgekehrt ist das ein Grund für die breiten Volksmassen in Portugal, die enge Verbindung mit den Soldaten zu suchen. In dieser Lage konnte es die Sozialistische Partei auch nicht wagen, gegen die Bewegung der Streitkräfte und für eine gehorsame Armee die Massen aufzurufen.

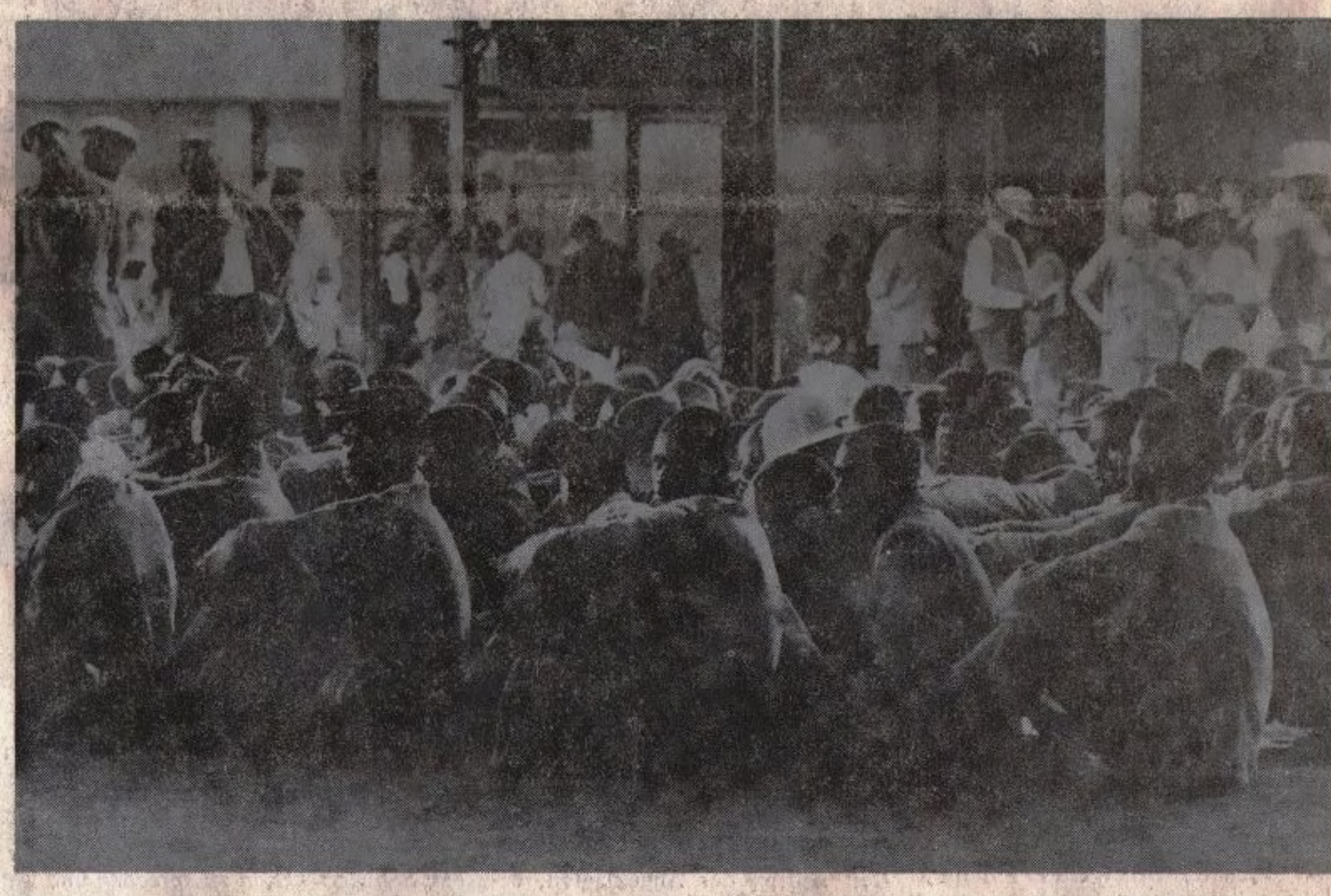
Die sozialistische Partei Portugals hat ihre Aufrufe und Kundgebungen schließlich gegen die revisionistische Kommunistische Partei Portugals gerichtet. Dabei konnte sie sich offenbar auf einen wachsenden Zorn im Volk beziehen über Ämterspringen und Postenjägerei der Revisionisten im Staatsapparat, im Rundfunk und in den Gewerkschaften und auf ein berechtigtes Mißtrauen wegen der Verbindungen der portugiesischen Revisionisten zu den russischen Sozialimperialisten. Der Korrespondent der "Stuttgarter Zeitung" berichtet: "*Was vor einigen Monaten nicht denkbar gewesen wäre, gehört heute nahezu zu den Tagesereignissen: daß kommunistische Versammlungen gestört, kommunistische Parteihäuser besetzt oder belagert, kommunistische Anträge in Betriebsversammlungen und Gewerkschaftssitzungen abgelehnt werden.*" (21. Juli) In der Sprache der bürgerlichen Zeitungen sind unter "kommunistisch" die Revisionisten gemeint, während die revolutionären Organisationen unter der Bezeichnung "linksradikale" erscheinen.

Die Massenkundgebungen der Sozialisten, die ihre Stärke zum Ausdruck bringen sollten, haben so in Wahrheit die aktuelle Schwäche der Kräfte offenbart, die sich gegen die revolutionären Bestrebungen der Arbeiterklasse und der Volksmassen wenden. Und diese Schwäche rührt

Fortsetzung Seite 2



Sitzung der Arbeiterkommission in einer portugiesischen Konservenfabrik (Berichte zu den Klassenkämpfen in Portugal auf den Seiten 3 und 5)



Südafrika: Schwarze Kontraktarbeiter aus den Reservaten werden begutachtet. Tagelang müssen sie ohne Bezahlung warten. Interview mit einem Sprecher der südafrikanischen Befreiungsbewegung ANC auf Seite 15.

„Nullwachstum"

In der bürgerlichen Presse wird viel vom "Nullwachstum" geschrieben. Das Fernsehen ist voller Nullwachstum und die bürgerlichen Politiker nehmen dazu Stellung. Gemeint ist mit dem Nullwachstum, daß die Masse der Waren und Dienstleistungen, die von den Arbeitern produziert und erbracht werden, im Vergleich zum Vorjahr gleichgeblieben ist. Oder sogar gesunken ist, was als "negatives Wachstum" bezeichnet wird.

Die bürgerlichen Wirtschaftsprofessoren runzeln die Stirn und verlautbaren: Wo Nullwachstum ist, da muß man sich einschränken. Wenn nicht mehr "da" ist, kann auch nicht mehr "verteilt" werden. Denn von nichts kommt nichts. Damit meinen sie, daß bei "Nullwachstum" die Löhne der Arbeiter gesenkt werden müssen. Naturnotwendig sozusagen.

Die ökonomische Wirklichkeit schaut anders aus. Es sind nämlich über eine Millionen Arbeiter weniger als vor zwei Jahren, die immer noch ein höheres Produkt herstellen als vor zwei Jahren. Tatsächlich wurden im Verlauf dieser beiden Jahre über eine Millionen Arbeiter aus der Produktion herausentfernt. Durch Arbeitslosigkeit. Durch frühzeitige Verrentung. Durch Abschiebung ins Ausland. Offensichtlich haben die Arbeiter, die jetzt in der Produktion sind, das Werk jener einen Millionen mit übernommen. Denn, ganz richtig, von nichts kommt nichts.

Was die Verausgabung von Arbeitskraft angeht, so kann von Nullwachstum wirklich nicht gesprochen werden. Tatsächlich findet eine gesteigerte Ausbeutung der Arbeitskraft statt. Bezahlt wird diese gesteigerte Ausbeutung der Arbeitskraft nicht. Bloß die Arbeiter zahlen dafür. Mit gestiegener Unfallrate. Mit vorzeitiger Verrentung wegen Verschleiß der Arbeitskraft. Schließlich mit dem Absinken der durchschnittlichen Lebenserwartung der Arbeiterbevölkerung. Den Lohn dieser gesteigerten Ausbeutung sacken die Kapitalisten ein. Denn sie kriegen mehr Arbeitsleistung für gleichen oder gar weniger Lohn. Das ist die nackte ökonomische Tatsache, an der man festhalten muß, auch wenn in der Krisis etliche Kapitalisten ersticken an der Produktenmasse, die sie aus den Arbeitern herausgeschunden haben und die sie nicht an den Mann bringen können.

Das ganze Gaunerstück läuft unter dem Schlagwort "Rationalisierung". Behauptet wird, rationalisiert würde, um die Produkte billiger und sparsamer herzustellen. Eine schöne Sparsamkeit ist das, die Millionen aus der Produktion wirft und durch Arbeitslosigkeit ruiniert, bloß um die anderen frühzeitig kaputtzuschinden. Es ist Schindluder getrieben mit dem einzigen Besitz, den die Arbeiter haben, mit der Arbeitskraft. Es ist daher erforderlich, daß die Arbeiter gegenüber dieser Sorte Sparsamkeit ebenfalls Sparsamkeit walten lassen und darum kämpfen, daß ihnen ihre Arbeitskraft der gesteigerten Ausbeutung entsprechend vergolten wird. Warum sollten sie den Kapitalisten was schenken?

Initiative für Ausschluss Israels aus der UNO ist gerecht

"Kissinger warnt die Entwicklungsländer – Kritik an der Blockbildung in der UNO – Auszug aus der Weltorganisation angedroht" (Süddeutsche Zeitung vom 16. Juli). Mit solchen Erklärungen hat Kissinger auf die Konferenz der vierzig Islam-Staaten reagiert, die über die Verstärkung des Kampfes gegen den Besatzerstaat Israel berieten.

Er hat mächtig auf die Pauke gehauen – und genützt hat es ihm nichts: *"Die Außenminister der vierzig islamischen Staaten haben zum Abschluß ihrer viertägigen Beratungen in der saudi-arabischen Stadt Dschidda den Ausschluß Israels aus den Vereinten Nationen gefordert."* (Die Welt vom 17. Juli) Weiter hat die Konferenz alle Mitgliedsländer der UNO aufgefordert, *"ihre politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu Israel abzubrechen, weil sich Israel weigere, die UNO-Resolution zu befolgen, die einen Rückzug Israels aus allen besetzten arabischen Gebieten vorsehe"* (Die Welt vom 17. Juli).

Schon jetzt fürchten die US-Imperialisten und Israel die nächste UNO-Vollversammlung. Schon jetzt arbeiten sie mit dem Mittel der Drohung und Erpressung, um zu verhindern, daß sich die gerechte Initiative für den Ausschluß Israels aus der UNO durchsetzt. Der amerikanische Senat hat eine Resolution beschlossen, die die Regierung auffordert, ihre Beziehungen zu all den Staaten zu überprüfen, die in der UNO für den Ausschluß Israels stimmen. Er hat weiter die Regierung aufgefordert, die Mitgliedschaft der USA in der UNO zu überprüfen, falls Israel aus der UNO ausgeschlossen werden sollte (Le Monde vom 20. Juli). Kissinger warnte davor, *"mit der UNO-Mitgliedschaft durch Verfahrensmißbrauch zu manipulieren"* (Süddeutsche Zeitung vom 16. Juli).

Die EG hat sich ebenfalls gegen den Ausschluß ausgesprochen. Die bürgerliche Presse in Westdeutschland behauptet, daß diese Initiative ein flagranter Verstoß gegen die Prinzipien der UNO sei. Sie will davon ablenken, daß Israel selber ein Rekordhalter in der Verletzung, Verhöhnung und Mißachtung von Beschlüssen der UNO ist. Das wird nicht so leicht sein, weil diese Tatsachen bewiesen werden können.

Erstens: Der Artikel 16 der UN-Charta hält fest, daß es das Recht und die Pflicht aller Staaten ist, **"Kolonialismus, Apartheid, Rassendiskriminierung, Neokolonialismus und alle Formen ausländischer Aggression, Besetzung und Herrschaft"** als Bedingung ihrer Entwicklung zu beseitigen. Israel aber ist ein Besatzerstaat, der nur durch gewaltsame Vertreibung des palästinensischen Volkes zustandegekommen ist, der nur auf Kosten der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes existiert. Israel ist ein aggressiver Staat, der sich in wiederholten Aggressionskriegen arabische Territorien erobert hat. Also bezieht sich die Initiative dieser vierzig Staaten der Dritten Welt völlig zu Recht auf die UN-Charta und steht in Übereinstimmung mit ihr.

Zweitens: Nachdem Israel 1947 in seinem ersten Aggressionskrieg Massaker durchführte und die Palästinenser von ihrem Boden vertrieb, beschloß die UNO in zwei Resolutionen vom 29. November 1947 und 11. Dezember 1948, daß alle Vertriebenen das Recht haben müssen, auf ihr Land zurückzukehren, und verpflichtete Israel, für **"verlorenes oder beschädigtes Eigentum der Palästinenser Entschädigung zu bezahlen"**. Als Israel seine Mitgliedschaft in der UNO beantragte, wurde seine Aufnahme in der Resolution 273 vom 11. Mai 1949 ausdrücklich an die Bedingung geknüpft, diese UNO-Resolutionen durchzuführen. Anderenfalls sei eine Mitgliedschaft nicht möglich. Israel akzeptierte diese Bedingungen und diese Resolution. Kaum hatte es sich so die Eintrittskarte in die UNO verschafft, behandelte es diese Beschlüsse als einen Fetzen Papier und scherte sich einen Dreck darum. Schon zwei Monate nach der UNO-Resolution übergab das israelische Außenministerium am 28. Juli 1949 dem technischen Komitee, das dem palästinensischen Schlichtungskomitee der UNO angehörte, ein Memorandum mit folgendem Inhalt: *"Die Uhr kann nicht zurückgedreht werden. Die Rückkehr eines einzigen arabischen Vertriebenen in sein Herkunftsland ist unmöglich."* Am 5. Dezember 1949, also nur sieben Monate nach der UNO-Resolution, erklärte der damalige Chef des Zionistenstaates, Ben Gurion, vor dem Parlament: *"Israel betrachtet den Beschluß der UNO vom 29. November 1947 als illegal und nicht existent."* Und schließlich lehnte Israel diese Resolution auch noch direkt vor der UNO ab. Dies alles ohne Konsequenzen. Damals konnte sich Israel diese Dreistigkeit noch leisten, denn der Befreiungskampf des palästinensischen Volkes war noch gering entfaltet und die UNO ein Tanzboden der imperialistischen Mächte. Insbesondere die USA haben diese Lumpereien gedeckt. Heute aber führt das palästinensische Volk seinen Befreiungskampf mit der Waffe in der Hand, die arabische Nation kämpft für die Zurückgewinnung der besetzten Gebiete, und in der UNO spiegelt sich die Tendenz wider, daß sich die Staaten der Dritten Welt gegen Imperialismus, Kolonialismus und Rassismus zusammenschließen.

Drittens hat dies sich in der UNO bereits niedergeschlagen. Vor diesem Forum ist es nicht mehr möglich, die Rechte des palästinensischen Volkes als *"Flüchtlingsfrage"* zu behandeln und seine Vertretung, die PLO, als Verbrecherbande. Im Gegenteil, auf der letzten UNO-Vollversammlung 1974 haben die Delegierten der Staaten der Dritten Welt den Interessen des palästinensischen Volkes die Geltung verschafft, die ihm gebühren. Es wurde eine Resolution beschlossen, **"die die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes von neuem bekräftigt einschließlich des Rechtes auf Selbstbestimmung ohne äußere Einmischung und des Rechtes auf die nationale Unabhängigkeit und Souveränität."**

Die Resolution erkennt das Recht des palästinensischen Volkes an, seine Rechte in Übereinstimmung mit den Vorsätzen und Prinzipien der UNO-Charta mit allen Mitteln wiederzugewinnen. Sie appelliert an alle Staaten und internationalen Organisationen, das palästinensische Volk in seinem Kampf für die Wiederherstellung seiner Rechte in Übereinstimmung mit der UNO-Charta zu unterstützen" (Peking Rundschau Nr. 48/1974). Weiter wurde beschlossen, daß die PLO in Zukunft an den Tagungen und der Arbeit der UNO-Vollversammlung sowie an von der UNO einberufenen internationalen Konferenzen teilnimmt. Als diese Resolutionen mit großer Mehrheit angenommen wurden, gab es langanhaltenden und stürmischen Beifall. Kissinger werden davon die Ohren geklungen haben.

So kann man gut verstehen, daß Israels Schutzengel Kissinger jetzt aufgeregt mit seinen Flügeln flattert. Auch aus dieser Auseinandersetzung wird er gerupft hervorgehen.

H.J.H.

Portugal ... Forts. von S. 1

Forts. von S. 1

nicht nur daher, daß ihnen Waffen fehlen, sondern daß der Einfluß revolutionärer Ideen auf das Volk stark ist, weswegen die Konterrevolution nicht wagen kann, offen für ihre Ziele aufzutreten.

Die Ausbeuterklassen in Portugal und in Westeuropa sind deshalb keineswegs beruhigt durch die Massenkundgebungen der Sozialisten. Sie sehen nicht, auf welche organisatorischen Kräfte sich die Konterrevolution in Portugal gegenwärtig stützen soll und unter welchen Forderungen und Parolen sie die arbeitenden Massen wieder für sich gewinnen wollen. Zum Teil warnen sie sogar vor einer zu schnellen Verschärfung der Lage durch Provokationen von rechts. Die "Süddeutsche Zeitung" berichtet: *"Soares weiß, ... daß viele jetzt der Sozialistischen Partei folgen, die nicht deren Mitglieder und Wähler sind, und etliche Randgruppen der Kundgebung schienen wirklich Provokationen im Sinn zu haben."*

Beruhigt sind sie auch nicht dadurch, daß dem Aufruf der Kommunistischen Partei Portugals, Barrikaden zu errichten und die Anhänger der Sozialisten nicht nach Porto und Lissabon hineinzulassen, offensichtlich nur wenige Arbeiter gefolgt sind. Während die Bourgeoisie sonst nicht müde wird, die kommunistische Gefahr zu beschwören und dabei auf die Revisionisten zu zeigen, äußert sie über diesen Mißerfolg der Revisionisten kaum Genugtuung. Er nimmt ihr nicht die Sorge ab über den Zusammenschluß und die wachsende Organisierung der arbeitenden Massen.

"Die Klassenkämpfe in Portugal werden getragen von kleinen, radikalen Gruppierungen. Die Mehrheit des Volkes will Reformen und eine parlamentarische Demokratie" – Das ist der ständig wiederholte Kern der bürgerlichen Propaganda. Die Ereignisse vom vergangenen Wochenende bestätigen diese Behauptung nicht. Sie sprechen gegen sie.

W.M.

"Offensive Aufgaben" der sowjetischen Marine

"Die sowjetische Marine ist inzwischen aus den Küstengewässern und Binnenseen herausgewachsen und vertraut geworden mit den weiten Ozeanen", das schrieb die sowjetische Wochenzeitung "Der Kommunist in der Armee" in Nr. 6/1975. *"Sie besitzt alle notwendigen Fähigkeiten, um gleichzeitig in allen Ozeanen weitreichende militärische Operationen durchzuführen und sie kann Schiffs- und Bodenraketen auf große Entfernungen abschießen und rasch auf dem Territorium des Feindes landen."* Am 25. Juli 1969 hat der Oberkommandierende der sowjetischen Flotte, Admiral Gorshkov, geprahlt, die sowjetische Flotte sei in der Lage, *"ihre offensive Aufgabe überall in der Welt zu erfüllen"* (Hsinhua, July 3, 1975)

Senkung der Militärausgaben in der Volksrepublik China

Die Volksrepublik China habe während der letzten drei Jahre ihre Militärausgaben um 25 % gesenkt. Zu diesem Ergebnis kommt der amerikanische Geheimdienst CIA. Ungewollt muß diese Organisation der Konterrevolution damit Zeugnis ablegen von der Tatsache, daß die Volksrepublik China tatsächlich abrüstet, allen voran die Supermächte USA und UdSSR in ihrem Streben nach Hegemonie, nur davon reden, pompöse Konferenzen mit großem Theater abziehen, in Wahrheit aber unaufhörlich aufrüsten und sich auf den Krieg vorbereiten.

170 Millionen Arbeitslose auf der Welt

170 Millionen Menschen sind gegenwärtig arbeitslos. Das ergeben die Berechnungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf. Allein in den Ländern der Dritten Welt gibt es danach 150 Millionen Arbeitslose. Erst sei in dieser Zahl nur die offene Arbeitslosigkeit. Die versteckte Arbeitslosigkeit betrage in den Ländern der Dritten Welt, wo etwa 2 Milliarden Menschen leben, im Durchschnitt 40 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung. Der Kapitalismus habe die traditionelle Produktionsweise vernichtet und ... zum Ruin von Abermillionen Bauern und Handwerkern geführt. Eine eigenständige kapitalistische Entwicklung aber wird durch den Druck des ausländischen Imperialismus gehindert. Auch in den imperialistischen Ländern selber sind heute mehr Arbeiter arbeitslos als jemals zuvor in den letzten 40 Jahren. Zahlen sind zugänglich für die USA, Kanada, Japan, Australien und Westeuropa, wo 15 Millionen auf der Straße liegen und 6 Millionen kurzarbeiten müssen, weil die Produktion in die Fesseln der privaten Profitmacherei gezwungen ist. (Angaben nach Süddeutsche Zeitung, 17.7.1975)

Handel mit Arbeitssklaven

Über einen "schwunghaften Handel mit ausländischen Arbeitskräften" berichtet das Bundesarbeitsministerium. In den letzten beiden Jahren sind 25 700 Verwarnungen für die Beschäftigung eines Ausländers ohne Arbeitserlaubnis ausgesprochen worden. Wegen "unerlaubten Verleihens eines nichtdeutschen Arbeitnehmers ohne Arbeitserlaubnis" wurden 60 Strafanzeigen gestellt und 94 Anzeigen wegen "unberechtigten Vermittelns von Arbeitnehmern von und nach dem Ausland oder von Arbeitnehmern aus dem Ausland ohne Arbeitserlaubnis ins Inland". Nicht daß überhaupt mit Arbeitssklaven Handel getrieben wird, veranlaßte die Behörden zum Einschreiten. Eingegriffen wurde, wo das "unerlaubt" geschah, auf dem schwarzen Markt. Grundsätzlich steht für die Kapitalisten fest, daß der Arbeiter eine Ware ist, von der zu jeder Zeit eine ausreichende Menge billig auf dem Markt anzutreffen sein muß, wofür die behördliche Marktregelung zu sorgen hat. Aus der Schweiz wurde gemeldet, daß dort die Kantone gegenwärtig keine neuen "Bezugsrechte für Gastarbeiter" mehr erhalten. (Angaben nach: Süddeutsche Zeitung vom 17. Juli und Frankfurter Rundschau vom 14. Juli)

RAF-Prozeß

Verfassungsbeschwerde nicht befaßt

Erstmals direkt mit dem Stammheimer RAF-Prozeß befaßt hat sich in der letzten Woche auch das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe.

Zu befassen hatte es eine Verfassungsbeschwerde Baaders und seines Anwalts Heldmann wegen der Verweigerung einer zehntägigen Einarbeitungszeit für Heldmann in die Prozeßakten durch das Stuttgarter Gericht. Befaßt hat das Bundesverfassungsgericht diese Beschwerde dergestalt, daß es ihre Nichtbefassung beschlossen hat. *"Das Dreierkollegium des 2. Senats beim Bundesverfassungsgericht hält das Interesse Baaders nicht für schutzwürdig, da ihm der Weg einer Revision offenstünde."* (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. Juli) Das Interesse Baaders, welches das Gericht nicht für "schutzwürdig" hält, was ist es aber anderes als sein Recht auf Verteidigung vor Gericht! Was dieses oberste Gericht nicht für schutzwürdig hält, ist damit nichts anderes als das Recht auf Verteidigung, wo dieses Recht von Angeklagten und Anwälten benutzt wird, die Schandtaten der Justiz und Polizei offenzulegen.

Richter Prinzing hat bei dieser Gelegenheit gleich auch noch ein wenig über die wirklichen Gründe, warum er Heldmann keine Einarbeitungszeit gewährte, auf den Tisch gelegt. *"Der vorsitzende Richter Prinzing ergänzte dazu, daß der in Stammheim erkennende 2. Senat am Stuttgarter Oberlandesgericht die Ablehnung der Vorbereitung nicht deshalb entschieden hätte, um eine Verzögerung zu vermeiden, sondern um die Pflichtverteidiger nicht zu desavouieren."* (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. Juli) Durch diese Pflichtverteidiger sei Baader hinreichend verteidigt. Nun sind freilich diese "Pflichtverteidiger" genannten Zwangsanwälte alles andere als zarte Pflänzchen, die leicht "zu desavouieren" (bloßzustellen) wären, insbesondere da es bei Verteidigern, die für dieses Spiel der Justiz hergeben, nichts mehr zu desavouieren gibt. Mit diesem Ausspruch hat Prinzing daher offen zugestanden, daß ihm kein Trick zu schäbig ist, jene Verteidiger, die das Vertrauen der Angeklagten genießen, auszuschalten. Daß er dies so offen ausspricht, hat seinen Grund wohl darin, daß er jetzt sicher sein kann, daß auch das Bundesverfassungsgericht ihn deckt.

Den Antrag der Angeklagten, bezüglich ihrer Haftbedingungen den anderen Häftlingen gleichgestellt zu werden, hat das Gericht im wesentlichen abgelehnt, wobei es nicht mehr vor den zynischsten und wahrheitsentstellendsten Behauptungen zurückschreckt. Die Aufhebung der Einzelhaft nach über drei Jahren sei aus Gründen der "Sicherheit" nicht möglich, und im gleichen Atemzug hieß es, die mögliche Verlegung in Zweierzellen sei ein "Abbau von Privilegien", denn ein solches Privileg stelle die Einzelhaft dar. Was Prinzing als Privileg bezeichnet, ist aber in Wirklichkeit Vernichtungshaft und liest sich in der italienischen Tageszeitung "La Stampa" folgendermaßen: *"Die Gesundheit der vier Angeklagten verschlechtert sich von Tag zu Tag. Sie sind mager, kalkweiß, haben Schwierigkeiten zu sprechen und ihre Nerven zu kontrollieren. Ganz abgesehen davon, ob die Beschuldigungen wegen Isolationshaft berechtigt oder unberechtigt sind: Die vier, die auf der Anklagebank sitzen, sind menschliche Wracks."*

Aber alle Verdrehung der Wahrheit und auch die Absegnung durch das Bundesverfassungsgericht kann nicht verhindern, daß der Justizapparat bei dem Versuch der Vernichtung der Angeklagten und der Zerschlagung ihrer Verteidigung ständig Niederlagen erleidet. So mußte der Rechtsanwalt Ströbele jetzt wieder freigelassen werden, da "ein dringender Tatverdacht" nicht vorliege. Der freilich hat nie vorgelegen, woran man sehen kann, daß die Verhaftung der Rechtsanwälte Ströbele und Croissant keinem anderen Zweck diente, als in Ruhe deren Büros und Wohnungen zu durchsuchen, um schließlich einen "dringenden Tatverdacht" zu konstruieren. Daß dieses Manöver des Staatsapparates scheiterte, heißt aber nur, daß er sich eines anderen und nicht weniger übles ausdenken wird, um doch noch zu seinem Ziel der Ausschaltung der Anwälte zu kommen, die das Vertrauen der Angeklagten genießen.

c.r.

Bundeseinheitliches Polizeigesetz

Im Zuge der Aufrüstung des Polizeiapparates soll es nach dem Willen des Bundesinnenministers Maihofer und der Polizeiminister der Länder bald ein bundeseinheitliches Polizeigesetz geben.

Als bemerkenswerte Leistung dieses 52-Paragrafen-Werkes wird gefeiert, daß § 41 eine bundeseinheitliche Regelung für den Schußwaffengebrauch durch Polizeibeamte vorsieht. Dazu zählt der Schußwaffengebrauch von Polizisten in Uniform, aber auch immer durch die immer öfter auftauchende Sorte von Polizei, die in Jeans und Lederjacken als Provokateure überall sind, wo sich der Unmut der Massen gegenüber dem bürgerlichen Staat Luft verschafft.

Daß dieser § 41 gefeiert wird, hängt einzig daran, daß jetzt legal werden soll, was in einer Vielzahl von Fällen bereits durchgeführt wurde, der "Todesschuß". Auch der Bundesinnenminister Maihofer, der als Vorzeigeliberaler auf Festen und wo Preise der schönen Künste verliehen werden, oft Reden über die Würde des Menschen hält, hat sich für die Einführung des "Todesschusses" in das neue Polizeigesetz eingesetzt.

Sein Parteifreund Klug, Justizsenator in Hamburg, hat als Aufforderung an die Polizei, *"Henker werden zu sollen"* (Frankfurter Allgemeine Zeitung), gewertet. Das ungefähr hätte auch Maihofer von sich gegeben, als er noch nur Professor und nicht besoldeter Innenminister war. Als solcher hat er diese Bemerkung des Justizsenators als *"wenig hilfreich"* bezeichnet, woran man sieht, wie das Sein das Bewußtsein bestimmt und ein Ministergehalt korrumpiert.

Die Vorlage zu einem bundeseinheitlichen Polizeigesetz ist in § 41, Abs. 2 fest: *"Dabei ist ein gezielt tödlicher Schuß nur zulässig, wenn er das einzige Mittel zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben ist."* Daß es die Befugnis des Innenministers stark eingeschränkt, tatsächlich aber doch so weit gefaßt, wie es nur irgend geht. Denn daß die *"Gefahr für den Leib"* genügt als Voraussetzung für den *"gezielt tödlichen Schuß"*, heißt, daß er stets dann durch das Gesetz gerechtfertigt ist, wo der Polizeibeamte seine körperliche Sicherheit gefährdet sieht. Das kommt einem Freibrief an die Polizei gleich, die bekanntlich ihren Leib stets gefährdet sieht, wo mehr Menschen als Polizisten sich zusammenrotten. Das aber wird immer mehr und häufiger der Fall sein, denn je schärfer der Staat die Unterdrückung betreibt, um die Volksmassen auszuplündern zu können, um die Sicherheit der Kapitalisten zu gewährleisten, desto schärfer wird der Widerstand gegen diesen Staat.

e.r.

Einige Daten über Portugal





In Portugal lebten 1972 auf dem Festland 8 Millionen Menschen, auf den Inseln (Azoren und Madeira) weitere 521 000.

Von den 3 030 000 Erwerbstätigen arbeiteten 1970 1 001 000 in der Land- und Forstwirtschaft, der Jagd und der Fischerei. Das sind 30 % der erwerbstätigen Bevölkerung. Landwirtschaftliche Betriebe gab es 1968 817 011, davon 463 Güter mit 1 000 und mehr Hektar. 173 803 Betriebe hatten weniger als 0,5 Hektar. Die Masse von 503 725 Betrieben liegt zwischen 0,5 und 5 Hektar.

In der Industrie arbeiteten 1970 1 083 000. Mehr als 90 % aller Betriebe haben kleinindustriellen oder handwerklichen Charakter und beschäftigen jeweils weniger als 20 Arbeiter. Nur 1,4 % der Betriebe haben über 100 Arbeiter. In diesen wenigen größeren und großen Betrieben aber arbeiten über 44 % der Industriebeschäftigten. Viele dieser Unternehmen, vor allem in der Textil-, Fisch- und Korkverarbeitung, sind ganz oder mehrheitlich in ausländischem Besitz.

Im Bereich von Handel, Banken und Versicherungen arbeiten 267 000. Im Verkehr und in der Nachrichtenübermittlung 124 000. Im Staatsapparat einschließlich des Heeres sowie für soziale und persönliche Dienstleistungen sind 555 000 beschäftigt. Diese Angaben entstammen der "Allgemeinen Statistik des Auslandes", herausgegeben vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden. Angaben über das Verhältnis von Lohnabhängigen, Kapitalisten und Kleinproduzenten sind darin nicht enthalten.

So viel aber läßt sich den Daten entnehmen: Neben dem Proletariat, das fast zur Hälfte in der hochmonopolisierten großen Industrie beschäftigt ist, und dem ländlichen Proletariat auf den großen Gütern, das etwa 150 000 Arbeiter zählen dürfte, gibt es eine breite Schicht von Kleinproduzenten. Das sind zum einen Bauern mit kleinen Flecken eigenen Landes. Das vor allem im Norden des Landes. Weiter eine breite Schicht von städtischem Kleinbürgertum mit Eigentum an Produktionsmitteln, die teilweise Lohnarbeit ausbeutet. Verhältnismäßig groß ist die Anzahl der Beschäftigten im Staatsdienst. In der Masse dürften sie sich aus dem Kleinbürgertum rekrutieren. Keine Schlüsse lassen sich aus den wenigen Angaben ziehen über Stärke und Zusammensetzung der Spitzen der besitzenden Klassen: Großgrundbesitzer und monopolistische Bourgeoisie.

Westdeutscher Imperialismus in Portugal

Westdeutsche Fabrikherren fürchten für den Verlust eines Reservoirs billiger Arbeitskräfte

Kredite und Zollerleichterungen soll es für Portugal nur geben, wenn dort nicht die Arbeiter und Bauern die Macht übernehmen und wenn Großgrundbesitzer und Monopolkapitalisten volle Bewegungsfreiheit behalten. Das ist der Sinn des Beschlusses, den die Regierungschefs der neun EG-Staaten in der vergangenen Woche gefaßt haben.

Gleichzeitig warnte der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (DEG), Professor Karl-Heinz Sohn, die westdeutschen Kapitalisten vor neuen Investitionen in Portugal. Diese waren in den letzten Jahren der Caetano-Diktatur außerordentlich rasch gestiegen. Allein von 1965 bis Mitte 1973 stiegen die westdeutschen Kapitalanlagen von 28 auf 168 Millionen DM, um sich im Jahr 1974 noch einmal fast zu verdoppeln auf knapp 300 Millionen DM (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.7.1975).

Westdeutschlands Kapitalisten halten damit in Portugal die größten ausländischen Kapitalanlagen.


Demonstration streikender Telefonarbeiter in Lissabon

Auf der Suche nach willigen und billigen Arbeitskräften

Das Geheimnis dieser raschen Ausdehnung ist leicht zu durchschauen: *"Eine große Anzahl deutscher Firmen . . . arbeiten heute mit Ergebnissen, die weit über den Planvorstellungen liegen."* Das schrieb die westdeutsche Kapitalistenzeitung "Handelsblatt" am 1.4.1973, zur Zeit der Caetano-Diktatur. Und am 17.9.1974, fünf Monate nach dem Sturz Caetanos, kam dieselbe Zeitung nach einer Umfrage bei deutschen Kapitalisten in Portugal zu dem Ergebnis: *"Es lohnt sich immer noch, in Portugal zu investieren, auch bei der Tatsache, daß es jetzt erlaubt ist, zu streiken."*

Ein Zweigbetrieb des DESCO-Werks, Ittersbach bei Karlsruhe, antwortete auf die Umfrage: *"Die Lohnerhöhungen und Sonderleistungen seit dem 25.4. übersteigen 100 % (obwohl schon vorher über Tarif gezahlt wurde) und sind damit an der oberen Grenze des Vertretbaren angelangt."* Man kann sich vorstellen, welche märchenhaften Profite die westdeutschen Kapitalisten aus den portugiesischen Arbeiterinnen und Arbeitern herausgeschlagen haben, wenn sie nach einer hundertprozentigen Lohnerhöhung ihre Profite immer noch "vertretbar" finden.

Über die portugiesischen Arbeiter heißt es in dem Kapitalistenblatt: *"Abschließend kann zu diesem Punkte gesagt werden, daß die portugiesischen Arbeitskräfte willig, lerneifrig, gewissenhaft und arbeitsam sind, doch bedürfen sie noch immer der Anleitung und Kontrolle."* Darum wird *"die 'erste Garnitur' des Personals wohl in den meisten Fällen aus dem Mutterlande stammen"*.

So wurde noch im vergangenen Herbst in westdeutschen Kapitalistenkreisen über Portugal gesprochen: wie über eine Kolonie des westdeutschen "Mutterlandes", eine Kolonie mit willigen und billigen Arbeitskräften, die unter dem Kommando einer ausländischen "ersten Garnitur" arbeiten sollen. *"Das Reservoir an Arbeitskräften . . . hat uns zu Investitionen in Portugal bewogen"*, schrieb die Ernst Roderstein Elektronica Portugal.

Gefährdung von Sicherheit und Freiheit für die Kapitalisten

Dieses von den westdeutschen imperialistischen Kapitalisten so gelobte Reservoir williger und billiger Arbeitskräfte ist seitdem in Bewegung geraten. Statt sich anleiten und kontrollieren zu lassen, begehren die portugiesischen Arbeiter auf. Aus dem Zweigwerk eines belgischen Konzerns wurde bekannt, daß die Arbeiter den Direktor eingesperrt hatten, um zu verhindern, daß der aus ihnen herausgepreßte Profit außer Landes geschafft wurde.

Dem Vorsitzenden der Deutschen Entwicklungsgesellschaft, Sohn, ist das alles nicht mehr geheuer. Er berichtet nach seiner Portugalreise: *"Zur allgemeinen Unsicherheit trüge unter anderem auch das Vorgehen der Arbeiterräte bei, die in einigen Fällen sogar das Leben der Unternehmer oder ihrer Familienangehörigen bedrohten."* (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.7.1975)

Aber nicht nur die allgemeine Sicherheit scheint ihm durch Angriffe auf Kapitalisten gefährdet. Er gibt gleichzeitig ein gutes Beispiel dafür, was unter "Gefährdung der Freiheit in Portugal und dem Umsichgreifen der Zwangsherrschaft" zu verstehen ist, wovon gegenwärtig so viel zu lesen ist: *"Trotz der allgemein verschlechterten Wirtschaftslage bestehe ein Entlassungsstopp, der die Unternehmen de facto dazu verurteile, Arbeitslosenunterstützung zu zahlen . . . Nach seinem Eindruck müßten die Betriebe in der heutigen Situation aber etwa 20 Prozent ihrer Belegschaft entlassen."* Den Kapitalisten ist also die Freiheit beschnitten, Arbeiter auf die Straße zu werfen. Man versteht, warum sie sich bedrängt fühlen und lauthals vor einer "neuen Diktatur" warnen.

Trotz seiner Warnungen vor neuen Kapitalanlagen in Portugal hält Sohn die Lage nicht für aussichtslos. Er rät den westdeutschen Kapitalisten, *"Tochtergesellschaften in Portugal nicht voreilig aufzugeben"*.

Hoffnungen auf die Konterrevolution

Die westdeutschen Kapitalisten sind mit dem Beschluß der EG-Regierungschefs ganz einverstanden. Sie spekulieren, daß die ökonomische Krise in Portugal der Konterrevolution die Möglichkeit öffnet, wieder an die Macht zu kommen. Das "Handelsblatt" schreibt: *"An den vermeintlich starken Muskeln der Offiziere nagt schon der ökonomische Skorbut. Neue Änderungen der Machtstrukturen werden, wenn auch nicht morgen und übermorgen, unausweichlich."*

Die Kräfte, auf die die westdeutschen Kapitalisten sowie die portugiesischen Großgrundbesitzer und Monopolkapitalisten dabei hoffen, sind: das in Portugal breite Kleinbürgertum, das von der Krise am meisten geschüttelt wird; die Kirche und die aus Angola zurückkehrenden portugiesischen Siedler und Soldaten. In den Worten des "Handelsblatts": *"Beschleunigt wird eine solche (konterrevolutionäre – W.M.) Entwicklung dadurch, daß sich die zu drastischen Maßnahmen gezwungenen Offiziere fast zwangsläufig den Zorn der breiten Bevölkerung zuziehen. Auch die Kirche . . . ist in südlichen Ländern ein nicht zu unterschätzender Faktor. Schwere Stolpersteine werden zudem aus Angola geworfen."*

Daß der gezielte Einsatz von ökonomischem Druck zur Förderung der Konterrevolution *"eine Einmischung in die inneren Verhältnisse des Landes"* bedeute, weist das westdeutsche Kapitalistenblatt zurück. Es tut das mit einem Argument, wodurch noch ganz andere als ökonomische Mittel der Intervention gerechtfertigt werden: *"Für ein Mitgliedsland der NATO, für ein Land mit offenen Türen zur Europäischen Gemeinschaft, ist der Begriff Ausland im klassischen Sinn überholt."*

Das ist gerade dieselbe Theorie der "begrenzten Souveränität", die 1968 Breshnew verkündete, als russische Truppen die CSSR überfielen und der alle imperialistischen Mächte anhängen.

–W.M.–

Aus Dokumenten der Bewegung der Streitkräfte (MFA)

Auf ihrer Sitzung am 8. Juli 1975 hat die Delegiertenversammlung der Bewegung der Streitkräfte (MFA) Beschlüsse gefaßt zur "Anerkennung der vereinigten Basisvolksorgane" (organismus populares unitarios de base) als Wahleinheiten für Volksversammlungen mit bestimmten Befugnissen. Gleichzeitig wurde ein politischer Aktionsplan der Bewegung der Streitkräfte (MFA) veröffentlicht. In der westdeutschen Presse werden Beschlüsse des MFA und Äußerungen revolutionärer portugiesischer Organisationen nicht wörtlich und im Zusammenhang veröffentlicht. Es fällt deshalb schwer, sich ein Bild zu machen. Wir zitieren deshalb im folgenden Auszüge aus dem politischen Aktionsplan und aus dem Bulletin, das die jüngsten Beschlüsse des MFA enthält.

Über die grundsätzlichen politischen Ziele heißt es:

"Das MFA ist die überparteiliche Bewegung der Befreiung des portugiesischen Volkes. Sein wesentliches Ziel ist die nationale Unabhängigkeit. Das MFA erkennt an, daß diese nationale Unabhängigkeit über einen Prozeß der inneren Entkolonialisierung verläuft, welcher nur erreicht werden wird durch den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft."

Portugiesische Großgrundbesitzer und Monopolkapitalisten sowie die westeuropäischen Imperialisten und ihre politischen Agenten fordern unentwegt politischen Pluralismus. Das MFA schränkt den Parteienpluralismus ein auf die konstruktive Teilnahme am sozialistischen Aufbau: *"Das MFA erklärte schon früher, daß der Weg (zum Sozialismus) ein pluralistischer sein wird. Den Pluralismus kennzeichnet der freie Ausdruck, die freie Diskussion der Meinungen (. . .). Erlaubt ist eine Opposition, deren Kritik nützlich und konstruktiv ist und deren Handeln sich nicht gegen den sozialistischen Aufbau auf demokratischem Weg wendet."*

Seine außenpolitische Linie legt das MFA wie folgt fest: *"Außenpolitisch wird das MFA eine Politik der nationalen Unabhängigkeit verfolgen und eintreten für Friede und Zusammenarbeit in Europa und in der Welt. Die bestehenden Bündnisse und Kompromisse werden respektiert, namentlich das Verbleiben Portugals in der NATO, um nicht in das politisch-militärische Gleichgewicht in Europa einzugreifen. Politisch wird Portugal eine Strategie der Offenheit gegenüber allen Ländern der Welt verfolgen ohne Einmischung in deren innere Angelegenheiten. Es wird für das Bündnis zwischen den europäischen Völkern und den Ländern der Dritten Welt eintreten. Ökonomisch wird die Außenpolitik sich nicht einem Land oder Block zuordnen. Sie wird darauf achten, daß dem portugiesischen Volk nicht irgendwelche Formen der Herrschaft über ökonomische Beziehungen auferlegt werden."* (Politischer Aktionsplan)

Die Anerkennung der vereinigten Basisvolksorgane und die Schaffung von Volksversammlungen als Delegiertengremien wird so begründet: *"Es gibt keinen Sozialismus außer wenn die Macht durch die Volksmassen ausgeübt wird. Kein Sozialismus wird möglich sein im Rahmen des bürgerlichen Staatsapparates (. . .). Die Schaffung einer wahren sozialistischen und Volksmacht als höherer Form der Demokratie ist das Ziel. Aber die Fortschritte müssen durch die Volksmassen selbst bestimmt werden. Sie und nur sie sind der Motor des revolutionären Prozesses. Innerhalb eines revolutionären Prozesses gibt es keinen Platz für irgendwelche Formen der Bevormundung der Volksaktionen, für irgendwelche Versuche, revolutionäre Dynamik zu verwechseln mit putschistischer Dynamik – bei Strafe, die eigene Revolution zunichte zu machen."*

Zum Selbstverständnis des MFA wird ausgeführt: *"Wir wollen de facto der bewaffnete Arm der Befreiung unseres Volkes sein . . . an seiner Seite Tag für Tag bei seinem Kampf um den Aufbau einer gerechten und freien Gesellschaft."* (Bulletin des MFA vom 11.7.1975)

Korrespondentenberichte über Volksversammlungen und über die Bewegung der Streitkräfte

Der Korrespondent der "Frankfurter Rundschau" berichtet über eine Sitzung der lokalen Volksversammlung im Lissaboner Vorort Ponthina:

"An der Versammlung von Ponthina nahmen fast keine gutsituierten Portugiesen teil. Das soziale Spektrum reichte gerade bis zum technischen Angestellten hinauf. Die einfachen Holzschemel und der schmucklose Versammlungsort und auch der Einsatz der Delegierten erinnerten an Volksbildungsszenen in Entwicklungsländern. Der Vergleich ist nicht zufällig: die MFA-Bewegung definierte sich selber als Befreiungsbewegung im eigenen Lande."

Die "Frankfurter Allgemeine" zitiert eine amerikanische Studie:

"In den Kampfjahren seien die portugiesischen Offiziere in Afrika schließlich zu der Auffassung gelangt, die Lage der schwarzen Rebellen unterscheide sich nicht wesentlich von der der sie angreifenden Soldaten und der armen Bauern in Portugal. Die Bruderschaft der MFA meinte deshalb, den falschen Feind zu bekämpfen. Der wirkliche Feind, den es zu überwinden galt, saß für die Offiziere nun in Lissabon. (. . .) Während die Söhne der Professoren, Grundbesitzer und Industriellen in Lissabon in lukrativen Berufen gut verdienten, schlugen sich die Offiziere, meist dem Mittelstand entstammend, im afrikanischen Busch herum. Ihre dienstlich notwendige Beschäftigung mit den Theorien von Mao, Marx und Engels, Castro und Guevara machte sie erst zu theoretischen Rebellen, dann zu aktiven Kämpfern gegen das Regime in Lissabon."

Erwitte-Streik

Erneut Arbeitskraft angeboten

Am 16. Juli entschied das Paderborner Arbeitsgericht, daß die Aussperrungen der 151 Belegschaftsangehörigen des Zementwerkes Seibel & Söhne in Erwitte, die der Kapitalist Seibel nach der Betriebsbesetzung und dem Streik der Kollegen gegen die Massenentlassung aussprach, rechtswidrig seien.

Zuvor hatte ein Gericht die Massenentlassungen aufgehoben. Daraufhin boten die Zementarbeiter ihre Arbeitskraft dem Kapitalisten Seibel erneut an, der aber sperrte alle Arbeiter wieder aus. Die Kollegen gingen geschlossen zum Arbeitsamt und erklärten sich arbeitslos. Aber das Arbeitsamt weigerte sich, Arbeitslosengeld zu zahlen, weil die Aussperrung verhängt war und es "nicht in ein laufendes Verfahren eingreife" wolle. Die Arbeitslosenkasse, die den Arbeitern zu ihrer Sicherung dienen sollte, unterstützte so das Vorgehen des Kapitalisten Seibel.

Nach dem letzten Urteil haben die Kollegen noch einmal am Donnerstag, dem 17. Juli, ihre Arbeitskraft zum Verkauf angeboten.

Am frühen Morgen war dem Prokuristen die Bereitschaft der Belegschaft angekündigt worden, die Arbeit wieder zu beginnen. Das wurde nach einer spontan einberufenen Betriebsratssitzung der Werksleitung noch einmal schriftlich und telefonisch angekündigt.

Die Kollegen bekundeten ihren Willen in einem kurzen Demonstrationszug vor das Verwaltungsgebäude, die Zementproduktion wieder zu beginnen. Seibel aber reagierte nicht darauf.

Obwohl die Gesamtproduktion ruht, wird täglich Zement aus den Lagerbeständen verkauft. Der Betriebsrat schätzt etwa 300 bis 400 Tonnen. Die Auslieferung erfolgt durch leitende Angestellte! D.



Seibel-Arbeiter im Werk vor der Stechuhr. Am Donnerstag, dem 17. Juli, boten die ausgesperrten Arbeiter erneut gemeinsam ihre Arbeitskraft an.

Vulkan-Betriebsrat Bremen:

Gegen die Auflösung des Seibel-Betriebsrats

Bremen. Der Betriebsrat des Bremer Vulkan hat auf seiner letzten Betriebsratssitzung folgende Solidaritätsresolution an die Kollegen von Seibel in Erwitte verfaßt:

Liebe Kollegen, mit großer Empörung haben wir vernommen, daß durch ein Arbeitsgerichtsurteil euer Betriebsrat für aufgelöst erklärt wurde. Mit Bewunderung verfolgen wir euren fast vier Monate dauernden Streik gegen die Entlassungen. Ihr habt in einer Situation, in der die Existenz eurer Familien durch das unersättliche Profitstreben des F.C.Seibel bedroht war, das einzig Richtige getan: Einig und geschlossen habt ihr zusammen mit eurem Betriebsrat das Werk besetzt und den Streik organisiert. Wir konnten uns selbst ein anschauliches Bild von eurem Kampf machen, als ihr auf einer Solidaritätsveranstaltung in Bremen eure Situation schildertet. Auf dieser Versammlung stand auch die Frage im Raum, wie ihr euch verhalten werdet, wenn ein Gericht eure Aktion für unrechtmäßig erklärt. Damals hattet ihr von zwei Gerichten schon Recht bekommen, doch der Zementunternehmer Seibel hat dieses Gerichtsurteil mit den Füßen getreten.

Heute nun will man euren Betriebsrat auflösen. Man will ihn auflösen, weil er die Werksbesetzung und den Streik mitgetragen hat. Weil er ebenfalls tatkräftig wie ihr gegen die Vernichtung der Existenz von über hundertfünfzig Arbeiterfamilien eingetreten ist.

Mit dieser Entscheidung gibt das Arbeitsgericht dem Unternehmer Seibel recht. Wir haben euch bisher in eurem Kampf unterstützt und werden auch weiterhin solidarisch mit euch zusammenstehen. Wir fordern gleichzeitig alle Betriebsräte und Vertrauensleutekörper in Bremen auf, den Kampf der Seibel-Arbeiter gegen die Entlassungen zu unterstützen.

Die Vertrauensleutekörper sollten ihre Gewerkschaften auffordern, den Seibelarbeitern jede Unterstützung zukommen zu lassen.

Mit solidarischen Grüßen
der Betriebsrat Bremer Vulkan
Bremen, den 17. Juli 1975

Vorangegangen sind dieser Resolution heftige Debatten im Betriebsrat. Rechte Sozialdemokraten haben auf das Betriebsverfassungsgesetz gepocht. Für sie stand nicht in Frage, daß das Arbeitsgerichtsurteil zur Auflösung des Betriebsrates in Erwitte gerechtfertigt sei und akzeptiert werden müsse. Zitiert haben sie dazu eine bürgerliche Zeitung, in der der Seibel-Betriebsrat ungesetzlicher Kampfmaßnahmen bezichtigt wurde. Im Betriebsrat des Vulkans hat es dagegen einen Sturm der Entrüstung gegeben. Davon sind die Handvoll rechter Sozialdemokraten erschlagen worden. Kleinlaut haben sie sich bei der Abstimmung mit vier Stimmen enthalten. 23 Betriebsräte haben dafür gestimmt.

Betriebszelle Bremer Vulkan

„Neuordnung" bei Thyssen-Rheinstahl

Nach der Fusion von Thyssen mit Rheinstahl ist dieser Konzern jetzt der umsatzstärkste in der Bundesrepublik. Jetzt wollen die Thyssen-Rheinstahl-Herren "das Gesamtunternehmen neu ordnen". Einer der Betriebe, wo sie "neu ordnen" wollen, ist das Henschelwerk in Kassel. Schon als das Henschelwerk 1964 an Rheinstahl verkauft wurde, wurden Betriebe ausgegliedert oder stillgelegt. Allein von 1965 bis 1967 wurden 2 500 Kollegen entlassen, während andererseits der Umsatz um 10 % stieg. Als die Gießerei 1972 stillgelegt wurde, waren 400 Kollegen betroffen. Viele Henschel-Arbeiter wehrten sich seinerzeit mit einem Protestmarsch und Warnstreik. Dieser Abbau von Arbeitsplätzen soll jetzt, nach der "Hochzeit des Jahres", wie die bürgerlichen Zeitungen jubelten, als Thyssen sich Rheinstahl einverleibte, weitergehen.

Die Aufbauzelle bei Henschel untersuchte die Lage der Arbeiter bei Henschel:

Der Vorteil des Zusammenschlusses für die Thyssen-Herren liegt auf der Hand: Mit *"Rheinstahl als Verarbeitungsgruppe"* schaffen sie sich eine *"breitere Basis"* (Rheinstahl-Vorstands-Aushang Nr. 3/1974 und 1/1975) und *"mit der Integration von Rheinstahl hat das Aktionsfeld der Thyssen-Gruppe eine größere Spannweite erhalten"* (ATH-Hauptversammlung 1975 / Spethmann).

Im Klartext heißt das: Durch die Einverleibung ("Integration") von Rheinstahl wird Thyssen in die Lage versetzt, den ruinösen Konkurrenzkampf der Monopole besser zu überstehen, konkret: den nachlassenden Boom in der Stahlerzeugung auszugleichen mit der Stahlverarbeitung, wie sie Rheinstahl bietet.

Was heißt das nun für uns?

Weitere Entlassungen

Dazu heißt es weiter im ATH-Jahresbericht: *"Gleichzeitig wurden auch die Tätigkeitsbereiche im Gesamtunternehmen neu geordnet."* Im Klartext: Genauso, wie seinerzeit die Rheinstahl-Herren die Henschelwerke sanierten, so werden dies nun die Thyssen-Herren tun, allerdings auf noch höherer Ebene, d.h. es wird wesentlich mehr Kollegen hart treffen. So war denn auch im letzten "Rheinstahl-Bogen" (Zeitung des Vorstandes) vom Mai dieses Jahres zu lesen, daß *"Personalverringerung weiterhin erforderlich"* sei.

Was dies nun für Henschel konkret bedeutet, davon haben wir schon den ersten Vorgeschmack bekommen: Stillegung des Werkzeugmaschinenbaus und die damit verbundene Vernichtung von Arbeitsplätzen.

Dabei geht die Geschäftsleitung geschickt vor, indem sie versucht, mittels der Argumentation *"der Wasserkopf muß abgebaut werden"* den Keil der Spaltung zwischen Arbeiter und Angestellte zu treiben.

Bis jetzt scheinen sie mit dieser Taktik Erfolg zu haben, denn bis jetzt haben sie 39 Angestellte wegrationalisiert, 49 weitere sollen im nächsten Monat drankommen, und bis zum Jahresende sollen es gar 300 sein.

Daß es nicht bei den Angestellten bleibt, kann man schon an der Entwicklung des letzten Geschäftsjahres sehen, in dem die Geschäftsleitung unter der Hand schon die Zahl der Lohnempfänger um 55 Kollegen reduziert hat, während andererseit die Zahl der geleisteten Fertigungsstunden im gleichen Zeitraum um 166 000 Stunden hochgeschraubt wurde.

Hand in Hand damit ging der Abbau der sich im Werk befindlichen Fremdfirmen, deren Arbeit wir jetzt mitmachen dürfen.

Dies zeigt eindeutig den Weg, wie ihn die Herren gehen wollen: Die Belegschaft spalten, um Entlassungen leichter über die Bühne zu ziehen, damit mit weniger Kollegen mehr und somit für die Thyssen-Herren billiger produziert werden kann. Dazu bedienen sie sich der Mittel, 1. den Arbeitstag zu verlängern (Überstunden, Wochenendarbeit und Sonderschichten) und 2. die Arbeitshetze zu verschärfen (Akkordvorgabezeiten).

Eine weitere "Neuordnung" auf Henschelebene ist die Bildung eines neuen Bereichs Antriebstechnik aus dem Betriebebau. Bei seiner Vorstellung unterbreitete dessen Leiter vor den Vertrauensleuten, was es damit auf sich hat, nämlich in den nächsten Jahren 20 Millionen DM mehr Umsatz – oder es sieht düster aus für den Getriebebau, d. h., es wird ihm das gleiche Schicksal drohen wie seinerzeit der Gießerei.

Beim KVZ-Lesekreis in Bochum-Linden waren portugiesische Kollegen zu Gast

Für die Volksmacht in Portugal

In Bochum-Linden hatten Genossen in einem KVZ-Leserkreis Gelegenheit, mit portugiesischen Arbeitern in Westdeutschland über die Entwicklung der Klassenkämpfe in Portugal zu diskutieren. Von etwa 30 bis 35 Arbeitern der Frühschicht in der Steinfabrik Dr. C. Otto waren 12 der Einladung des KVZ-Leserkreises gefolgt. Über den Ablauf der Debatte entnehmen wir dem Bericht der Bochumer Genossen einige Auszüge.

Ein Genosse hielt ein kurzes Referat, in dem er die Ursachen für die Armut und Unterdrückung des portugiesischen Volkes herausarbeitete und als Hauptziele der portugiesischen Revolution nannte:

- vollständige nationale Unabhängigkeit, Austritt aus der NATO;
- vollständige Entkolonialisierung (diese Aufgabe ist fast vollständig durchgeführt);
- Enteignung des Großgrundbesitzes und der in- und ausländischen Großkapitale; Durchführung einer Agrarreform.

Die portugiesischen Kollegen hielten diese Aufgaben und Forderungen für richtig. Uneinigkeit bestand jedoch über die nächsten Schritte der Revolution. Ziemlich einheitlich vertraten die Kollegen die Ansicht, daß die Sozialistische Partei an die Macht müsse, weil sie die Wahlen gewonnen habe. Dies seien die ersten freien Wahlen nach fünfzig Jahren gewesen. Sie müßten respektiert werden.

Dabei war den Kollegen der Klassencharakter der Sozialistischen Partei durchaus klar. Sie stimmten uns voll und ganz zu, daß

- die Portugiesen für den Sozialismus gestimmt haben, nicht aber für Soares;
- die Arbeiter und Bauern heute erkannt haben, daß die Sozialistische Partei nicht ihre Interessen vertritt.

Ablehnung eines Kommunismus, der kein Kommunismus ist

Die Stellungnahme für die Sozialistische Partei resultierte aus der Ablehnung der politischen Ziele der Kommunistischen Partei Portugals. Die Kollegen berichteten, daß die Kommunistische Partei bisher eine Politik betrieben habe, die nur darauf hinaus lief, ihre Leute in die Schlüsselzentren der Macht zu hieven. Sie fragten: Was haben wir davon, nur für einen anderen Staat zu arbeiten? Die Kollegen erwarten von der Kommunistischen Partei keine wirkliche neue Freiheit. Es wurde auf die Gefahr einer Abhängigkeit von Moskau hingewiesen.

Einer meinte: Kommunistische Partei, Volksdemokratische Partei oder Sozialistische Partei – wir können sie alle nicht brauchen, wir haben kein Vertrauen zu ihnen.

Das portugiesische Volk lernt schnell

Wir berichteten über die Anfänge des Aufbaus einer Volksmacht am Beispiel der Landbesetzungen durch die armen portugiesischen Bauern. Einige Kollegen, die selbst Bauern waren, fanden diese Vorgehensweise richtig. Ein anderer meinte: Die Menschen sind noch zu dumm, es gibt viele Analphabeten, die Leute verstehen die Politik nicht. Darauf wurde ihm von einem anderen erwidert: Auch die Analphabeten können das Land besetzen, und sie können schießen, um es zu verteidigen.

In Portugal gibt es genug Arbeit!

Einige waren mutlos und skeptisch aufgrund der katastrophalen wirtschaftlichen Lage Portugals, die die Faschisten dort zurückgelassen haben. Es gibt sehr viele Arbeitslose. Die Bauern jedoch, die sich zusammengeschlossen haben und ihr Land selbst bebauen, haben Arbeitslose aus den umliegenden Gebieten einbezogen, weil sehr viel zu tun ist, um das bisher verrottete Land gut zu bestellen. An diesem Beispiel wurde klar, daß das Land denen gehören muß, die es bestellen, und die Produktionsmittel in der großen Industrie den Arbeitern, wenn sie Portugal wiederaufbauen wollen. Und daß sie sich politisch zusammenschließen müssen und Organe ihrer Macht errichten müssen, um die Enteignungen durchzuführen und die Produktion zu organisieren.

Dieser Weg wurde von allen Anwesenden für besser gehalten als auf Almosen von den Imperialisten zu warten, die damit ihren Einfluß aufrecht erhalten wollen.

Wir haben uns bei den portugiesischen Kollegen bedankt für die Diskussion und haben darauf hingewiesen, daß die portugiesische Arbeiterklasse heute eine Avantgardefunktion für die europäischen Arbeiter hat.

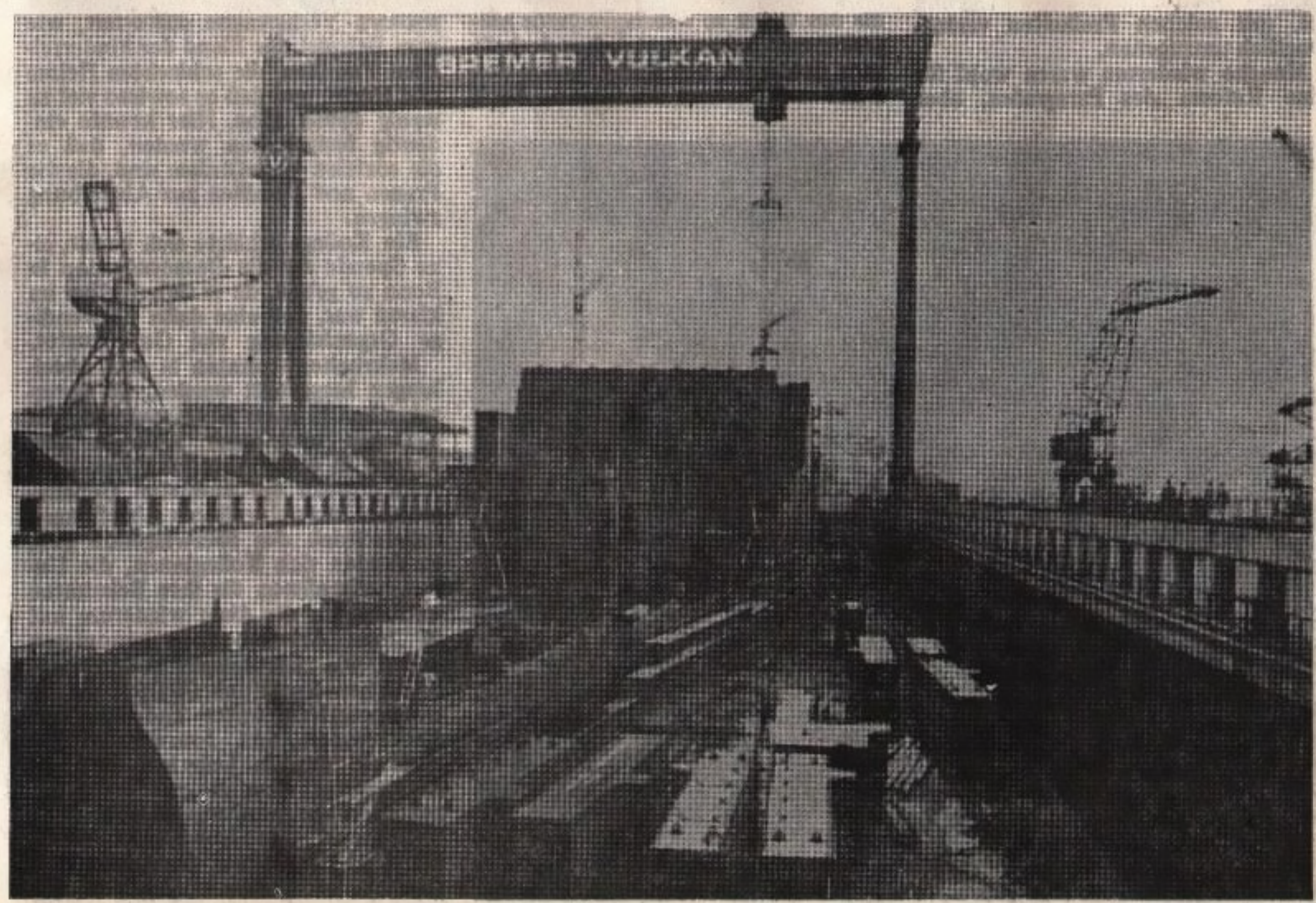
Wir werden uns bald wieder mit den portugiesischen Kollegen treffen und vor allem versuchen, noch mehr deutsche Kollegen aus der Firma Dr. C. Otto zu diesem Treffen zu gewinnen.

–HC/Red.–

Mit verschiedenen Mitteln gehen die Kapitalisten daran, in den Betrieben aus den Arbeitern mehr Arbeit herauszupressen, um ihre Profite zu sichern. Sie kürzen die Akkorde, wie in der Chemischen Fabrik Kalk in Köln. Sie drängen die Arbeitsgänge zusammen, wogegen die Kollegen bei Vulkan streikten. Sie versuchen tariflich nicht gesicherte Zulagen abzubauen, was die Kollegen bei Zeiss in Göttingen durch ihre Solidarität verhindern konnten, oder setzen, wie bei Opel, mit Dreimonatsverträgen die Arbeiter unter Druck. Aber Druck erzeugt Widerstand, die Opel-Arbeiter forderten auf der Betriebsversammlung die Umwandlung in feste Arbeitsverträge. Bei Harvester in Heidelberg wehrten sich die Betriebsschlosser gegen die Ausdehnung des Arbeitstages und lehnten die Überstunden ab.

Arbeitsniederlegung beim Bremer Vulkan

Stopp der Sandstrahlarbeiten gefordert / Nach drei Stunden wurde der Forderung nachgegeben



Vulkan-Werft: Container-Bau im Baudock

Die Konkurrenz unter den Werftkapitalisten wächst. Seitdem der Tankermarkt zusammengebrochen ist, jagen sie sich verstärkt gegenseitig die Aufträge ab.

Um den Reedern günstige Angebote machen zu können und zugleich ihren eigenen Profit zu sichern, erhöhen die Werftkapitalisten mit verschiedenen Mitteln die Ausbeutung der Arbeiter. Einmal durch Verlängerung des Arbeitstages. Sie können dann kürzere Fristen bis zur Fertigstellung zusagen. Und zum zweiten drängen sie die verschiedenen Arbeitsgänge zusammen und steigern die Arbeitshetze, was zu unerträglichen Arbeitsbedingungen führt.

Kollegen auf der Bremer Vulkan Werft haben nicht länger stillgehalten und legten für drei Stunden die Arbeit nieder. Die KBW-Betriebszelle des Bremer Vulkan schreibt:

Im Schwimmdock I des Bremer Vulkan liegt zur Zeit die "Bartenstein" zur Reparatur. Bei den Reparaturarbeiten am Schiffsrumpf arbeiten sowohl Sandstrahler als auch Schiffbauer, Schweißer und Behauer. Sie alle mußten zur gleichen Zeit und auf engstem Raum arbeiten.

Durch das Sandstrahlen werden alle Kollegen, die in der Nähe arbeiten, durch den umherfliegenden Sand belästigt, da dieser überall eindringt. Das Schweißen an mehreren Stellen gleichzeitig führt dazu, daß man nirgendwo mehr hinsehen kann, ohne sich die Augen zu verblitzen. Somit behindern sich die Kollegen gegenseitig.

Die Kollegen haben nicht lange gefackelt: Sie legten die Arbeit nieder und forderten den Stopp der Sandstrahlarbeiten. Ihren Forderungen wurde nach drei Stunden nachgegeben; die Sandstrahlarbeiten wurden gestoppt.

Den Reparaturauftrag für die "Bartenstein" haben die Kapitalisten nur bekommen, weil sie dem Reeder eine besonders kurze Reparaturfrist zusicherten. Zur Erfüllung dieses Vertrages stellen die Kapitalisten nicht zusätzlich neue Leute ein, nein, sie beantragen volles Pfund Überstunden sowie Sonn- und Feiertagsarbeit.

Dem Betriebsrat lagen – natürlich mit Genehmigung des Gewerbeaufsichtsamtes – innerhalb von drei Monaten mehr als fünf Anträge auf Sonn- und Feiertagsarbeit und diverse Anträge auf Überstundenarbeit bis zehn und mehr Stunden täglich vor. Bei der Behandlung, ob Zustimmung oder nicht, tauchten folgende Argumente für die Genehmigung der Überstunden und Sonn- und Feiertagsarbeit auf:

1. Wenn wir den Anträgen nicht zustimmen, bekommt eine andere Werft den Auftrag. Unsere Kollegen haben dann keine Arbeit!

2. Die Kollegen brauchen das Geld! Wie soll man ihnen die Ablehnung klarmachen? Stimmen wir lieber zu!

Die Arbeiter dürfen beiden Argumenten nicht folgen, es wäre ihr Ruin! Stellen wir uns vor, die Kapitalisten und Arbeiter einer Werft jagen den Kapitalisten und Arbeitern der anderen Werft einen Auftrag ab. Was bedeutet das für die Arbeiter: Sie müssen schneller arbeiten als die Kollegen der anderen Werft. Sie müssen sich totschuften für nichts und wieder nichts, außer daß sie ihre Entlassung vielleicht etwas hinauszögern, während die anderen Kollegen sofort fliegen. Die Arbeiter täten den Kapitalisten einen großen Gefallen!

Genauso verhält es sich mit der Sache, daß die Kollegen das Geld brauchen. Sicher, das stimmt. Nur ist Konkurrenz und Spaltung der Arbeiter der Preis für das Mehr an Geld. Die Arbeiter fahren richtig dabei, wenn sie in den Tarifrunden Forderungen aufstellen und durchsetzen, die sie nicht mehr zur Ableistung von Überstunden und Sonn- und Feiertagsarbeit zwingen.

(Aus: KVZ-Ortsbeilage Bremen Nr. 28/75 / Red)

Harvester-Reparaturschlosser

Überstunden verweigert

Heidelberg. Immer in den Werksferien ist für die Reparaturschlosser bei International Harvester Heidelberg Großeinsatz.

Da müssen technische Anlagen instandgesetzt werden, Maschinen umgesetzt und Monteure von anderen Maschinenfirmen kommen.

All jene Arbeiten werden durchgeführt, die während der Produktion nicht gemacht werden können. Für die sowieso schon unterbesetzte Reparaturschlosserabteilung (13 Mann mit Spengler bei etwa 700 Produktionsarbeitern und 230 Angestellten) bedeutet dies oft verstärkten Einsatz.

Da bei Harvester zuwenig betriebseigene Schlosser sind, arbeiten noch Schlosser von Leihfirmen im Werk.

Schon mitten in der ersten Woche der Ferien war abzusehen: Der Plan der Werksleitung für die Werksferien konnte mit den vorhandenen Kräften in der normalen Arbeitszeit nicht durchgeführt werden.

Dies muß dem zuständigen Abteilungsleiter Flor von Anfang an klar gewesen sein, doch Konsequenzen daraus wurden vor Beginn der Werksferien nicht gezogen, die Reparaturabteilung wurde nicht verstärkt.

Mitte der ersten Woche mußte dann der Vorarbeiter alle Schlosser und Spengler fragen, ob sie Überstunden machen und samstags arbeiten.

Spontan lehnten die allermeisten Kollegen dies ab. Und die nicht ablehnten, wollten auch nicht gern.

Der Vorarbeiter mußte also dem Abteilungsleiter Flor eine Absage von seiten der Kollegen mitteilen. Dies behagte dem gar nicht. Er verhandelte daraufhin mit den zwei Betriebsräten, die in der Reparaturabteilung sind. Er forderte sie auf, auf die Kollegen einzuwirken, damit die Überstunden gemacht werden. Die Betriebsräte fragten dann den Ingenieur Flor, ob die Nichtbereitschaft der Kollegen nicht auch an der schlechten Leistungsbewertung und den Stundenlöhnen hängt. Die Antwort dieses Menschen war, daß die Kollegen doch durch die Überstunden dann zu mehr Geld kommen würden. Das war den Betriebsräten zuviel, und sie machten dem Herrn Flor klar, daß dies keine weitere Verhandlungsbasis sei. Donnerstag nach der Mittagspause war eine kurze Versammlung der Reparaturschlosser und der Betriebsräte.

Der Betriebsrat mit der längeren Amtszeit fragte nochmal, ob die Kollegen bereit wären, Überstunden zu machen und samstags zu arbeiten. Doch konnte auch er gleich feststellen, daß dazu niemand die Hand hob. Danach meinte er, die Schlosser sollten auch an die Kollegen denken, wenn sie aus dem Urlaub zurückkommen und die Maschinen nicht gestellt sind und sie dann nicht arbeiten können. *"Wir alle sind froh, daß wir Arbeit haben."*

Als ob dann die Ursache bei den Schlossern läge und nicht bei der Geschäftsleitung, die für die Mißstände verantwortlich ist. Es geht von seiten der Kollegen und muß auch von seiten des Betriebsrats darum gehen, daß die Geschäftsleitung Kollegen einstellt und nicht die anderen noch mehr belastet werden.

Bei der Diskussion unter den Kollegen waren die Argumente am häufigsten:

"Überstunden, da arbeiten wir ja sowieso nur für das Finanzamt und für die Firma und nicht für uns!"

"8 Stunden Arbeit sind genug, wir müssen unser Geld in dieser Zeit verdienen und nicht durch Überstunden!"

"Durch Überstundenklopferei geht unsere Gesundheit noch schneller flöten. 8 Stunden reichen mehr als genug."

"Draußen auf der Straße stehen so viele Arbeitslose; wenn die Firma die einstellt, sind die Kollegen und wir froh."

Gegen das letzte Argument wurde dann von einem Kollegen eingewandt: "Wenn die aber nur über die Ferien eingestellt werden und dann wieder fliegen, so ist das auch nicht unser Interesse." Dieser Einwand ist richtig, aber für die Reparaturschlosser hebt er sich auf, weil die Abteilung unterbesetzt ist und gleichzeitig das Werk weiter ausgebaut wird, also noch mehr Arbeit in Zukunft anfallen wird.

Für die Reparaturschlosser bei Harvester geht es jetzt darum, den Weg, den sie in ihren Argumenten und in der Praxis aufgezeigt haben, beizubehalten!

Betriebszelle Harvester

Opel Bochum:

„Der 3-Monatsvertrag sitzt mir im Nacken"

Bochum. In der letzten Ausgabe der KVZ wurde schon berichtet, daß Opel die Drei-Monatsverträge zur Einschüchterung der Kollegen geschaffen hat. Wie sie sich auswirken, berichtete mir ein Opel-Kollege:

"Letzte Woche wurden wir bei uns in D 4 (Werkshalle) wegen der Hitze bald wahnsinnig! Die Sonne knallte auf das Glasdach und die Temperatur ging auf 34 Grad.

Später haben wir gehört, daß es in der Galvanisation sogar 39 Grad gewesen sind. Und man muß nicht denken, daß die darauf Rücksicht nehmen!

Die Bänder laufen genauso schnell weiter, obwohl die Arbeit viel schwerer zu machen ist. Ab und zu Pausen, wo man sich mal erholen könnte von der ganzen Scheiße, gibt es nicht.

Nicht mal Zuschlag kriegt man, wie damals auf Hannover (Zeche, 1973 geschlossen); da gab es schon ab 32 Grad Wärmezuschlag.

Alles holen sie aus einem heraus, aber geben tun sie gar nichts. Keine Klimaanlagen, kein bißchen Zeit, kein Geld. Ich war längere Zeit arbeitslos und jetzt sitzt mir der Drei-Monatsvertrag im Nacken. Anderen auch. In der Zeit den Mund aufmachen gegen sowas, das kann ich mir nicht leisten. Dann liege ich vielleicht wieder draußen."

Aber Druck erzeugt Widerstand. So wurden auf der letzten Belegschaftsversammlung unter Androhung von Kampfmaßnahmen ausreichende Klimaanlagen gefordert und außerdem die Umwandlung der Drei-Monatsverträge in feste Arbeitsverträge.

(KVZ-Ortsbeilage Bochum, Nr.28/75)

Bei chemischer Fabrik Kalk (Köln): Akkordrichtsätze gekürzt

Alte Karteikarte verschwunden

Köln. In den letzten Monaten erfuhren wir Kollegen der Chemischen Fabrik Kalk (Köln) immer deutlicher, daß die Kapitalisten die Krise benutzen, um die Akkordrichtsätze drastisch zu kürzen, um von uns noch mehr Arbeit herauszupressen.

So bekam ein Kollege eine Arbeit zugewiesen, die mit 22 Stunden kalkuliert war. Er wußte jedoch genau, daß er die gleiche Arbeit das letzte Mal noch mit 40 Stunden kalkuliert bekam.

In dem Glauben, da müsse ein Irrtum vorliegen, ging er zum Kalkulator, um so die fehlenden 18 Stunden nachtragen zu lassen. Dieser sagte ihm, das die Arbeit schon ewig mit 22 Stunden kalkuliert wird und holte eine Karteikarte hervor, wo tatsächlich auch nur 22 Stunden eingetragen waren.

Mein Kollege besah sich die Karteikarte und stellte fest, daß dieses nicht die Karteikarte war, die er beim letzten Mal mit der Zeiteintragung von 40 Stunden gesehen hatte.

Was war geschehen?

Die alte Karteikarte haben die Herren Kalkulatoren verschwinden lassen und durch eine neue ersetzt, auf der jetzt 18 Stunden! weniger für die gleiche Arbeit eingetragen waren.

In Fällen, wo wir die vorgegebene Zeit unterschreiten, müssen wir zusehen, daß wir sie bei der nächsten Arbeit wieder rausholen. Das schaffen wir teilweise nur dadurch, das wir dann wie die "Wilden" reinhauen müssen. Es ist viel Unmut über die steigende Akkordhetze vorhanden.

Dieser richtet sich in spontanen Rebellionen zuerst einmal gegen die Kalkulatoren. Diese sind bei den Kollegen sehr unbeliebt, ja ich kann ruhig sagen verhaßt. Taucht der Kalkulator bei uns auf, wird alles mögliche angestellt, um ihm eins "reinzuwürgen".

Letzte Woche passierte es dann, das einige Kollegen den Kalkulator mit Laugenschlamm bewarfen. Ein anderes Mal, als der Kalkulator neben einem Kollegen stand, griff dieser in einen Fettopf und klatschte dem Kalkulator einen Klumpen Fett auf seinen Helm und sagte ihm als Erklärung dafür: **"Das verstehst Du doch!"**

Mit solchen Aktionen werden wir die Akkordarbeit jedoch nicht abschaffen können. Wirksam können wir uns gegen die Akkordverschärfung nur wehren, wenn wir zugleich für das gesetzliche Verbot der Akkordarbeit und aller akkordähnlicher Lohnsysteme eintreten. Als ersten Schritt müssen wir die Abteilungs- und Betriebsversammlungen nutzen, um dort diese Forderung zu verabschieden. In der Gewerkschaft müssen wir diese Forderung verankern und darauf hinarbeiten, daß der Vertrauensleutekörper sich für diese Forderung einsetzt.

–B., Chemiezelle Köln–

Zeiss Göttingen:

Anspruch auf höhere Lohngruppe gesichert

Göttingen. Die Metallkapitalisten versuchen gegenwärtig mit verschiedenen Maßnahmen die Lohnhöhe in der Metallindustrie zu senken.

Sie gehen z.B. daran, die Zulagen, die tariflich nicht gesichert sind, abzubauen.

Bei Zeiss versuchte die Geschäftsleitung die sogenannte 200-Stunden-Regelung außer Kraft zu setzen. Die 200-Stunden-Regelung besagt, daß ein Arbeiter Anspruch auf eine höhere Lohngruppe hat, wenn er innerhalb von sechs Monaten 200 Stunden Vorgabezeit in dieser höheren Lohngruppe macht. Seit fünf Jahren wird nach dieser Regelung verfahren. Sie ist aber nirgendwo abgesichert. Jetzt versuchte die Geschäftsleitung in einzelnen Fällen diese Regelung aufzuheben. So sollte eine Kollegin, die schon viermal über die 200 Stunden hinausgekommen war, nicht in die ihr zustehende höhere Gruppierung übernommen werden. Die Geschäftsleitung begründete das damit, daß die Arbeit ausgelagert würde und sonst keine Arbeit in dieser Lohngruppe zur Verfügung steht.

Erst als die Kollegin fest zu ihrer Forderung stand und sie Unterstützung von den Kollegen in ihrer und in anderen Abteilungen fand, erklärte sich die Geschäftsleitung am 8. Juli bereit, sie rückwirkend ab 1. Juni höher einzustufen. Jetzt fand sie auch doch noch Arbeiten in der höheren Lohngruppe.

In den Betrieben Unterschriftensammlung für einen Volksentscheid gegen den Paragrafen 218

„Gerade uns geht der Paragraf 218 an!"

Bremen. Auf dem Bremer Vulkan werden seit etwa drei Wochen Unterschriften gegen den § 218 gesammelt.

Die Unterschriften werden bisher von einer Handvoll von Kollegen gesammelt.

Dabei konzentrieren sich diese Kollegen auf ihre Abteilungen, um auch einen Überblick darüber zu bekommen, mit welchen Mehrheitsverhältnissen die Kollegen den vier Forderungen der Komitees zustimmen.

Eine genaue Angabe der Mehrheitsverhältnisse für einen Volksentscheid gegen den § 218 läßt sich dabei noch nicht machen, weil viele Kollegen im Urlaub sind. Dort allerdings, wo Unterschriften gesammelt werden, sind es nur ganz vereinzelte Kollegen, die nicht unterschreiben. Bei den Elektrikern z.B. haben bisher alle angesprochenen Kollegen unterschrieben.

Dabei kommt es immer wieder zu heftigen Angriffen auf alle Befürworter des § 218.

Die Kirche, der Staat, die bürgerlichen Parteien, die Ärztekammern müssen dabei kräftig Federn lassen. Von den Kollegen werden dabei immer wieder die sozialen Verhältnisse in der Abtreibungsfrage als Ursache des ganzen Problems herausgearbeitet.

Überspitzt hat es ein Kollege z.B. so formuliert: "Würden andere Verhältnisse herrschen, warum dann nicht eine ganze Fußballmannschaft vollmachen."

Die umstehenden Kollegen hatten dagegen nichts einzuwenden. Daß der Kollege ein wenig übertrieben hat, das hat sie nicht gestört. Daß der Kollege aber des Pudels Kern getroffen hatte, das war für sie die entscheidende Frage.

In keiner der vieldiskutierten Fragen gibt es so eine Einheit gegenüber dem bürgerlichen Staat.

In keiner Frage wird die Verfassung so stark angezweifelt. Gesetzestreu sein in diesem Fall? Keinen Finger wollen die Kollegen für solche Gesetze rühren; sich diesen Gesetzen entgegenstemmen, einen Volksentscheid durchführen, auch wenn in der Verfassung nicht vorgesehen: das hält die Mehrheit von ihnen für gerecht und erkämpfenswert. Politik hat im Betrieb und in der Gewerkschaft nichts zu suchen – sonst oft von vielen vertreten, in diesem Fall ganz anders.

"Gerade in die Gewerkschaften gehört die Frage", sagen die Kollegen, **"und gerade uns geht es etwas an".**
D., Betriebszelle Vulkan

Unterschriftensammlung für Volksentscheid

Ersatzteillager Ford-Köln: 150 Unterschriften für Volksentscheid gegen § 218

Köln. Im Ersatzteillager der Ford-Werke konnten bisher 150 Unterschriften gesammelt werden.

Es gab nur wenige von den angesprochenen Kollegen, die nicht unterschrieben haben. Sie waren der Auffassung, daß mit der Abschaffung des § 218 dem Aussterben des Volkes nur Vorschub geleistet würde oder daß die ersatzlose Streichung nichts für die Mehrheit der Bevölkerung sei, da diese noch lange nicht weit genug sei, mit solchen Freiheiten verantwortlich umzugehen.

Manche wiederum waren wohl für eine Reform des Paragrafen, aber nicht für dessen vollständige Abschaffung. Im großen und ganzen stieß die Unterschriftensammlung jedoch auf ein positives Echo. Teilweise wurde so spontan unterschrieben, daß man fast den Eindruck gewinnen konnte, die Kollegen und insbesondere die Kolleginnen unterschreiben alles, was die Abschaffung des § 218 herbeiführen kann. Viele äußerten in Diskussionen ihren Unmut über die Bundesverfassungsrichter und die Parteien, die das Urteil so widerspruchslos hingenommen haben, und daß es deshalb ganz richtig sei, den Kampf gegen den § 218 von neuem zu führen. Auch wurde immer wieder gesagt, daß es mal wieder die Arbeiter und Angestellten sind, die das Nachsehen haben, während die Reichen weiterhin vom § 218 unbehelligt bleiben. Eine Kollegin meinte: "Ich will nicht, daß ich mich erst lang und breit einer Kommission über meine soziale Lage zu verantworten habe; es muß genügen, wenn ich sage, ich will das Kind nicht."

Es wurde viel über die schlechten sozialen Verhältnisse diskutiert, wie zum Beispiel das Elend der kinderreichen Familien, die schlechten Heime und Horte, und daß es sowieso viel zu wenig davon gäbe. Hier konnte eindeutig festgehalten werden, daß es die sozialen Verhältnisse sind, die die Frauen und Familien zur Abtreibung zwingen.

Ein Kollege erklärte sich bereit, eine Spende für die Demonstration in Bonn zu geben, da er sich darüber im klaren war, daß eine dafür notwendige Organisierung viel Geld kostet.

Mehrheiten konnten in drei Abteilungen hergestellt werden. So unterschrieben in einer Abteilung von acht Kollegen und einer Kollegin alle; ebenso in einer Abteilung von zirka zehn Frauen der untersten Gehaltsgruppe. In zwei weiteren Abteilungen unterschrieb der überwiegende Teil. Es fanden sich Kolleginnen, die Unterschriftenlisten für ihre Bekannten mitnahmen, die diese wiederum mit in ihren Arbeitsbereich genommen haben, wie zum Beispiel in den Westdeutschen Rundfunk (WDR), wo 14 Unterschriften unter anderem von Redakteuren und Journalisten gesammelt werden konnten. Mehrere Kolleginnen werden zur nächsten zentralen Veranstaltung kommen.

Aufgrund des Beschlusses gegen den § 218 der Ford Vertrauensleute vom 1. Juni unterschrieben fast alle Betriebsräte, die zum Teil der SPD angehören, und fast alle Vertrauensleute der IG Metall. Einige Betriebsräte haben in ihren Bereichen mit gutem Erfolg selbst Unterschriften gesammelt.
–E., Köln–



Die Mehrheit des Volkes ist gegen den Paragrafen 218. „Gerade in die Gewerkschaften gehört diese Frage", sagten die Kollegen bei Vulkan. Gewerkschaftsgremien faßten schon zahlreiche Beschlüsse für einen Volksentscheid.

Gegen das besondere Dienstrecht im öffentlichen Dienst

Die geplante Reform des öffentlichen Dienstrechts dient nur der herrschenden Klasse

In einem erneuten Anlauf soll jetzt das, was schon 1973 als "Reform des öffentlichen Dienstes" angepriesen wurde, wieder ins Spiel gebracht werden. Zunächst vom Tisch gebracht wurden die Pläne des Staates durch die breite Streikbewegung 1973/74. Geplant ist unter anderem die Verbeamtung aller Beschäftigten, das heißt ihre verstärkte Knebelung und die Wegnahme des Streikrechts im öffentlichen Dienst. Warum die Lohnabhängigen Kampfrechte brauchen und das besondere Dienstrecht im öffentlichen Dienst abgeschafft werden muß, dazu schreibt ein ÖTV-Vertrauensmann aus Göttingen:

Der Beamtenbund, der Richterbund und der Bundeswehrverband haben eine gemeinsame Erklärung abgegeben, in der sie der Bundesregierung vorwerfen, eine Reform des öffentlichen Dienstrechtes zu verschleppen. Die Reform des öffentlichen Dienstrechtes sei besonders dringend, weil die Kritik an den Kosten immer mehr wachse.

Der grundlegende Vorschlag des Vorsitzenden des Beamtenbundes, Krause, hierzu ist Lohn- und Gehaltsstopp: *"Wenn die übrige Bevölkerung auf eine positive Einkommensentwicklung verzichten muß, dann können auch die Beamten nichts fordern."* (Frankfurter Rundschau vom 9. Juli)

"Recht hat der Krause", sagen viele Arbeiter, "die Beamten mästen sich sowieso auf unsere Kosten, auf Kosten unserer Steuergelder. Und was leisten sie dafür? Nichts Gutes! 11 410 DM bekommt der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, Benda, monatlich, und dafür hat er den § 218 zementiert, gegen den die Arbeiterbewegung schon seit Jahrzehnten den Kampf führt."

Doch wenn Krause davon spricht, daß die Beamten keine Gehaltsverbesserungen fordern können, dann meint er nicht die Einkommen der hohen Beamten, sondern meint, daß das Heer der kleinen Beamten und überhaupt alle 3,4 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes den Gürtel enger schnallen sollen.

Ich arbeite in Göttingen in der Klinik. Wie sieht es bei uns aus?

Gerade gegen die Beschäftigten im Gesundheitswesen hat die bürgerliche Klasse mit Hilfe ihrer Presse in den letzten Wochen eine große Hetzkampagne entfaltet unter dem Titel *"Kostenexplosion im Gesundheitswesen"*.

Sind es die Frauen in der Klinikküche, der Klinikwäscherei, sind es die Krankenschwestern und -pfleger, die Laborantinnen, die das zu verantworten haben? Wer das behauptet, der lügt, denn das Ergebnis der letzten Tarifrunde hat noch nicht einmal die Steigerung der Lebenshaltungskosten ausgeglichen. Und auch die Einführung der 40-Stunden-Woche hat nichts mit der Kostenexplosion zu tun.

Die Pförtner der Göttinger Universitätsklinik werden nach BAT IX oder gar BAT X bezahlt. Das ist zu viel, um zu sterben, und zu wenig, um zu leben. Deshalb arbeiten die Pförtner häufig 60 Stunden und mehr die Woche.

Mit Einführung der 40-Stunden-Woche wurde der Haushaltstag gestrichen, der bis dahin vielen Kollegen wegen Wochenend- und Feiertagsarbeit einmal im Monat gewährt wurde.

Im Pflegebereich werden Nachtwachen nicht weiterbeschäftigt, so daß Kollegen aus der Tagesschicht in die Nachtschicht müssen und am Tage fehlen.

Schon vor Einführung der 40-Stunden-Woche fehlten laut Aufstellung des Gesamtpersonalrates der Göttinger Universitätskliniken 499 Planstellen im Pflegebereich und 240 im sonstigen Bereich. Seit dem 1. Mai 1974 sind aber nur 144 neue Planstellen bewilligt worden.

Überstunden und verstärkte Arbeitshetze, das ist die Realität für die Beschäftigten an den Göttinger Universitätskliniken.

Der Widerstand gegen diese Verhältnisse beginnt sich zu entwickeln. Die Kliniksverwaltung hat eine Station in der Chirurgie und einzelne Krankenzimmer in den anderen Kliniken geschlossen. Diese "Lösung" des Problems wird aber keinen Arbeiter befriedigen können, der in der Fabrik durch den Akkord kaputtgemacht wurde und dann noch hören muß, daß er in der Klinik nicht behandelt werden kann, weil das Personal fehlt.

Unweigerlich müssen diese Verhältnisse die Rebellion hervortreiben. Deshalb wird jetzt die Debatte über die *Reform des öffentlichen Dienstrechts* wieder verstärkt aufgenommen.

Streikrecht und Tarifautonomie sollen abgeschafft werden

Anstelle von Lohnkämpfen und Tarifverhandlungen sollen die Einkommen im öffentlichen Dienst *"jährlich auf der Grundlage des Vorjahres . . . vom Parlament festgelegt werden"*, wobei das Parlament *"aus haushalts- oder konjunkturpolitischen Gründen nach oben oder unten abweichen kann"* (Genscher-Thesen), die von einer Kommission des Innenministeriums 1973 mehrheitlich verabschiedet wurden. Auch der Beamtenbundvorsitzende Krause stimmte für die Genscher-Thesen.

Wie das aussieht, wenn das Parlament über solche Fragen entscheidet, können wir gerade anhand der Verhältnisse an den Göttinger Universitätskliniken lernen.

Für Aushilfskräfte wurden 1974 3,9 Millionen DM ausgegeben, für 1975 hat die Landesregierung aber nur 2 Millionen DM bewilligt. Und was die *"haushalts- und konjunkturpolitischen Gründe"* angeht, dazu schreibt der Gesamtpersonalrat der Göttinger Universität: *"Es erscheinen sorgenvolle Artikel in der Presse über drohende Schließung der Stationen. Ein Blick in das Archiv zeigt aber, daß die angespannte Finanzlage nur ein Vorwand für restriktive Maßnahmen* (Abbaumaßnahmen) *zu sein scheint, denn erwiesenermaßen findet man in den Zeiten der Hochkonjunktur, vornehmlich in den Jahren 1970 bis 1973, die gleichen Klagen."*

Schaut man sich die Kommentare der Parlamentarier zum Thema Kostenexplosion im Gesundheitswesen an, dann wissen wir, wohin der Karren läuft, wenn diese Demagogen, "nur ihrem Gewissen verantwortlich", über die Höhe unserer Löhne und Gehälter entscheiden.

Der Lohndruck und die Arbeitshetze nehmen zu, und die Gesundheitsversorgung wird verschlechtert. Die Beschäftigten halten aber nicht still. Sie treten an die Öffentlichkeit und decken die unhaltbaren Zustände auf. Sie zerren es ins Licht der Öffentlichkeit, daß im Badezimmer der neurologischen Wachstation Säcke mit schmutziger Wäsche liegen und Müllcontainer stehen mit zum Teil infektiösen Abfällen.

Sie sagen, wie es mit den Sicherheitsvorschriften bestellt ist, daß der Fahrstuhl in der Nervenklinik allein im letzten Jahr zweimal abgestürzt ist.

Sie sagen, daß in den Kliniken sehr "rationell" gearbeitet wird. So wird ein Patient, der von der Medizinischen Klinik in die Chirurgie verlegt wird, lieber noch einmal der Röntgenstrahlung ausgesetzt, anstatt daß die Röntgenbilder von der Medizinischen Klinik angefordert werden, wo er auch schon geröntgt wurde.

Sie werden sagen, daß selbst auf Intensivstationen über Nacht und am Wochenende häufig nicht eine einzige examinierte Pflegekraft auf Station ist und die gesamte Überwachung von nicht ausgebildetem Personal geleistet werden muß.

Größere Teile der Beschäftigten kommen zu der Einsicht, daß das Interesse der Kapitalistenklasse an der bedingungslosen Aufrechterhaltung des Profits im Widerspruch steht zum gesellschaftlichen Fortschritt und daß der bürgerliche Staat dieses Profitsystem auf Kosten des Volkes garantiert.

Ruhe soll herrschen

Diese Kritik will der bürgerliche Staat verhindern. Deshalb sollen *"für alle öffentlichen Bediensteten . . . die bisherigen Beamtenpflichten"* (Genscher-Thesen) gelten, d.h. daß die bisher für Beamte geltenden Knebelungen wie Beschränkung des Rechts der freien Meinungsäußerung und der freien politischen Betätigung in Zukunft auch für die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst gelten sollen.

Sie sollen verpflichtet werden, in der Ausübung ihres Berufes und in der Freizeit jederzeit aktiv einzutreten für den Erhalt der kapitalistischen Ausbeuterordnung. Die Bindung an die bestehende Gesellschaftsordnung soll durch die Verpflichtung zur Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen gefestigt werden, in denen *"staatsbürgerliches Wissen vermittelt wird, da es den Beschäftigten hilft, ihren Pflichten zum Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung besser nachzukommen"* (Genscher-Thesen).

Wenn heute der Beamtenbund, der Richterbund und der Bundeswehrverband die Reform des öffentlichen Dienstrechtes fordern, dann steckt nichts anderes dahinter als der Wunsch der bürgerlichen Klasse, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes umfassend politisch zu entrechten und sie in ihrer Lage hinabzudrücken. Das Interesse der Arbeiterklasse und der Beschäftigten im öffentlichen Dienst kann nur sein: Kein besonderes Dienstrecht im öffentlichen Dienst! Beseitigung der Grundlagen dieses besonderen Dienstrechtes, die Beseitigung des Beamtenrechts und des KPD-Verbots.

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst brauchen kein besonderes Dienstrecht, sondern sie brauchen Kampfrechte, um für ihre Interessen als Lohnabhängige eintreten zu können.

K., Vertrauensmann der ÖTV

Gegen politische Entlassung

Schwetzingen. Der Assistenzarzt J. Henninger, der bei den Gemeinderatswahlen in Heidelberg im April auf der Liste des KBW kandidiert hatte, wurde aus politischen Gründen entlassen.

Die ÖTV-Vertrauensleute luden zu einer Versammlung ein, auf der 24 Kollegen mit einer einstimmig gefaßten Resolution gegen diese politische Entlassung protestierte. Diese Resolution wurde an die Presse gegeben. Zuvor waren über 100 Unterschriften gegen diese Entlassung gesammelt worden.

Höchst AG

850 Ausbildungsplätze 4 300 Bewerber

Rund 600 000 Jugendliche werden bis zum 1. August die Schule verlassen, gut 400 000 von ihnen mit einem Hauptschulabschluß versehen, und ihre weitere Ausbildung hängt davon ab, ob sie einen Kapitalisten finden, der sie als Lehrling einstellt. Dabei treffen die Hauptschulabgänger bereits auf das Heer der 120 000 arbeitslosen Jugendlichen, von denen viele Tausend ebenfalls auf der Suche nach einer Lehrstelle sind. So schwillt die Zahl von Jugendlichen, für die das Recht auf Ausbildung bloßes papiernes Wort bleibt, an und die Konkurrenz unter ihnen um die vorhandenen Ausbildungsplätze soll nach dem Willen der Kapitalisten an Schärfe gewinnen. Mit dem bestehenden dreigliedrigen Schulsystem hat die bürgerliche Klasse ein Mittel an der Hand, die Ausbildung der Arbeiterjugend und die Ausbildung der künftigen Funktionäre der Kapitalisten und ihres Staates voneinander zu trennen. Gleichzeitig soll durch das dreigliedrige Schulsystem die Konkurrenz unter der Jugend verschärft, ein Teil der Jugend gegen den anderen ausgespielt werden. Was das heißt, wird deutlich anhand der folgenden Korrespondenz über Lehrstellenbewerbungen bei der Firma Hoechst. Die Spaltung des Schulwesens, die schon früh die Konkurrenz in die Jugend hineintragen soll, trifft am schärfsten die Arbeiterjugend. Denn nicht nur erhält sie die dürftigste und elendeste Ausbildung, sondern stets auch soll nach dem Willen der Kapitalisten sie die Hauptlast tragen, welche die Krise der bürgerlichen Gesellschaft für die Ausbildung der Jugendlichen mit sich bringt.

Vor einiger Zeit ist in der KVZ darüber berichtet worden, daß bei der Höchst AG in diesem Jahr 41 Lehrlinge nach Abschluß ihrer Berufsausbildung vom Betrieb nicht übernommen werden.

Noch schlimmer sieht es inzwischen für diejenigen aus, die sich bei Höchst um eine Lehrstelle beworben haben. Für 850 Ausbildungsplätze gibt es bereits 4 300 Bewerber, das sind rund 80 % mehr als im Vorjahr. Über 1 000 davon sind Abiturienten, etwa 2 500 haben die mittlere Reife. Der Anteil der Hauptschüler ist demgegenüber von früher 40 auf 20 Prozent gesunken. Die knapp 1 000, die sich in diesem Jahr beworben haben, dürften zusammen mit der Mehrzahl der Realschüler kaum Aussicht auf eine Lehrstelle bei Höchst haben. Gar nicht erst erwähnt sind in dieser Statistik (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. Juli) die Jugendlichen ohne Hauptschulabschluß und die Sonderschüler. Die können offenbar weder bei Höchst noch sonstwo auf eine Lehrstelle hoffen.

"Die Zunahme der Bewerberzahlen wird sich nach Ansicht des Sprechers (der Höchst AG) voraussichtlich fortsetzen", schreibt die "Frankfurter Allgemeine Zeitung". Den Kapitalisten kann dies nur recht sein. Denn sie werden die wachsende Konkurrenz weiter nutzen, um sich die Jugendlichen gefügig zu machen, und können obendrein noch mit einer großen Zahl billiger Hilfskräfte rechnen.

Sie wissen aber auch, daß in dieser Lage die Kräfte des Widerstands zunehmen. So hört man, "der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) hat 'Sorge', daß sich die Beschäftigungschancen und vor allem die beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten dieser Jugendlichen durch den Nachfragedruck der Abiturienten drastisch verschlechtern wird." (Handelsblatt vom 8. Juli)

Abgesehen davon, daß die Verschlechterung der Berufsausbildung von den Kapitalisten betrieben wird und nicht von den Abiturienten: Die Sorge dieser Herren gilt aller Erfahrung nach nicht den betroffenen Jugendlichen, sondern vor allem der Erhaltung des Ausbildungsmonopols der Kapitalisten, von denen der DIHT schließlich lebt. Denn eine wachsende Zahl von jugendlichen und erwachsenen Arbeitern und Angestellten beginnt, aus der Lage im Berufsbildungswesen die richtigen Konsequenzen zu ziehen: Die Berufsausbildung muß den Händen der Kapitalisten entrissen und unter die Kontrolle des Volkes gestellt werden. In dem Maße, wie diese Auffassung an Verbreitung gewinnt, werden sich die Sorgen der Herren vom DIHT als berechtigt erweisen.

Aus: Ortsbeilage Frankfurt der KVZ Nr. 28



Besonders die Ausländer-Jugendlichen finden kaum eine Lehrstelle. So waren im Arbeitsamtbezirk Frankfurt im Februar 1974 29,3 % der jugendlichen Arbeitslosen Ausländer.

Kaum Lehrstellen für Ausländer

Als ich in den letzten Wochen zusammen mit einer jungen Türkin eine Lehrstelle für sie suchte, bekam ich einen Einblick, wie miserabel die Ausbildung von Kindern ausländischer Arbeiter in der BRD ist.

In der Schule sieht es für einen ausländischen Schüler schlecht aus, denn Unterstützung kann er nicht erwarten. Und zum Lohn dafür bekommt er ein Zeugnis, in dem in der Mathematiknote Deutschkenntnisse (als mündliche Noten) beurteilt werden, ein Zeugnis, in dem Fünfer und Sechser stehen, obwohl der Schüler im Unterricht mitgearbeitet hat – er ist nur nie rangekommen, weil der Lehrer meinte, daß er sowieso falsch antworten würde, oder weil er meinte, Erklärungen würden den "Stundenverlauf" hemmen (– der Lehrplan, nicht der Schüler steht im Vordergrund). Bei der Deutschnote steht "teilgenommen", und das, obwohl die Kenntnisse des Schülers, besonders der mündliche sprachliche Ausdruck, nur wenig grammatische Mängel aufweisen. – Und bei solchen Noten gibt es natürlich kein Hauptschulabschlußzeugnis.

Eine Berufsausbildung sollen die ausländischen Schüler in ihrer Heimat machen, das meint ein Wormser Lehrer.

Bei der Vorstellung bei dem möglichen "Ausbilder" spüren sie deutlich deren Abneigung vor solch ungewollten Lehrlingen. Man hat Angst, sie schaffen die Berufsschule nicht. Diese Angst ist nicht unberechtigt: Ausländische Schüler stehen in der Berufsschule allein da, keine Unterstützung bei den spezifischen Schwierigkeiten. Schafft der ausländische Lehrling dann die Ausbildung wirklich nicht, dann schiebt man dem Ausbilder die Schuld zu, weshalb viele Ausbilder von vorneherein keine Ausländer nehmen. So kommt es vor, daß ausländische Schüler die zugesagte Lehrstelle abgesagt bekommen. Ausländische Schüler werden zu Hilfsarbeitern gemacht.

Von der schlechten Lage der Ausländer sind nicht nur diese selbst betroffen, sondern in gleicher Weise die deutschen Arbeiter. Denn die schlechter ausgebildeten Ausländer können als Lohndrücker und Streikbrecher gegen deutsche Arbeiter eingesetzt werden.

(aus: Ortsbeilage Worms der KVZ

Angriff auf Jugendvertretung

Ausbildung bei den Philips-Kapitalisten: wochenlang Reparaturarbeiten an Steckern

Wetzlar. Die Geschäftsleitung der Firma Philips hat vor Gericht beantragt, den Vorsitzenden der Jugendvertretung aus dieser auszuschließen.

Als Begründung gab sie an, der Jugendvertreter habe Lehrlinge zur Arbeitsverweigerung aufgerufen. Außerdem habe er zugelassen, daß auf einer Jugendversammlung "betriebsfremde Themen" behandelt worden seien, z.B. die Forderung nach einem Volksentscheid gegen den § 218 und Resolutionen gegen die Jugendarbeitslosigkeit.

Dieser Ausschlußantrag stellt den vorläufigen Höhepunkt einer massiven Einschüchterungskampagne dar, mit der die Philips-Kapitalisten seit einiger Zeit gegen die Jugendvertretung zu Felde ziehen. In einer Zeit, wo die Akkordschraube bei Philips rücksichtslos angezogen wird, Jungarbeiterinnen entlassen oder mit Entlassung bedroht werden und die Übergriffe auf die Ausbildung sich häufen, versucht die Geschäftsleitung diejenigen mundtot zu machen, die sich gegen diese Entwicklung zur Wehr setzen.

Als im April dieses Jahres Lehrlinge des ersten Lehrjahres wochenlang mit Reparaturarbeiten an Steckern beschäftigt wurden, beschwerten sie sich bei der Jugendvertretung und verweigerten daraufhin diese Arbeit. Noch am selben Tag bekamen sie andere Arbeiten zugeteilt. Der Jugendvertreter erhielt dagegen seine erste Verwarnung, weil er mit seinem Ratschlag, diese Arbeit nicht weiterzumachen, gegen die "Pflicht zur vertrauensvollen Zusammenarbeit" verstoßen habe.

Auf einer anschließenden Jugendversammlung befaßten sich die Jugendlichen u.a. mit dem Problem der Jugendarbeitslosigkeit und dem § 218. Dabei stimmten sie in der Mehrheit für zwei Resolutionen, in denen ein Volksentscheid gegen den § 218 gefordert wurde sowie einzelne Forderungen zur Jugendarbeitslosigkeit erhoben wurden. Diese Forderungen waren: Anerkennung aller Schulabgänger ohne Arbeit als Arbeitslose, Mindestarbeitslosenentgelt von 60 % des Ecklohns, Teilnahme an einer Facharbeiterklasse ihrer Wahl unter Anrechnung auf die spätere Lehrzeit.

Die Geschäftsleitung sprach der Versammlung den Charakter einer Jugendversammlung ab, weil sie sich mit "betriebsfremden Themen" befaßt habe. Anschließend wollte sie von allen Lehrlingen das Ausfallgeld kassieren, beließ es dann jedoch bei einer zweiten Verwarnung für den Vorsitzenden der Jugendvertretung, weil er die Diskussion über diese Forderungen zugelassen und damit den "Betriebsfrieden" gestört habe.

Nach zwei Verwarnungen halten die Philips-Kapitalisten den Jugendvertreter jetzt für abschußreif und haben die Sache deshalb dem Arbeitsgericht übergeben. Das kann für die Geschäftsleitung aber unangenehm werden, wenn es gelingt, ihre Machenschaften vor Gericht offenzulegen.

M., Ortsgruppe Wetzlar

Arbeitersamariterbund

Ein gewöhnlicher Ausbeuter

Im Religionsunterricht wird einem die Geschichte von dem barmherzigen Samariter erzählt, einem vorbildlichen Menschen, der unter Einsatz seines Lebens und völlig uneigennützig seinem "Nächsten" half. Mit solch einer Selbstlosigkeit hat die soziale Einrichtung "Arbeitersamariter" nichts gemein, wie ich kürzlich erfahren mußte.

Das Arbeitsamt vermittelte mir eine Aushilfstätigkeit bei den "Arbeitersamaritern". Es sollte darum gehen, Handzettel und Plastiksäcke für Altkleidersammlungen im Kreis Konstanz an die Haushalte zu verteilen. Das hört sich einfach an, ist aber ein ganz schöner Schlauch. Mit den Kollegen, Schülern und Arbeitslosen von der Gelegenheitsvermittlung, wird man einzeln oder in kleinen Gruppen in einem Ort ausgesetzt, um das Material zu verteilen. "Wenn ich Euch erwisch, daß Ihr ein Haus auslaßt, gibt's kein Geld am Abend!", wird man vom Einsatzleiter eingeschüchtert. Natürlich kann das kein Mensch wirklich kontrollieren. Und mit dem Geld ist das sowieso nicht so weit her. 40 Mark pauschal gibt es am Tag. Der Einsatzplan, der von den Arbeiterobersamaritern zusammengestellt wird, ist so vollgepackt, daß die einzelnen Verteilergruppen niemals in acht Stunden fertig werden können. An einem Tag waren wir fast elf Stunden unterwegs. Das entspricht einem Stundenlohn von nicht einmal 3,70 DM. Einen Vertrag oder etwas ähnliches gibt es nicht. Als es mit den unbezahlten Überstunden einmal besonders dick gekommen war, wurden uns statt der vierzig nur dreißig Mark am Abend ausgezahlt. Den Rest gäbe es am nächsten Tag, hieß es. Der Chef, der im Hotelzimmer mit dem Tragen der Verantwortung für die Aktion beschäftigt war und diese Anordnung erlassen hatte, fürchtete offenbar, daß ihm die Leute davonlaufen. Wenn gegen diese Zustände gemurrt wird, heißt es: "Das ist für eine gute Sache!"

Das allerdings ist nicht so. Die einzelnen "Wohlfahrtsunternehmen" wie Arbeitersamariterbund, Arbeiterwohlfahrt, Malteser, Rotes Kreuz usw. haben bei ihren Sammelaktionen keinerlei Absprachen untereinander. Wie gewöhnliche Kapitalisten konkurrieren sie um die alten Klamotten, und mehrfach schon kamen wir in Ortschaften, wo gerade 14 Tage vorher gesammelt worden war.

Und auch mit dem Erlös der Sammlungen wird "wohltätig" nicht umgegangen. Vor einiger Zeit legte sich eine ASB-Sektion in unserer Gegend einen kleinen Kajütenkreuzer zu, mit dem angeblich Ertrinkende aus dem Untersse gezogen werden sollten. Das Ding hat aber solche Ausmaße, daß ein Ersatzdienstleistender auf Kosten des Arbeitersamariterbunds einen speziellen Führerschein machen mußte, um das Boot bedienen zu können, und der als Chauffeur für lustige Seereisen zur Verfügung steht.

Diese Erscheinungen machen deutlich: Den verschiedenen privaten und halbstaatlichen karitativen Organisationen muß das Handwerk gelegt werden. In einem einheitlichen Gesundheitswesen, das sich in der Kontrolle des Volkes befindet, wird es mit solchen Bereicherungsorganisationen ein Ende haben.

–K., Konstanz

Nach Ausbildung entlassen

Alle der 15 Lehrlinge im dritten Lehrjahr der Druckerei Girardet sind nach Abschluß ihrer Lehre entlassen worden.

Nachdem sich die Jugendlichen drei Jahre lang als Drucker, Setzer, Retouscheure usw. haben ausbilden lassen, werden ihre Kenntnisse und Fähigkeiten wertlos, denn sie bekommen weit und breit keine Stelle, weder bei Girardet noch anderswo. In der Druckindustrie tobt ein scharfer Konkurrenzkampf, in dem selbst große Firmen wie Girardet Federn lassen

Wie dabei die Geschäftsleitung mit den Lehrlingen umspringt, zeigen die beiden folgenden Fälle.

Ein Mädchen, das besonders qualifiziert war, wollte bereits nach zweieinhalb Jahren die Prüfung machen. Da die Kollegin jedoch bereits voll produktiv arbeitete und die Geschäftsleitung ein Interesse an einer billigen Arbeitskraft hatte, wies sie die Kollegin darauf hin, daß sie nach der vorzeitigen Prüfung sofort entlassen werden würde. Sie solle daher ihre Prüfung erst nach dem dritten Jahr machen. Schließlich kam heraus, daß auch für den Fall ihre Entlassung geplant war. Nur durch den Protest der Jugendvertretung und des Betriebsrates konnte erreicht werden, daß die Kollegin einen Arbeitsvertrag über drei Monate erhielt.

Ebenso sollte ein Kollege, der zu 50 % schwerbeschädigt ist und wegen einer Berufskrankheit schon zweimal seinen Beruf wechseln mußte, sofort nach der Lehre entlassen werden. Erst nach dem Protest des Betriebsrates ließ sich die Geschäftsleitung zu einem Almosen herab und bot einen sechsmonatigen Arbeitsvertrag an.

Aus: Ortsbeilage Essen

In dem Artikel "Angriffe auf die Arbeitslosenversicherung" in der KVZ Nr. 28, Seite 7, steht, die Lohnabhängigen müßten 2 % vom Nettolohn in die Kassen der Arbeitslosenversicherung bezahlen. Das ist in zweifacher Hinsicht falsch. Abgezogen werden die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung vom Bruttolohn, so wie dies bei allen Steuern und Beiträgen üblich ist, die vom Lohn abgezogen werden. Das läuft darauf hinaus, daß die Lohnabhängigen auch für die Gelder, die sie gar nicht in die Tasche bekommen, noch Steuern bezahlen müssen. Weiter: Von den 2 %, die auf den Bruttolohn berechnet werden, geht 1 % als Teil des Bruttolohnes ab. Die andere Hälfte von 1 % bezahlt der Kapitalist als "Arbeitgeberanteil", um sich so in den Versicherungen der Lohnabhängigen breit zu machen. Beide Teile sind aber Bestandteil des Lohnes.

Sind die Löhne an der Krise schuld?

In der KVZ vom 10. Juli ist ein Artikel veröffentlicht worden, in dem die Auswirkungen der gegenwärtigen Krise auf die Arbeiterklasse aufgezeigt worden sind. Einige dieser Auswirkungen sind die steigende Arbeitshetze im Betrieb, der verstärkte Druck auf den Reallohn und die wachsende Arbeitslosigkeit. In einem anderen Artikel wurde aufgezeigt, wie die Arbeitslosigkeit eines Teils der Arbeiterklasse zur Bildung einer industriellen Reservearmee führt und wie die Kapitalisten die Existenz dieser industriellen Reservearmee nutzen, um die Arbeitshetze zu verschärfen und die Löhne zu drücken. Hier wollen wir untersuchen, welchen Einfluß die Löhne auf die Krise haben.

Dies ist notwendig. Je näher die Tarifauseinandersetzungen rücken, umso mehr führen die Kapitalisten und ihre Verbände ein großes Geschrei: Die Löhne sind an der Krise schuld! Dies haben sie bereits vor und während der letzten Tarifauseinandersetzung verkündet. Es ist ihnen gelungen, miserable Tariferhöhungen durchzusetzen. Über diese miserablen Tarifabschlüsse haben sie nicht genug frohlocken können. Aber trotz dieser miserablen Tarifabschlüsse hat sich die Krise weiter verschärft, ist die Produktion zurückgegangen und die Arbeitslosigkeit gestiegen. Nicht einmal die Inflationsrate hat sich verringert. Im Gegenteil, sie beginnt erneut zu steigen. Vor allem für Lebensmittel und die Waren, die die Arbeiter am dringendsten für ihren Lebensunterhalt brauchen.

Obwohl also bereits die Erfahrungen der letzten Tarifauseinandersetzung und der seither vergangenen Zeit zeigen, daß die Löhne keineswegs an der Krise schuld sind, gibt es doch in der Arbeiterklasse selber und unter den übrigen Lohnabhängigen welche, die dieses Märchen glauben. Das liegt auch daran, daß die Gewerkschaften mit ihrer Presse diesem Märchen nicht entschieden entgegentreten, sondern unter ihrer sozialdemokratischen Führung zu diesem Lug und Trug noch beitragen. So schwätzen sie stets von "situationsgerechten", "maßvollen" Tarifforderungen, die vom Gesamtwohl ausgingen. Damit geben sie zu verstehen, daß die Löhne auch ihr Teil Schuld an der Krise tragen und verzichten darauf, das Wohl der Arbeiterklasse und der übrigen Lohnabhängigen zur Richtschnur der Tarifforderungen zu machen.

Jedenfalls ist es so, daß das Märchen von den Löhnen als Ursache der Krise auch noch von manchen Arbeitern und Lohnabhängigen geglaubt wird. Deshalb muß man es immer erneut widerlegen.

Wonach bestimmt sich die Höhe der Löhne?

Die kapitalistische Gesellschaft ist eine warenproduzierende Gesellschaft. Ihr Reichtum stellt sich in einem Sammelsurium von Waren dar. Das sieht man, wenn man durch eine Geschäftsstraße geht, und das merkt man, wenn man etwas zum Essen braucht. Obwohl reichlich zum Essen vorhanden ist, kann man nur das essen, was man sich vorher gekauft hat.

Kein Gebrauchsgegenstand kann in der kapitalistischen Gesellschaft in den Verbrauch eingehen, bevor er nicht auf dem Markt oder ins Geschäft gekommen ist, zur Ware geworden ist und die Hände gegen Geld gewechselt hat. Damit ich den Gebrauchswert der Ware gebrauchen kann, muß ich ihren Wert bezahlen.

Wodurch kommt nun dieser Wert zustande und was ist in ihm enthalten? Dieser Wert kommt durch die für den Gebrauchsgegenstand aufgewandte menschliche Arbeit zustande. Im Wert der Ware ist die menschliche Arbeitszeit enthalten, die zu ihrer Herstellung verwandt worden ist. Nur das haben alle Waren miteinander gemeinsam: Sie alle sind durch menschliche Arbeit produziert worden. Nur darin sind sie miteinander vergleichbar: In allen ist menschliche Arbeitszeit enthalten. In der einen mehr, in der anderen weniger. Diese menschliche Arbeitszeit muß ich bezahlen, wenn ich den Wert einer Ware begleiche und das Geld, das ich benutze, habe ich nur in der Hand, weil ich eine andere Ware weggegeben habe und die in ihr enthaltene menschliche Arbeitszeit durch Geld beglichen bekommen habe.

Nun weiß jeder, daß der heutige Lohnarbeiter das Geld, das er auf der Hand hat, nicht durch den Verkauf des Autos bekommen hat, das er vielleicht tagsüber produziert hat. Denn dieses Auto hat nicht er, sondern besitzt der Kapitalist, für den er es produziert hat. Der Kapitalist also wird dieses Auto verkaufen. Versucht's der Arbeiter selber, dann landet er als Dieb im Gefängnis.

Woher hat dann der Arbeiter das Geld, womit er sein Brot bezahlt? Jeder weiß, er hat es aus seinem Lohn, es ist sein Lohn. Und wofür hat er den Lohn bekommen? Was hat er dafür hergeben, verkaufen müssen? Seine Arbeitskraft hat er dafür verkaufen müssen; für den Verkauf seiner Ware Arbeitskraft an den Kapitalisten hat er den Lohn erhalten. Der Lohn ist also nichts weiter als der Preis der Ware Arbeitskraft. Er bezahlt ihren Wert oder auch nicht; dann nämlich nicht, wenn es dem Kapitalisten gelingt, den Preis, den er bezahlt für die Arbeitskraft, unter ihren Wert zu drücken.

Wodurch kommt dieser Wert der Arbeitskraft zustande, was ist in ihm enthalten?

Wie jeder Wert ist er durch menschliche Arbeit zustande gekommen und ist in ihm die Arbeitszeit enthalten, die zur Produktion und Reproduktion der menschlichen Arbeitskraft notwendig ist. Er entspricht also dem Wert der Lebensmittel, die der Arbeiter braucht, um seine Arbeitskraft tagein, tagaus ein Arbeiterleben lang zu erhalten und in seiner Familie neue Arbeiter heranzuziehen, die an seine Stelle treten. Kauft der Kapitalist die Arbeitskraft für einen Monat, dann muß er bezahlen, was notwendig ist, um die Arbeitskraft einen Monat zu erhalten. Der Monat setzt sich aus Tagen zusammen; kauft der Kapitalist die Arbeitskraft für einen Tag, dann muß er einen Lohn bezahlen, der reicht, um die Arbeitskraft so wiederherzustellen, damit sie am nächsten Tag abermals verkauft werden kann.

Der Arbeiter erhält also seinen Lohn für den Verkauf seiner Arbeitskraft, und mit diesem Lohn kauft er sich die Lebensmittel, die notwendig sind, um seine Arbeitskraft zu erhalten und erneut zu verkaufen. Mehr erhält er nicht. Daß er nicht mehr erhält, kann man daran sehen, daß der Arbeiter durch seine Arbeit niemals in den Besitz von Kapital kommt, das dann für ihn "arbeitet", sondern daß er immer wieder seine Arbeitskraft an den Kapitalisten verkaufen muß. Vielleicht reicht es dem einen oder anderen in einer bestimmten Phase seines Arbeiterlebens zu einem Häuschen und vielleicht kann er es sogar erhalten. Er kann es jedoch nur durch den ständig erneuerten Verkauf seiner Arbeitskraft an den Kapitalisten erhalten. Das Häuschen erhält nicht ihn, es ist kein Kapital und der Arbeiter kommt auch zu keinem Kapital, das für ihn arbeitet. Denn er ist dazu da, für andere, für die Kapitalisten zu arbeiten.

Denn was macht der Kapitalist mit der Arbeitskraft, die er dem Arbeiter abgekauft hat? Er gebraucht sie, er läßt sie für sich arbeiten. Warum macht er das? Er macht das, weil ihm die Arbeit des Arbeiters mehr bringt als er für die Arbeitskraft des Arbeiters bezahlen muß. Der Arbeiter kann an einem Tag mehr Wert produzieren als zur Wiederherstellung seiner Arbeitskraft notwendig ist. Von dieser Tatsache lebt der Kapitalist, und er lebt davon, wie man sehen kann, nicht schlecht. Nicht nur als Kapitalist lebt er nicht schlecht, denn während seine Fabriken immer größer werden, bleibt der Arbeiter doch immer der gleiche: einer der seine Arbeitskraft verkaufen muß und jederzeit auf die Straße fliegen kann. Das passiert dem Kapitalisten bei allem vielbeschworenen Geschäftsrisiko nicht. Und der Kapitalist lebt auch persönlich nicht schlecht: Er hält sich eine Villa, eine oder mehrere Frauen, eine Jacht und andere Sachen mehr, nach denen ihm der Sinn steht. All dies verdankt er der Fähigkeit nicht nur eines, sondern tausender und hunderttausender Arbeiter: mehr arbeiten zu können als zur Erhaltung ihrer Arbeitskraft notwendig ist.

Diese Fähigkeit wird von den Kapitalisten systematisch ausgebeutet. Dabei ist das Bedürfnis des Kapitalisten gut verständlich, den Teil der Arbeit, den der Arbeiter zur Erhaltung seiner eigenen Arbeitskraft arbeitet, zu senken, und den Teil zu erhöhen, den er ausschließlich für den Kapitalisten arbeitet. Dafür gibt es verschiedene Mittel: Er kann direkt den Lohn senken oder er kann den Lohn gleich lassen und die Arbeit verlängern, ja er kann sogar den Lohn ein bißchen erhöhen, die Arbeit aber unverhältnismäßig verlängern. Was er durch Verlängerung der Arbeit erreichen kann, kann er auch durch Verdichtung der Arbeit erzielen, sei es durch Erhöhung des Akkords, durch Beschleunigen des Bandes oder durch Antreiberei mit Hilfe von Meistern und Vorarbeitern. Er kann es auch durch Verbesserung der Maschinerie erreichen, die ihm vorübergehend einen Vorsprung vor der Konkurrenz sichert: indem seine Arbeiter weniger Zeit brauchen, um eine bestimte Menge Waren zu produzieren als die Arbeiter des Konkurrenten, der Kapitalist aber nicht entsprechend mit den Preisen der Waren runter geht.

Also: Der Lohn ist durch den Wert der Ware Arbeitskraft bestimmt. Der Kapitalist gebraucht die Arbeitskraft für seinen Profit, indem er sie mehr arbeiten läßt als Zeit zu ihrer eigenen Erhaltung bzw. Wiederherstellung notwendig ist. Das ist die ökonomische Ursache der Ausbeutung. Daß das funktioniert, kann man gut daran sehen, daß die Kapitalisten immer reicher werden, während die Arbeiter, auch wenn es ihnen mal ein bißchen besser geht, immer Arbeiter bleiben. Daß der Kapitalist dennoch über die Höhe der Löhne jammert, kann man auch verstehen. Je niedriger die Löhne sind, umso höher ist sein Profit. Je mehr er aus dem Arbeiter zusätzlich zu dem herausholt, was zur Erhaltung seiner Arbeitskraft notwendig ist, umso mehr Früchte der Arbeit des Arbeiters kann der Kapitalist einstreichen.

Was hat die Höhe der Löhne mit der Krise zu tun?

Worin besteht die Krise für den Kapitalisten? Die Krise besteht für ihn darin, daß er die Waren, die ihm der Arbeiter produziert hat, nicht mehr mit genügend Profit losschlagen kann. Liegt das daran, daß er zu hohe Löhne bezahlen mußte? Nein, daran liegt es nicht, denn der Wert der Waren ist ja nicht durch die Löhne bestimmt, sondern durch die tatsächlich aufgebrachte Arbeit der Arbeiter, um diese Waren herzustellen. Sie sind also mehr wert als die Arbeitskraft, die der Kapitalist bezahlen mußte. Deshalb hat er ja diese Waren überhaupt produzieren lassen. Wäre von vornherein kein oder nur ein geringer Profit mit diesen Waren zu machen gewesen, dann hätte er sie gar nicht produzieren lassen.

Nein, die Krise kommt daher, daß der Kapitalist in seiner Profitgier mehr Waren hat produzieren lassen, als er schließlich noch profitabel absetzen kann, und so wie er haben es seine Konkurrenten in der Jagd nach Profit auch gemacht. In der Krise sind die Märkte verstopft und verstopft sind die Märkte nicht, weil der Kapitalist den Arbeitern zuviel für ihre Arbeitskraft bezahlt hat, sondern weil er soviel Arbeit aus ihnen herausgepreßt hat und in Waren einer bestimmten Art vergegenständlichen ließ, daß diese Waren jetzt nicht mehr profitabel loszuschlagen sind.

Jetzt gibt es für den Kapitalisten zwei Möglichkeiten: Entweder er setzt die Preise herab oder er produziert weniger Waren, oder er ist zu beidem gezwungen. Setzt er aber die Preise herab, dann schmälert er seinen Profit, und läßt er weniger produzieren, dann schmälert er ebenfalls seinen Profit. Ist der Kapitalist zu einer dieser Maßnahmen gezwungen oder muß er gar beide kombinieren, dann verbindet er dies stets mit dem Versuch, seinen Profit zu erhalten. Seinen Profit kann er aber nur erhalten, wenn er die Lohnsumme drückt, die zur Herstellung einer bestimmten Menge Waren bisher für die dafür notwendige Arbeitskraft bezahlt werden mußte.

Dazu hat er im Prinzip ebenfalls zwei Möglichkeiten: Entweder er läßt weniger Arbeiter gleich viel oder mehr produzieren oder er drückt allen Arbeitern den Lohn, indem er nicht mehr den Wert der Arbeitskraft bezahlt, sondern weniger. Oder er kombiniert beide Maßnahmen. Das ist auch deshalb für den Kapitalisten angebracht, weil er so am leichtesten die Arbeiter spalten kann: Die einen wirft er hinaus und die anderen läßt er für weniger Lohn mehr arbeiten.

Ist es ein Wunder, daß er bei der Durchführung dieser Maßnahmen den Mund nicht voll genug nehmen kann, daß die Löhne zu hoch seien? Kann er seine Maßnahmen denn überhaupt anders rechtfertigen? Und muß er nicht versuchen, seine Maßnahmen zu rechtfertigen, wenn er sie möglichst reibungslos über die Bühne bringen will?

Wie aber sieht es in Wirklichkeit aus?

Jede Krise führt zur Vernichtung von Kapital. Das nimmt die Form von Pleiten an. Aber nicht jede Kapitalvernichtung muß mit Pleiten verbunden sein. Bei Konzernen ist sie zwar mit der Schließung von Werken und der Stillegung von Produktionsanlagen verbunden, aber selten mit Pleiten. Diese Vernichtung von Kapital, das heißt von Werten, die die Arbeiter produziert haben, geht Hand in Hand mit Entlassungen. Die Entlassungen führen zu steigender Arbeitslosigkeit und die steigende Arbeitslosigkeit erlaubt es, die Löhne zu drücken. Gelingt es den Kapitalisten nach einiger Zeit, die Produktion wieder zu steigern, weil die Märkte nicht länger verstopft sind, sich neue Märkte aufzutun und genügend Kapital vernichtet ist, dann können sie gleichzeitig auf einen überfüllten Arbeitsmarkt zurückgreifen, auf dem Arbeitskräfte in Hülle und Fülle vorhanden sind. Während sie auf der einen Seite also auf leergefegte Märkte vorstoßen können, um ihre Waren abzusetzen, können sie auf der anderen Seite sich beim Einkauf der Arbeitskraft auf einen überfüllten Markt stützen. Die Folge ist, daß sie die Preise ihrer Waren schnell erhöhen können, während sie für die Arbeitskraft nur niedrige Preise zahlen müssen.

Kein Wunder, daß diese Phase der beginnenden und aufsteigenden Konjunktur der eigentliche Wonnemond der Kapitalisten ist. Erst in dem Maße, wie die Kapitalisten den Arbeitsmarkt leersaugen, verbessern sich die Bedingungen für den Verkauf der Arbeitskraft. Die Löhne, das heißt der Preis der Arbeitskraft, sind deshalb die Preise, die am spätesten steigen. Das wissen sogar die Kapitalisten, und in Zeiten der aufsteigenden Konjunktur geben sie es auch zu. Man spricht dann von einem gewissen Nachholbedarf der Löhne. Sobald aber die erste Hochkonjunktur erreicht ist und auf den Märkten die ersten Verstopfungserscheinungen sich zeigen, werden die Löhne wiederum als erste Preise gedrückt.

Das ist einleuchtend: Auf dem Markt, wo der Kapitalist als Verkäufer auftritt, hält er die Preise, bzw. versucht sie sogar in der Krise noch zu erhöhen, auf dem Markt, wo er als Käufer auftritt, setzt er alles daran, die Preise zu drücken. Da der Kapitalist das Monopol an den Produktionsmitteln hat und die Arbeiter gezwungen sind, ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten zu verkaufen, wenn sie leben wollen, sitzen die Kapitalisten innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft in dieser Auseinandersetzung im allgemeinen am längeren Hebel. So ist es eine übliche Erscheinung im Verlauf des industriellen Zyklus, daß die Löhne zuletzt steigen und als erste sinken.

Dies können wir gut sehen, wenn wir den Beginn der Konjunktur nach der Krise von 1966/67 untersuchen und den Beginn der heutigen Krise: Die Hochkonjunktur begann 1967 mit einem Lohnstopp und erst 1969 konnten die Arbeiter in selbständigen Streiks erste bedeutende Lohnerhöhungen herausholen. Die heutige Krise jedoch begann mit den schlechten Abschlüssen 1974, schlug sich in den Lohnraubabschlüssen 1975 nieder, bevor sie überhaupt richtig zum Ausbruch gekommen war. Heute beschleunigt sich bereits wieder die Inflationsrate vor allem für Lebensmittel, während die Kapitalisten und ihre Politiker im Chor singen, der Lohnabbau müsse fortgesetzt werden. Dabei denken sie nicht nur an die Löhne, die die Arbeiter tagtäglich ausbezahlt bekommen, sondern genauso an den Teil des Lohnes, den die Kapitalistenklasse und der bürgerliche Staat einbehalten als "Versicherungsbeitrag" und über den sie widerrechtlich mitverfügen und in der Praxis allein verfügen.

Wenn die Arbeiter auf den Schwindel der Kapitalistenklasse hereinfallen, sind sie nicht bloß verkauft, sondern verloren

Der Schwindel, daß die Löhne die Krise hervorbrächten, ist nichts als das Tischgebet der Kapitalisten, wenn sie sich daranmachen, die Arbeitskräfte in der Krise vollständig auszuzehren. Erhören soll es nicht Gott oder sonst ein höhres Wesen – das ist den Kapitalisten egal, so aufgeklärt sind sie –, erhören sollen dies Tischgebet die Arbeiter und sich selber zum Verzehr vorlegen.

Das wäre den Kapitalisten tatsächlich das liebste. Denn wenn sie schon mit der Krise zu tun haben, dann wollen sie wenigstens im Klassenkampf mit möglichst wenig Anstrengung die Oberhand behalten.

Man darf in keinem Fall auf sie hereinfallen, will man nicht zum billigen Fraß ihrer Profitsucht werden. Man darf auch nicht auf die Gewerkschaftsführer hören, die einem gut zureden. Erst recht in der Krise bleibt den Arbeitern nichts als ihre Organisation und Solidarität gegenüber den Kapitalisten, um den Lohnraub abzuwehren. Und nur eine Arbeiterklasse, die sich ihrer Haut wehrt, wird in der Lage sein, sich auf den Sturz der Ausbeuterordnung vorzubereiten.

Denn der Kampf kann nicht nur gelten den niedrigen Löhnen und dem verschärften Lohndruck. Er muß gelten dem Lohnsystem selber, in dem die Arbeiter ihre Arbeitskraft verkaufen müssen und ihre Fähigkeit, mehr zu produzieren, als zur bloßen Erhaltung des Lebens notwendig ist, durch die Kapitalisten ausgebeutet wird; in dem die Produkte dieser gesellschaftlichen Fähigkeit durch die Kapitalisten angeeignet werden.

Diese Erkenntnis muß die Arbeiterklasse dem Schwindel der Kapitalistenklasse entgegenstellen und sich erbittert ihrer Haut wehren. Denn um nicht weniger wird es in den kommenden Lohnauseinandersetzungen gehen.

J.S.

Unterschriften gegen den Paragrafen 218

Hannover. Im Lager der Firma IBM, in dem 90 Kollegen arbeiten, hat ein spanischer Kollege 52 Unterschriften gesammelt. Der Kollege berichtete, daß die Forderungen der Komitees spontan von der Mehrheit unterstützt werden.

Köln. 33 von ungefähr 55 Kolleginnen und Kollegen der Exportabteilung von "4711" haben die Forderungen der Komitees gegen den § 218 unterschrieben.

Mannheim. In der Abteilung Akzidenz der Mannheimer Morgen Großdruckerei (MMGD) haben bisher von den 30 Kollegen 19 die Forderungen der Komitees unterschrieben. Im gesamten Betrieb wurden bisher 70 Unterschriften gesammelt, zirka 175 Kollegen sind dort im Tagbetrieb tätig.

Münster. In seiner ersten Sitzung stimmte das Studentenparlament der Fachhochschule Münster dem Aufruf der Komitees und Initiativen gegen den Paragrafen 218 zu.

Auch auf dem Dorf: Unterschriften gegen den § 218

Auf einer Sitzung der Limburger Initiative für ein Komitee gegen den § 218 haben wir beschlossen, daß wir unter unseren Freunden und Bekannten, an unserer Arbeitsstelle, im Sportverein usw. Unterschriften gegen den Abtreibungsparagrafen sammeln wollen.

Weil ich aus einem kleinen Dorf mit nur ca. 1 000 Einwohnern in der Nähe von Limburg komme und dort viele Leute kenne, bin ich von Haus zu Haus gegangen und habe Unterschriften gegen den § 218 gesammelt.

Natürlich kam es vor, daß mir die Leute die Tür vor der Nase zugeschlagen haben und nichts mit dem Kampf gegen den Abtreibungsparagrafen zu tun haben wollten, aber dazu muß man wissen, daß die katholische Kirche gerade hier in Limburg und Umgebung noch einen starken Einfluß auf die Menschen hat, vor allem deshalb, weil sie die Dorfbevölkerung direkt unter Kontrolle hat.

Trotzdem habe ich sehr viele zustimmende Äußerungen gehört. Ich habe schnell gemerkt, daß der Widerstand gegen den § 218 auch unter der Dorfbevölkerung groß ist. Auch sie haben – wie sollte es anders sein – bittere Erfahrungen mit dem Abtreibungsverbot und mit der staatlichen Bevormundung gemacht. "Das ist unsere Sache, der Staat hat sich da nicht
sere Sache, der Staat hat sich da nicht
reinzumischen", war der spontane Kommentar vieler, die unterschrieben haben. die Menschen haben mich ermutigt: "Endlich mal jemand, der den Mund aufmacht" und so war es nicht schwierig, an einem Nachmittag 50 Unterschriften zu sammeln.

Ich denke, das ist ein ausgezeichneter Beweis, daß auch unter der Dorfbevölkerung der Kampf gegen den § 218 verstärkt propagiert werden muß.

–J.L., Limburg–

Der folgende Artikel faßt ein Interview mit einer Arbeiterfrau über ihren Versuch, eine ärztlich und behördlich genehmigte Abtreibung vorzunehmen, zusammen. Sie ist 44 Jahre alt und arbeitet halbtags als Putzfrau für den miserablen Lohn von 4 DM pro Stunde. Ihr Mann ist Schlosser und "Werkmeister" in einem der Betriebe des Philips-Konzerns im Umkreis von Aachen.

Von Pontius nach Pilatus – ohne Erfolg

Als der Frau klar wurde, daß sie schwanger war, ging sie schleunigst zu einem Gynäkologen. Dem sagte sie, daß sie sich mit ihren 44 Jahren zu alt für ein Kind fühle. An ihrem eigenen Bruder, der um vieles jünger ist als sie, habe sie gesehen, wie schlecht es einem Kind mit überalten Eltern gehen könne. Sie würde ungefähr 60 sein, wenn ihr Kind in die Pubertät käme. Weiter erklärte sie dem Arzt, daß ihr Blut nicht in Ordnung sei. Ihre Tochter sei jetzt 18 Jahre alt, ihr Körper sei doch jetzt auf die Strapazen einer Schwangerschaft und Geburt überhaupt nicht mehr eingestellt. Sie wolle das nicht riskieren, sie wünsche eine Unterbrechung der Schwangerschaft. Hinzu komme, daß sie und ihr Mann ziemlich getrunken hätten, als sie das Kind gezeugt hätten. Sie habe große Angst, ein mißgebildetes Kind in die Welt zu setzen.

Der Arzt hörte sich das alles gelassen und mit scheinbarem Mitgefühl an. Er riet zunächst dazu, sich doch nicht aufzuregen – andere Frauen in ihrem Alter hätten ihre Kinder auch noch ausgetragen. Das sei doch gar nichts so ungewöhnliches. Als er mit diesen irreführenden Sprüchen nichts ausrichten kann, verweist er die Frau an die Ärztekammer (Nordrhein). Das sei der legale Weg, und dort sei sie mit ihren Sorgen gut aufgehoben.

Am gleichen Tag schreibt die Frau, der bei dieser Verlagerung ihrer Sache von dem ihr bekannten Arzt zu einer ihr ganz undurchsichtigen Organisation nicht ganz geheuer ist, an die Ärztekammer. Sie wird aufgefordert, sich der Untersuchung einer Kommission von Ärzten zu unterziehen – prominente Namen sind dabei: etwa Professor Jung von der Technischen Hochschule Aachen.

Über diesen erfährt die Frau später – von dem holländischen Arzt, der ihr das Kind dann zu guter Letzt abtreibt –, daß "der das doch macht", allerdings wohl nur, "**wenn ich mit Geld gewunken hätte**" wie die Frau bemerkt.

Der Professor ist nicht da; die Sekretärin sagt der Frau, es seien keinerlei Unterlagen in ihrer Angelegenheit da, sie solle sich erstmal an die Ärztekammer wenden. Da komme sie doch her! Ach so, aber es ist nun mal nichts da.

Weiter geht's von Pontius zu Pilatus, bis die Frau auf der tagelangen
tus, bis die Frau auf der tagelangen
Suche nach der für sie eingesetzten ärztlichen Kommission auf einen Arzt trifft, der ihren Fall oberflächlich kennt. Dieser Arzt, von dem sie später erfährt, daß er die Lösung der Sterilisation nur der Frau, nicht auch dem Mann zumuten möchte, interessiert sich nur für medizinische Fakten: Erbkrankheiten? Kinderkrankheiten?

Den Versuch der Frau, ihm die wirklichen Probleme darzulegen, kürzt er mit der scheinbar humorvollen Bemerkung ab: *"Ja, liebe Frau, Sie haben Pech gehabt, Ihr Mann hat einen guten Schuß getan!"* Dann führt er das, wie ein anderer Arzt es nennt, "Pi-pa-po" durch: Blutprobe, Urinprobe etc.

Dreimal im Laufe des Verfahrens muß die Frau diese Routinefragen und diese Standarduntersuchung über sich ergehen lassen – wenn man von dem urinologischen Finale mit einem halben Dutzend Urinfläschchen, aufzufüllen zu allen möglichen und unmöglichen Zeiten des Tages, kurz vor der Entscheidung der Ärztekammer absieht.



Der Professor war nicht da, aber wenn er da gewesen wäre, wäre er wahrscheinlich "nett" oder "jovial" gewesen und hätte ein paar aufmunternde Bemerkungen parat gehabt. Der hinzugezogene Psychiater ließ sich sogar zu einer Kritik an "diesen Paragraphen, die bei uns im Argen liegen", hinreißen.

So gaben sie sich zunächst alle durchaus auf der Seite ihrer Klientin, um sich dann aber doch leisetretend von ihr zu entfernen, als sie auf ihrem eigenen Willen beharrte und die aus "moralischer Verantwortung" geborenen Ratschläge und Warnungen der Herren Ärzte in den Wind schlug. Die Freundlichkeit der Ärzte scheiterte sozusagen an der Halsstarrigkeit dieser Patientin.

Der Assistent des Professors, von der Frau im Interview ohne Umschweife als ausgemachtes Schwein charakterisiert, sieht sich gegenüber den schärfer werdenden Protesten der Frau gegen die weitere Verschleppung ihrer Sache (es sind auch nach acht Tagen noch keine Unterlagen zu finden, und die Drei-Monate-Grenze rückt schnell heran) genötigt, väterliche Saiten aufzuziehen: "Setzen wir uns mal auf dieses Stühlchen, machen wir mal die Beinchen auseinander."

Als die Frau sich bei der Ärztekammer telefonisch darüber beschwert, daß dieser Arzt sie behandle, "als ob ich einen kleinen Tick hätte", und einen Arzt ihres Vertrauens fordert, wird sie von der Sekretärin der Kammer mit dem Hinweis abgewimmelt, das verzögere die Sache doch nur noch mehr – und sie sei auch die erste, die mit solchen Klagen komme. Es war offensichtlich schwer für diesen Arzt, mit dieser Frau zurande zu kommen. **Der Arzt:** *"Beantworten Sie doch meine Fragen!"* **Die Frau:** *"Aber Sie lassen mich doch gar nicht ausreden!"* **Der Arzt:** *"Warum sind Sie denn so nervös, warum drängen Sie denn so?"* **Die Frau:** *"Aber ich habe doch bereits eine Stunde in der Kabine gesessen."* Wohlgemerkt: in der Umkleidekabine.

Nach weiteren acht Tagen (und noch wenigen Tagen bis zum Auslaufen der Drei-Monate-Frist) erklärt man der Frau, daß die Gutachten bis auf das des Psychiaters noch nicht vorliegen und daß weitere Urinproben eingesammelt werden müßten. Sonst sei ein sachlich fundiertes Urteil nicht möglich.

Die Laborschwester bekommt den rheinischen Humor zu spüren: **Die Frau:** *"Woher wissen Sie denn, daß ich Ihnen das Zeugs um 8.30 Uhr bringen kann?"* **Die Schwester:** *"Ja haben Sie denn keinen Sohn, der Sie mal schnell mit dem Auto herfahren kann?"* **Die Frau:** *"Ja doch, klar – ich schreibe ihm gleich ein Kärtchen an die Zonengrenze, wo er zur Zeit stationiert ist."*

Zum Schluß droht die Frau, das Labor und seine Reagenzgläschen durcheinanderzuschlagen. Aber sie hat ihre Entscheidung bereits getroffen: Der Verdacht, daß man sie hier zwischen Chrom und weißen Kitteln schikaniert und verschaukelt, und die Vermutung einer der Ärzte, daß ihr Fall ablehnend entschieden wird, was dann auch etwa 14 Tage später geschieht, bringen die Frau dazu, nach Maastricht in Holland zu fahren und dort die Abtreibung vornehmen zu lassen (die Kosten des Eingriffs – Absaugmethode –: 175 DM).

Ihre grundsätzliche Position faßt die Frau folgendermaßen zusammen: "Ich habe das zu verantworten. Ich mache das nicht aus Vergnügen." Klarer kann man die Kontrolle des Staates, seiner Juristen und Ärzte über die Masse der Frauen kaum zurückweisen. Aus dem Bericht der Frau geht hervor, auf wie tönernen Füßen die
hervor, auf wie tönernen Füßen die
weißbekittelte Würde massenfeindlicher Ärzte heute steht. Viele verachten dieses akademische Pack.

Während dieser ganzen Auseinandersetzung wurde die Frau von ihrem Mann unterstützt, der sie bei den Arztbesuchen begleitete. Die Frau hat auch ihre achtzehnjährige Tochter, die zunächst positiv zum § 218 stand, allmählich auf die richtige Seite herübergezogen.

G., Konstanz

DKP: Im Buhlen um die Gunst der SPD ist der Kampf gegen den Abtreibungsparagrafen versackt

Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum § 218 ist die DKP in der Klemme.

Hat sich diese Organisation vor dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts verzweifelt bemüht, die führende Kraft in der Bewegung gegen den § 218 darzustellen und hat sie zu dem Zwecke versucht, als konsequentester Vertreter der auch von SPD und Teilen der Gewerkschaft vertretenen Fristenlösung aufzutreten, so ist sie jetzt in der Bewegung gegen den § 218 völlig hilflos, spielt nicht die geringste Rolle und versucht dies auch gar nicht erst.

Ursache dafür ist die von dieser Organisation vertretene Linie, wie sie auf dem Hamburger Parteitag festgelegt wurde. *"Der Parteitag der DKP unterstützt den Kampf für die Beseitigung des § 218 und für die Einführung der Fristenlösung."* (Protokoll, Seite 503)

Mit dieser Erklärung sollte Rechnung getragen werden zum einen der Strömung unter den Werktätigen, den § 218 abzuschaffen, und zum anderen wurde versucht, "bündnisfähig" gegenüber der SPD zu sein, die mit der Fristenlösung der Bewegung gegen den Paragrafen die Spitze brechen wollte.

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts schwenkt jetzt die Sozialdemokratie auf ein Indikationsmodell ein, und auch die Gewerkschaftsspitzen versuchen diese Richtung als Übergangslösung den Mitgliedern schmackhaft zu machen. Wie soll sich nun die DKP verhalten, die gleichzeitig auf die Bewegung gegen den § 218 und auf die SPD zu setzen versucht? Sonderbar ist die Argumentation der DKP, um aus diesem Dilemma herauszukommen. In einer Broschüre für demokratische Frauenpolitik nimmt die DKP das Urteil gar nicht erst zur Kenntnis. *"Die DKP fordert, daß der Wille der Mehrheit unserer Bevölkerung repräsentiert und eine Reform des § 218 im Sinne der Fristenlösung verwirklicht wird."*

Die Tatsache, daß das Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Fristenlösung als verfassungsfeindlich erklärt und daß dieses Gesetz den Klasseninteressen der Bourgeoisie entspricht und das Bundesverfassungsgericht ein Instrument ist, was dieses Interesse zum Ausdruck bringt, wird umschifft. Stattdessen wird das Ganze von der DKP auf die CDU/CSU gelenkt: *"Das Bundesverfassungsgericht entschied ganz im Sinne der CDU. Die DKP wendet sich mit aller Schärfe gegen die Heuchelei der CDU/CSU und der Vertreter des politischen Klerikalismus, der unter Mißbrauch (!) urchristlicher Gefühle sich als Anwalt des ungeborenen Lebens aufschwingt."*

In einer anderen DKP-Broschüre heißt es zu demselben Thema: *"Sie haben in empörendster Weise die Frauen und Familien als verantwortungslos abgestempelt. – Ungestraft konnten CDU-Abgeordnete im Bundestag erklären, bei der Fristenregelung sei die 'Hemmschwelle' für die Frauen zu niedrig gesetzt, sie müßten durch das Strafrecht zur Achtung vor dem Leben schlechthin gezwungen werden, und die Menschenwürde der Frau habe zurückzuhalten, sobald sie Mutter werde."* (Aus: Mit der DKP Preise stoppen, Arbeitsplätze sichern, für das Recht der Frau kämpfen)

Hier wird so getan, als sei es allein die CDU/CSU, die solch reaktionäre Reden schwingt und die allein die Interessen der Bourgeoisie vertritt. Der SPD wird nur angelastet, daß sie es als gerechtfertigt bezeichnet, wenn die CDU vors Verfassungsgericht geht. Tatsache ist doch, daß alle Bonner Parteien sich ausdrücklich zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts gestellt haben und alle bürgerlichen Parteien dafür eintreten, daß durch den § 218 das Volk weiterhin unterdrückt und bestraft werden soll, was sowohl vorher die Fristenlösung bedeutet hatte als auch jetzt nach dem Urteil die Vorbereitung zu einer neuen Gesetzesvorlage.

Die DKP versucht sich mit allen Mitteln darum herumzudrücken, daß, wenn die Bewegung gegen den § 218 nicht im Sande verlaufen soll, wenn die Bewegung sich nicht einfach dem bürgerlichen Staat unterwerfen will, sich die Bewegung unter der Fahne der Demokratie zusammenschließen muß gegen den bürgerlichen Staat, gegen den Richterspruch, für die ersatzlose Streichung, für Volksentscheid. Der Kampf gegen den bürgerlichen Staat und seine schikanöse Anmaßung, den Nachwuchs des Volkes gegen das Volk schützen zu wollen, dieser grundsätzliche Angriff wird von der DKP vermieden.

Ändern tut daran auch nichts, wenn die DKP an anderer Stelle schreibt: *"Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist unsozial, da es vor allem die Frauen der arbeitenden Bevölkerung trifft. Es ist empörend, daß sich das kapitalistische System und die Bonner Parteien als unfähig erwiesen haben, gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen, in denen alle Kinder eine gesicherte Zukunft haben. Ihre Politik* (die Politik der CDU/CSU) *beweist, daß in unserem Lande weder das geborene noch das ungeborene menschliche Leben ausreichend geschützt werden."*

Einerseits die richtige Einschätzung, daß das kapitalistische System sich als unfähig erweist, gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen, in denen die Kinder eine gesicherte Zukunft haben, andererseits lediglich die CDU für diese Verhältnisse verantwortlich machen und eine schroffe Gegnerschaft gegenüber dem bürgerlichen Staat und allen bürgerlichen Parteien scheuen. So ist es auch kein Wunder, daß in der Bewegung gegen den § 218, gegen das Bundesverfassungsgerichtsurteil die DKP als Organisation keine Rolle spielt. Sie läßt in allen Fragen die revolutionäre, gegen die Organe des bürgerlichen Staates gerichtete Stoßrichtung fallen, die nur lauten kann:

Weg mit dem § 218!

Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts!

Das Volk selber soll entscheiden!

Volksentscheid gegen den § 218!

J.K.

Berichtigung

Entgegen der Meldung in der KVZ Nr. 28, Seite 9, hat die Bezirksjugendkonferenz der ÖTV Hamburg nicht die Forderung nach einem Volksentscheid gegen den § 218 beschlossen. Beschlossen hat sie jedoch die Forderung "Weg mit dem § 218!".

Köln: Keine Fahrpreiserhöhung bei der KVB

Der Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen in Köln wurde trotz der Versuche des Stadtrates, den Protest zu zerschlagen, erfolgreich fortgeführt.

Nachdem der Stadtrat in Köln am Freitag, 11.7., versucht hatte, den Protest gegen die Fahrpreiserhöhungen und seinen Beschluß mit brutalem Polizeieinsatz von der Straße zu fegen, nachdem die Ortsgruppe Köln des KBW am Samstag (12.7.) weitere erfolgreiche Protestaktionen organisieren konnte, stellte die Ortsleitung des KBW in einer öffentlichen Erklärung fest, daß es dem Stadtrat zwar gelungen war, die Demonstration am Freitag zu zerschlagen, daß es ihm aber nicht gelungen war, den gerechten Protest gegen die Fahrpreiserhöhungen zu zerschlagen. Daß es im Gegenteil so ist, daß der Protest eine breite Basis hat und die gerechten Forderungen: Keine Fahrpreiserhöhungen bei der BVG! Weg mit dem Beschluß des Stadtrats! Schluß mit den Polizeieinsätzen! auf Sympathie und Zustimmung im Volk stießen.

Auf dieser Grundlage rief die Ortsleitung dazu auf, überall öffentlich sich gegen die Fahrpreiserhöhungen und die Maßnahmen des Stadtrates zu wenden.

Diesem Aufruf und der Initiative der Ortsgruppe folgten innerhalb von zwei Tagen 300 Menschen, Arbeiter und Angestellte, Hausfrauen, Rentner, Schüler und Studenten. Funktionsträger aus Betrieben und Gewerkschaften, Mitglieder der verschiedensten politischen Organisationen und unorganisierte Menschen. Der Aufruf enthielt als zentrale Forderungen:

Keine Fahrpreiserhöhungen bei der KVB! Weg mit dem Beschluß des Stadtrats! Schluß mit den Polizeieinsätzen!

Die Unterzeichner riefen auf zu einer Protestversammlung am vergangenen Mittwoch und zu einer Protestdemonstration am Freitag, dem 18.7. Zu dieser Demonstration versammelten sich zu Beginn 650 Menschen. In ihrem Verlauf wuchs sie auf 800 an. Auf der Schlußkundgebung sprachen der für den Aufruf verantwortliche Gerichtsreferendar, auf Einladung des Verantwortlichen ein Kölner Betriebsrat, ein Mitglied des Ortsjugendausschusses/Kreisjugendausschusses der IG Chemie und der Sekretar der Ortsgruppe Köln des KBW, die als einzige politische Organisation diesen Aufruf und die Aktionen öffentlich unterstützt hatte. Alle Redner hoben hervor, daß die gerechten Forderungen gegen die Fahrpreiserhöhungen sich nicht unterdrücken lassen. Hatte doch der Stadtrat es nicht gewagt, diese Demonstration zu verbieten oder ihr schikanöse Auflagen zu machen.

Zum Abschluß der Kundgebung wurde der Aufruf abgestimmt. Mit einer Gegenstimme wurde er angenommen. Bis zum Wochenende konnten 500 Menschen gewonnen werden, ihn zu unterzeichnen.

Die Aktionen in der vergangenen Woche in Köln waren ein guter Schritt, den Kampf fortzusetzen. Mit guten Voraussetzungen kann die Zeit bis zum 25.8., dem Tag des Inkrafttretens der Erhöhung, genutzt werden, den Protest breiter und organisierter zusammenzufassen.

H.Krauss Sekretär der Ortsleitung der Ortsgruppe Köln des KBW–



Köln: Kundgebung gegen die Fahrpreiserhöhung am 18.7.

Nach dem Polizeieinsatz am 11.7. - Leserbriefe im Kölner Stadtanzeiger

Zu Ihrem Artikel vom 12.7. unter der Überschrift "Am Ende, dann mit Gewalt" möchte ich doch nur mal klarstellen, von wem hier Gewalt ausgeübt wird. Eine Fahrpreiserhöhung von über 50 Prozent halte ich für eine ungeheure Gewalt. Und Gewalt erzeugt nun mal Gegengewalt. Ich sympathisiere mit keiner radikalen Gruppe. Aber in solch einem Falle kann es doch nur heißen: Solidarität üben. Wenn man dann aber auf eine Horde aggressionsgeladener Polizisten stößt, die auf alles schlägt, was sich bewegt, ist das eine doppelte Gewalt, die ausgeübt wird.

Michael Mohr
Köln 1

Solche Prügelorgien von nur durch Worte provozierten Polizisten sind derart ekelerregend, daß ich meine Kinder aus dem Zimmer schicken mußte.

Ich bin zu jung, um die Schlägerbrigaden in den dreißiger Jahren erlebt zu haben, aber so stell' ich mir das vor.

Diesen Polizisten möchte ich nicht im Dunkeln begegnen.

Peter Büttgen
Köln 1

Es waren Beamte in Zivil, die auf dem Neumarkt plötzlich die Initiative ergriffen und auf junge Leute einzuschlagen begannen. Dies war dann für die uniformierten Polizisten das Signal, ihren Kollegen "zu Hilfe zu kommen".

Hans-Jürgen Dralmeyer
Köln 1

Polizeiliche Vorkehrungen und besonders die Niederknüppelung sich durchweg friedlich gebender Demonstranten lassen Köln als eine Polizeistadt erscheinen. Die Methoden der Polizei gleichen teils bis in Einzelheiten denen der SA der 30er Jahre oder denen anderer nichtdemokratischer Länder.

Toni Schulten
Rodenkirchen

Was Sie versuchen zu verharmlosen, läßt sich wohl kaum mit SS-Methoden vergleichen. Polizeibeamte gingen in Ehrenfeld auf Demonstranten und Nichtdemonstranten (Frauen und Mädchen wurden nicht geschont) so brutal vor, daß man sagen kann, daß es in der SS-Zeit nicht schlimmer zugegangen sein kann.

R.Schlebusch
Köln 30

Auf der Kundgebung gegen die Fahrpreiserhöhung bei der KVB am 18.7. hielt ein Betriebsrat des deutschen Gemeindeverlages einen Beitrag, in dem er sich gegen die beschlossenen Fahrpreiserhöhungen wandte. Zuvor hatte er der Versammlung einen Briefwechsel zwischen dem Betriebsrat des deutschen Gemeindeverlages und dem Kölner Oberbürgermeister zur Kenntnis gebracht.

1. Brief des Betriebsrates des deutschen Gemeindeverlages an den

1. Brief des Betriebsrates des deutschen Gemeindeverlages an den Kölner Oberbürgermeister

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

der Betriebsrat des Deutschen Gemeindeverlages protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die von der Verwaltung und dem Rat der Stadt Köln geplanten Fahrpreiserhöhungen der KVB.
Seit einigen Jahren werden in Köln die Fahrpreise der KVB in unregelmäßigen Abständen erhöht. Jede dieser Erhöhungen trafen die Benutzer der Straßenbahnen und Busse. Das sind unsere Kollegen, die auf die öffentlichen Verkehrsmittel angewiesen sind. Es trifft vor allem auch die kinderreichen Familien, bei denen allein die Fahrkosten für die Schulkinder einen immer größer werdenden Anteil der Löhne verschlingen. Einher mit der Verteuerung ist in der letzten Zeit eine starke Einschränkung der KVB-Linien gegangen. Streckenverdünnung und Fahrpreiserhöhungen verschlechtern die Lage des öffentlichen Nahverkehrs und von denen, die auf ihn angewiesen sind. Die geplanten Erhöhungen von zum Teil 50 % sind für unsere Kollegen unzumutbar und nicht zu tragen.
Der Betriebsrat des Deutschen Gemeindeverlages weist daher die angekündigten Fahrpreiserhöhungen der KVB entschieden zurück. Wir fordern: Keine Fahrpreiserhöhung bei der KVB! Wir fordern gleichzeitig alle Stadträte auf, am 11. VII. 1975 gegen die Erhöhung der Fahrpreise zu stimmen.
Der Betriebsrat wird den Ortsverwaltungsvorstand der Gewerkschaft HBV Köln auffordern, eine Fahrpreiserhöhung abzulehnen und geeignete Mittel zur Verhinderung zu beschließen.

Mit freundlichen Grüßen Manfred Naffin
Betriebsratsvorsitzender

2. Antwortbrief des Kölner Oberbürgermeisters

Sehr geehrter Herr Naffin,

Ihr Schreiben vom 8.7.1975, in welchem Sie sich über die bevorstehende Erhöhung der KVB-Tarife beschweren, habe ich gelesen.
Wie Sie sicher wissen, wird das Thema der Fahrpreiserhöhungen am 11. Juli 1975 im Rat behandelt. Das Spektrum der Meinungen über das Für und Wider einer Fahrpreiserhöhung und über eventuelle Modalitäten einer allgemeinen Tarifumstellung ist im Rat der Stadt Köln sehr breit gestreut und geht zur Zeit quer durch die Fraktionen. Die Meinungen der Ratsmitglieder spiegeln so die vielschichtigen Ansichten der Bürger wider, so daß mit Sicherheit auch Ihre Ansicht vertreten sein wird.
Sie werden jedoch verstehen, daß in dieser – zugegeben sehr brisanten – Frage zur Zeit noch keine bindende Äußerung oder sogar Zusage gemacht werden kann. Sie dürfen aber versichert sein, daß in den bevorstehenden Beratungen das Wohl der Bürger, insbesondere unter Berücksichtigung sozialer Gesichtspunkte, hinreichend berücksichtigt wird. Darüberhinaus bitte ich zu bedenken, daß die endgültige Entscheidung über eine eventuelle Fahrpreiserhöhung durch den Aufsichtsrat der KVB AG getroffen wird. Daß dieses Unternehmen auch an betriebswirtschaftliche Sachzwänge gebunden ist, wird vernünftigerweise keiner bezweifeln können.
Ich bitte Sie daher, trotz Ihres vorhandenen und verständlichen Unmutes die bevorstehenden Beratungen im Rat der Stadt abzuwarten und der zu treffenden Entscheidung entgegenzusehen.

Mit freundlichen Grüßen In Vertretung (Dr. Blens) Bürgermeister

3. Beitrag eines Betriebsratsmitglieds auf der Kundgebung

"Inzwischen hat der Stadtrat der Stadt Köln die Fahrpreise bei der KVB um 30 bis 50 Prozent erhöht. Wenn Bürgermeister Blens in seinem Schreiben darauf hinweist, man dürfe aber versichert sein, daß in dem Stadtratsbeschluß das Wohl der Bürger hinreichend berücksichtigt wird, so kann diese Erhöhung nur als ein Schlag ins Gesicht der Betroffenen gelten. Während die Kölner Unternehmer Subventionen über Subventionen erhalten, wird den Kölner Bürgern eine geradezu maßlose Erhöhung der Fahrpreise aufs Kreuz gebürdet. Wir erinnern uns wohl alle noch sehr gut an die Versprechen der Rathausparteien vor der diesjährigen Kommunalwahl. Dort wurde uns das Blaue vom Himmel erzählt, was man nicht alles billiger und besser machen wolle. Heute, nachdem die Herren im Rathaus sitzen, kümmern sie sich einen Dreck um die Versprechen, die sie der Kölner Bevölkerung gegeben haben. Gerade jetzt dürfen wir nicht Jesus spielen und diesen Herren unsere andere Wange anbieten, damit sie weitere Schläge gegen uns ausführen. Kolleginnen und Kollegen, nach alledem sind wir der Meinung, daß man versuchen muß, die Fahrpreiserhöhungen zu Fall zu bringen. Deshalb:
Weg mit dem Beschluß des Stadtrates!
Keine Fahrpreiserhöhung bei der KVB!
Schluß mit den Polizeieinsätzen gegen demonstrierende Bürger!"

Frankfurt:

Eine neue Demonstration organisieren

Nach den Protesten am 5. und 12. Juli, an denen sich 500 bis 1 000 Menschen beteiligten (die KVZ berichtete darüber), ist es dem Magistrat am letzten Freitag vorerst gelungen, die Straße freizuknüppeln. Gelungen ist ihm das nur, indem er jedes öffentliche Auftreten unter Verbot gestellt hat und dieses Verbot mit rücksichtslosen Schlägereien, andauernden Angriffen mit Chemical-Mace-Pistolen sowie hinterhältigen Überfällen Hunderter Ziviler durchgesetzt hat. Uns ist es jetzt im Augenblick nicht gelungen trotz breiter und ausdrücklicher Unterstützung, die die Demonstrationen und Blockaden unter den Volksmassen gefunden haben, die Zahl der aktiv Beteiligten zu erweitern. Deshalb können die direkten Kampfaktionen unmittelbar nicht fortgesetzt werden. Die Ortsleitung Frankfurt hat jedoch in einer Erklärung festgestellt: "Jetzt momentan hat der Knüppel auf der Zeil gesiegt, aber die Proteste existieren fort. Die Stellungnahmen Tausender und Zehntausender arbeitender Menschen sind weiterhin unbeantwortet. Glaubt Arndt tatsächlich, daß sich diese so abfertigen lassen? Die Sache ist ja auch die, daß diese Fahrpreiserhöhung nicht etwa eine vereinzelte Maßnahme ist, mit der sich die Arbeiter und Lohnabhängigen zur Not abfinden können, sondern daß sie ein Glied in einer Kette staatlicher Plünderungsmaßnahmen darstellt. Schon deshalb kann der Kampf gegen die Fahrpreiserhöhung nicht abgeschlossen sein, weil sonst nämlich schon die nächste Fahrpreiserhöhung zu Beginn des nächsten Jahres so gut wie beschlossen ist und ebenso die nächste Strompreiserhöhung und so fort. Jetzt in der Fahrpreisauseinandersetzung einfach zurückstecken wäre eine direkte Einladung zur weiteren und noch frecheren Ausplünderung durch den Magistrat." Aufgrund dessen hat die Ortsleitung vorgeschlagen, am 4. August, wenn die letzte der (zeitlich gestaffelten) Erhöhungen in Kraft ist, eine Demonstration und Kundgebung zu organisieren, die alle bisher geäußerten Proteste erneut zusammenfaßt, wenn möglich, auch von seiten der gewerkschaftlichen und betrieblichen Vertretungsorgane der Arbeiter und Angestellten, die sich gegen die Erhöhung erklärt haben.

G., Frankfurt

Genügend Geld ist da

Wie in Heidelberg, Frankfurt, Köln und Stuttgart sollen in diesem Herbst auch in Braunschweig die Fahrpreise für die Nahverkehrsmittel erneut erhöht werden. Diese Maßnahmen werden damit begründet, in der Krise müsse eine Einschränkung der sozialen Leistungen hingenommen werden, es sei nun einmal "kein Geld da".

Zu diesem Thema äußerte sich Ende vergangenen Jahres der Bund der Steuerzahler in der "Braunschweiger Zeitung" vom 18. Oktober 1974 und stellte folgende Rechnung auf:

"1973 betrug der durchschnittliche Bruttoverdienst eines verheirateten Arbeitnehmers mit zwei Kindern 1 572 DM. Bei diesem Verdienst blieben ihm nach Rechnung des Bundes der Steuerzahler von 100 DM nur 48,90 DM. Er war belastet mit 11 % Lohnsteuer, 1 % Kirchensteuer, 9 % Rentenversicherung, 5 % Krankenversicherung, 0,8 % Arbeitslosenversicherung, 17,5 % indirekte Steuern, 6,8 % Kaufkraftverlust.

In dieser Rechnung sind allerdings noch nicht enthalten: die KFZ-Steuer, die Erhöhung der Mineralölsteuer, die Erbschafts-, Schenkungs-, Hunde- und Fischereisteuer sowie Vergnügungs- und Feuerschutzsteuer.

Darüberhinaus schröpft 'Vater Staat', von dem etliche noch meinen, bei ihm gebe es alles umsonst, erkleckliche Gebühren für die Erteilung von Baugenehmigungen, für das Parken, für Eintragungen aus oder in das Melderegister usw. Alle diese Beträge müßten in dem Umfang, wie sie den einzelnen Steuerzahler treffen, noch von dem verbleibenden Rest von 48,90 DM abgezogen werden. Diese Übersicht zeigt auch: Bei den indirekten Steuern kassiert der Staat am meisten. Bei einer Glühbirne ist er mit 10 % dabei, von einer Flasche Wodka kassiert der Staat etwa 4 DM. Im Falle der Glühbirne gilt die 'Leuchtmittelsteuer', die vielen gar nicht bekannt ist."

Diese kleine Rechnung macht deutlich, daß das Gerede bürgerlicher Politiker, "es sei kein Geld da", nichts ist als Betrug. Die Arbeiterklasse als die produzierende Klasse schafft tagtäglich durch ihre Arbeit ungeheuren Reichtum: Alles Kapital, jede Fabrik, jede Maschine, jedes Gebäude ist angehäufte Arbeit. Aber die Arbeiterklasse, die allen Reichtum schafft, ist im Kapitalismus nicht der Nutznießer ihrer Arbeit und Anstrengungen; die Früchte tragen die Kapitalisten davon, die sich die Produkte der Arbeitskraft privat aneignen können weil sie das Privateigentum an den Produktionsmitteln besitzen.

Der Ausbeutung in den Fabriken fügt der bürgerliche Staat die Ausplünderung des Volkes durch Steuern und indirekte Steuern hinzu, die von ihm dazu verwandt werden, den Kapitalisten die Kröpfe zu füllen und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufrechtzuerhalten.

Für die Arbeiter bleibt von allem Reichtum, den sie produziert haben, gerade so viel, daß es zum Leben reicht. Für die Profite der Kapitalisten sollen sie auch noch "eine Einschränkung der sozialen Leistungen in Kauf nehmen".

Diese Logik ist der Arbeiterklasse und dem Volk nicht einsichtig.

Deshalb schwingt der bürgerliche Staat die Peitsche: Jeder Protest gegen Fahrpreiserhöhungen wird, so zeigen die Beispiele, brutal unterdrückt. Das kann uns nicht erschrecken: im Gegenteil! Jede dieser Polizeiaktionen vergrößert die Zahl derer und schmiedet sie fester zusammen, die erkannt haben, daß das Grundübel im privaten Eigentum an den Produktionsmitteln besteht und daß die Arbeiterklasse das private Eigentum abschaffen und die Verfügungsgewalt über die Produktion in die eigenen Hände nehmen muß.

H., Braunschweig

Baden Württemberg: Landesregierung fährt Kernphysiker Teller als Zeugen auf

Ein Lump im Dienste der Landesregierung



Das besetzte Baugelände in Wyhl

Nichts läßt die Landesregierung von Baden-Württemberg unversucht, um ihre Landeskinder von der völligen Ungefährlichkeit des Kernkraftwerks in Wyhl zu überzeugen. Letzte Woche hatte Ministerpräsident Filbinger den Kernphysiker Edward Teller im neuen Schloß in Stuttgart empfangen.

Edward Teller wird als ein "Vater der Atombombe" und der "Schöpfer der Wasserstoffbombe" bezeichnet, er stellt eine "international renommierte wissenschaftliche Autorität" dar. (Badische Zeitung, 9.7.)

Teller hat sich denn auch gleich als berühmter Zeuge für die Ungefährlichkeit von Atomkraftwerken der Öffentlichkeit präsentiert und mit markigen Sprüchen viel Aufmerksamkeit erregt. So meinte er: *"Kernkraftwerke sind weniger gefährlich als Wasserkraftwerke, wo es zu katastrophalen Dammbrüchen kommen kann."* Mit diesem Zeugen ist die Landesregierung jedoch erneut dick ins Fettnäpfchen getreten, weil sich hinter der "wissenschaftlichen Autorität" einer der größten Charakterlumpen der Menschheit verbirgt.

Nach der Zündung der ersten Versuchsatombombe im Jahr 1945 kam es zu teilweisen Protesten der maßgeblichen Wissenschaftler, vor allem der Gruppe um E. Oppenheimer, gegen einen Einsatz dieser Waffe im Krieg. In dieser Situation war Edward Teller für die amerikanischen Imperialisten genau der richtige Mann, um die Gewissensbisse der Wissenschaftler zu zerstreuen. *"Teller wirkte als treibende Kraft, weil er die moralischen Bedenken seiner Kollegen gegen die Atombombe nicht teilte."* (Badische Zeitung)

Auch später hat sich Teller immer wieder als getreuer Diener der amerikanischen Kapitalisten einen Namen gemacht. Im Lexikon selbst ist er aufgeführt als "Verfechter der uneingeschränkten Atomrüstung", entschieden trat er gegen den Atomteststopp und den Atomwaffensperrvertrag ein. Teller ist leidenschaftlicher Verfechter des amerikanischen "Plowshare Projektes", das den Einsatz von Atombomben beim Ausheben von Flüssen, Häfen, Kanälen usw. vorsieht. Damit dieses Projekt bessere Chancen hat, durchzukommen, forderte Teller, die allgemeinen Strahlendosen um das Dreifache zu erhöhen.

Teller spricht sich entschieden gegen eine Herabsetzung der amtlich festgelegten Strahlendosen aus. Zynisch meinte er: "*. . . die relativ geringe Gefahr für eine begrenzte Zahl von Menschen braucht nicht beachtet zu werden.*"

Teller ist kein Dummkopf; er weiß genau, was er vertritt. Die Risiken von Kernkraftwerken sind ihm durchaus klar: *"Ein einziger größerer Unfall in einem Atomreaktor könnte außergewöhnlichen Schaden anrichten, nicht wegen seiner Explosionskraft, sondern wegen der radioaktiven Kontamination. In dieser Beziehung haben wir bisher sehr viel Glück gehab. Aber mit der Ausbreitung der Industrialisierung, mit der wachsenden Zahl von 'Tölpeln', die an Dingen herumpfuschen, die sie nicht beherrschen, wird früher oder später einmal ein 'Tölpel' sich als stärker erweisen als ein narrensicheres System"* (zitiert nach einem Leserbrief in der Badischen Zeitung).

Es zeigt sich der wahre Charakter dieser "wissenschaftlichen Autorität". Gesundheit und Wohl von Millionen von Menschen sind ihm völlig egal, wichtig für ihn ist die "Forschung" im Interesse seiner Herren. Was von dem großen Wissenschaftler übrigbleibt, ist ein käufliches Subjekt, das sich für die Profitinteressen seiner Auftraggeber bedenkenlos über das Leben der Menschen hinwegsetzt.

Daß sich Ministerpräsident Filbinger dieses Wissenschaflers als Sprachrohr seiner Interessen bedient, wirft ein bezeichnendes Licht auf den Ministerpräsidenten und die Landesregierung selbst. Gleich und gleich gesellt sich eben gern.

Mit solchen Wissenschaftlern, die angeblich einen *"Beitrag zur Rationalisierung der stark emotionalisierten Auseinandersetzung um das Kernkraftwerk Wyhl"* leisten (Badische Zeitung), kann die Landesregierung aber keinen Stich mehr machen. Der Trick, renommierte Wissenschaftler anzukarren, zieht immer weniger, weil die betroffene Bevölkerung zu unterscheiden gelernt hat zwischen Wissenschaftlern, die auf der Seite des Volkes stehen, und solchen, die sich und ihr Gewissen an die Herrschenden verschachern. Daß dies der Fall ist, zeigt sich an der Fülle von Protestbriefen, die die "Badische Zeitung" veröffentlichen mußte, und in denen die Abschau vor solchen "Wissenschaftlern" zum Ausdruck gebracht wurde.

–D., Emmendingen–

Weniger Lehrer, mehr Schulräte

Zum Schuljahresbeginn am 1. August wird die Zahl der Lehrerplanstellen für Frankfurt um 15 Prozent gekürzt. Statt der nach Schuldezernent Rhein benötigten 2 318 Planstellen sind Frankfurt nur 2 012 zugewiesen worden.

Gleichzeitig werden in Hessen nach den Plänen des Kultusministeriums jetzt etwa 2 000 Referendare und fertige Lehrer nicht in den Schuldienst eingestellt.

Weniger Lehrer, größere Klassen, erhöhter Unterrichtsausfall – das ist die eine Seite der Medaille, mit der die Landesregierung die Verrottung des Volksbildungswesens betreibt. Die andere Seite ist die weitere Aufblähung der Schulaufsicht zwecks Kontrolle und Gängelung der eingestellten Lehrer. So soll Anfang August ein neuer Schulrat zu den acht schon vorhandenen in Frankfurt dazukommen. Angeblich ist das notwendig, um die Ausbildung der ausländischen Kinder zu verbessern. Die aber bräuchten mehr Lehrer und Unterricht. Durch einen neuen Schulrat wird sich an ihrer elenden Lage nichts ändern.

H., Frankfurt

Keine Rücknahme der Fahrkostenerstattung

Freiburg. Auf Initiative des Kommunistischen Schülerbundes wurde am Freiburger Rotteck-Gymnasium am letzten Schultag vor den Sommerferien mit großer Mehrheit in 13 Klassen eine Resolution gegen die geplante Streichung des Fahrkostenzuschusses verabschiedet. In der Resolution heißt es: "Wir sind nicht bereit, das Vorhaben der Landesregierung hinzunehmen und werden geeignete Maßnahmen ergreifen, falls die Landesregierung diese Regelung trotzdem durchsetzen will."

Müllheim. Die Schülermitverwaltung des Markgräfler Gymnasiums Müllheim verabschiedete eine Resolution gegen die geplante Streichung des Fahrkostenzuschusses. Darin wird gefordert: "Keine Herabsetzung oder Streichung der Zuschüsse für die Fahrkarten! Einrichtung ausreichender Buslinien und Busplätze für alle Schüler, unabhängig von der Schulart und der Klassenstufe!" In der Resolution wird weiterhin darauf hingewiesen, daß die Schulbusse bereits in unverantwortlicher Weise überfüllt seien und daß diese Misere jetzt durch die geplante Sparmaßnahme noch weiter verstärkt werden soll.

Ein politisches Gaunerstück

...der SPD und DKP Studenten im Zentralrat der VDS

Auf der Sitzung des Zentralrates der Vereinigten Deutschen Studentenschaft (VDS), der zwischen den Mitgliederversammlungen die Politik des Studentenschaftsverbandes bestimmt und seinen Vorstand kontrolliert, ist ein politisches Gaunerstück zum Vorschein gekommen, das in der Geschichte der Studentenbewegung seinesgleichen sucht.

Auf der Tagesordnung stand unter anderem die Unterstützung des Kampfs gegen den § 218 durch die VDS. Es wurde erwartet eine Auseinandersetzung über die gegenwärtig notwendigen und richtigen Schritte im Kampf gegen diesen Unterdrückungsparagrafen, nachdem die Gründungsversammlung des Verbandes bereits im Mai die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 und die Weiterführung des Kampfes auch nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes mit großer Mehrheit beschlossen hatte.

Auf der Zentralratssitzung im Juni wurde der Vorstand bereits verpflichtet, zum weiteren Vorgehen einen Vorschlag zu unterbreiten.

Doch es kam anders:

Die Studentenvertretungen von SPD Juso und DKP/Spartakus und ihre Vorstandsmitglieder überraschten die übrigen Studentenvertretungen mit einem Antrag auf Nichtbefassung der vorliegenden Resolutionsvorschläge, die gegen die Polizeimaßnahmen gegen das Frankfurter Frauenzentrum Stellung nahmen, die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 bekräftigten und Vorschläge zur Unterstützung dieses Kampfes durch die VDS enthielten. Begründung: Für solche politische Stellungnahmen des Verbandes einzutreten, sei abenteuerlich, weil damit "den Gegnern der Verfaßten Studentenschaft unnötige Argumente geliefert würden". Besonders auf dem Herzen lag beiden Gruppen die Berücksichtigung einer parlamentarischen Anfrage der CDU, in der sich diese bei der Regierung erkundigt, ob sie die VDS finanziell zu unterstützen beabsichtige.

Gewählt worden ist dieser Vorstand, die politischen Rechte, Freiheiten und Forderungen der Studenten gegenüber der Regierung zu vertreten und dafür wird er auch bezahlt. Offensichtlich gehen dieser Sorte Politiker solche Versprechen leicht von der Hand, wenn sie nur einen Vorstandsposten eintragen. Schwer dagegen scheint sie zu bedrücken, daß ihre Einlösung Mißkredit bei der Regierung einbringen und ihre Hoffnung auf Zuwendungen aus deren Geldsack zerstören. Daß solche käuflichen Politiker auch ein schlechtes Gedächtnis haben, kann man sich leicht vorstellen: So wurde von ihnen trotz mehrfacher Erinnerungen bisher "vergessen", den genannten Beschluß der Mitgliederversammlung gegen den § 218 in der Hauptresolution zur Politik des Verbandes überhaupt zu veröffentlichen!

H.J.

Universität Tübingen

Ersatzgeldboykott

Seit zwei Semestern verlangt die zentrale Verwaltung der Universität Tübingen für Praktika der Mediziner und Naturwissenschaftler, die bisher nichts gekostet haben, Pauschalen für Verbrauch von Glasgeräten und Chemikalien.

Zirka 95 Prozent der Studenten haben die Bezahlung der Gelder trotz verschiedener Schikanen von seiten der Institute und der Zentralen Verwaltung boykottiert. Auch einige Assistenten haben sie dabei unterstützt.

Am Ende des Sommersemesters versuchte die Zentrale Verwaltung, die Gelder auf anderem Wege einzutreiben: Sie machte die Bestätigung der Rückmeldung von der Bezahlung der Ersatzgelder abhängig. Damit sollte die Bewegung gegen den Ersatzgelderlaß geschwächt werden, weil viele Kommilitonen die Bescheinigung der Rückmeldung für Stipendien bzw. für die Bundeswehr brauchen.

Zirka 100 betroffene Studenten haben daraufhin spontan Informationstische bei der Rückmeldung organisiert. Gleichzeitig ist eine einstweilige Anordnung gegen die Universität angestrengt worden, die aber abgelehnt wurde. Daraufhin haben etwa 250 Studenten kurz vor Semesterende die Zentrale Verwaltung zur Rechenschaft gezogen. Diese mußte einen Rückzieher machen, da ihre Maßnahmen wegen eines übergeordneten Gerichtsurteils nicht zulässig waren: Die Universität hatte es versäumt, eine Gebührenordnung zu erstellen.

Im nächsten Semester wird jedoch diese Gesetzeslücke geschlossen sein und wird die Zentrale Verwaltungsstelle beim Kassieren der Gelder wie schon jetzt vorgesehen verfahren wollen. Deshalb wird dieser Ersatzgelderlaß vom Tisch endgültig nur kommen, wenn die Studenten für das Recht auf materielle Absicherung des Studiums und Übernahme aller Ausbildungskosten durch den Staat eintreten.

–X., Tübingen–

Studentenparlamentswahlen in Aachen

Aachen. Die Wahlen zum Studentenparlament, die vom 23. bis 27.6. stattfanden, ergaben bei einer Wahlbeteiligung von 35,8 % folgende Verteilung der 60 Sitze im Studentenparlament:

SLH (Sozialliberaler Hochschulverband) 16 (gegenüber 17 im Vorjahr), RCDS (Ring Christlich Demokratischer Studenten) 15 (15), Juso/SHB 11 (SHB allein im Vorjahr 14), Basisgruppen 10 (7), Institutsgruppen 1 (stand erstmalig zur Wahl; diese Liste wurde auch von der Kommunistischen Hochschulinitiative unterstützt), Ausländerkollektive 1 (2), sowie vier unabhängige Kandidaten.

Damit bilden die Gruppen RCDS und SLH, die bisher als Koalition den AStA stellten, mit 31 Sitzen die Mehrheit im Studentenparlament.

Besser nicht krank!

In Ergänzung zu den bisherigen Sparmaßnahmen staatlicher Bildungspolitik, die allein in Hessen durch die Nichteinstellung von etwa 2 500 Lehrern zu einer weiteren Verschlechterung der ohnehin miserablen Ausbildungsbedingungen an den Schulen führt, wird der Druck auf die Lehrer jetzt weiter verstärkt. In einer Verfügung des Regierungspräsidenten in Darmstadt vom 30. Mai steht u.a.: *"Kollegen, die häufig kurzzeitig fehlen, sind gegebenenfalls auf die ungünstigen Auswirkungen auf den Unterricht durch ihr Verhalten hinzuweisen.*

Evtl. ist ein Gespräch in Gegenwart des Personalrats zu führen. Bei Mißerfolg dieser Maßnahme ist ein Vermerk in den Personalakten zu veranlassen."

Viele Lehrer haben auf diese Verfügung mit Empörung reagiert, weil ihnen klar ist, was hinter diesen Formulierungen steht: Im neuen Schuljahr ist mit größerer Belastung und mehr Arbeit zu rechnen, und das geht natürlich an die Gesundheit. Doch soll sich nach dem Willen der Schulbehörde jeder davor hüten, krank zu werden. Wer krank wird, kriegt Schwierigkeiten.

W., Elz

Studentenparlamentswahlen

Münster. Bei den Wahlen zum Studentenparlament der Fachhochschule für Sozialwesen Münster erhielt die Rote Liste insgesamt acht Mandate, gegenüber zwei im letzten Semester. Diese acht Mandate erhielt sie in vier der insgesamt zehn Fachbereichen. Die Rote Liste hatte ein vom Kommunistischen Studentenbund vorgeschlagenes Aktionsprogramm über die Aufgaben der Studenten zur Wahl vorgelegt, das vor der Wahl von den Studenten diskutiert worden war. Der Sozialistische Hochschulbund (SHB) erhielt zwei Mandate, gegenüber vierzehn im Vorjahr, der MSB Spartakus erhielt vier Sitze wie im letzten Semester.

Nach 10 Tagen:

Disziplinarstrafen für die Hälfte der Kompanie

Köln-Longerich. Schon in den ersten Tagen beim Bund wird den neu eingezogenen Rekruten gezeigt, daß man mit allen Mitteln ihr Rückgrat brechen will.

Obwohl bei uns nicht so schlimm geschliffen wird wie bei anderen Ausbildungskompanien, hat schon nach zehn Tagen Bund fast die Hälfte der Kameraden eine "Erzieherische". Zur Abschreckung werden sie am Schwarzen Brett veröffentlicht. Nur einige Beispiele:

Zwei Stunden nach Dienstschluß Nachappell wegen "unsauberem" Kochgeschirr

Eine Stunde zusätzliches Putzen von irgendwelchen Gegenständen

Samstag und Sonntag schon um 20 Uhr im Bett liegen müssen

Eine Stunde zusätzliches Exerzieren, so geschehen dem ganzen 1. Zug der 3. Kompanie.

Besonders scharf wird gegen jeden Widerstand vorgegangen. So bei der ersten kollektiven Protestmaßnahme:

Vor den Mahlzeiten müssen wir (die ganze Kompanie) auf dem Kasernenhof antreten. Dazu wird vom UvD (Unteroffizier vom Dienst) herausgerufen. Bisher war es so, daß wir von diesem wie mit der Peitsche herausgetrieben wurden. Alles muß im Laufschritt rennen. Dies ist an sich völlig überflüssig, weil man danach in einer langen Schlange oft 20 Minuten anstehen muß. Andererseits haben einige gemerkt, daß man ganz vorne stehen muß, um mit den kurzen Essenspausen überhaupt hinzukommen. So kam es, daß am vergangenen Mittwoch viele Kameraden schon sprungbereit auf den Pfiff des UvD warteten und schnell auf dem Flur standen. Diesem war es plötzlich zu schnell. Er befahl "Kompanie kehrt", und jene, die sich pflichtgemäß beeilt hatten, standen am Schluß. Spontan erhob sich ein Pfeifkonzert, an dem gut zwei Drittel aktiv mitmachten. Zwei Tage später stand am Schwarzen Brett, daß der Kamerad X den Verlauf der Essenseinnahme "erheblich gestört" habe. Man hat sich also einen herausgegriffen, um alle einzuschüchtern. Die Strafe ist besonders hart – Samstag und Sonntag Telefondienst beim UvD. Dies bedeutet zweierlei:

1. Kein Wochenendausgang
2. Dafür auch am Wochenende Dienst
3. Zusätzlich "Schlafverbot", denn der UvD-Posten muß 24 Stunden wach bleiben.

Nach so einem "Wochenende" gibt der "normale" Dienst in der folgenden Woche dem Kameraden den Rest.

Gegen solche Zustände gilt es den Widerstand zu organisieren. Die Wahl der Vertrauensleute in der kommenden Woche ist ein wichtiger Anfang dazu.

Soldaten des leichten Pionier-Bataillons 15 Lüttich-Kaserne, Köln-Longerich / Red. Ortsbeilage Köln



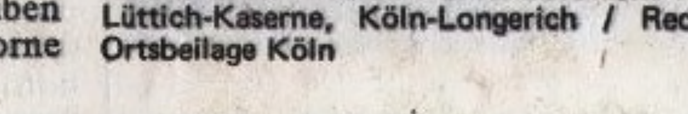




Linkes Bild: auf der Hindernisbahn – Rechtes Bild: Überqueren eines Flusses am Seil. Hindernisbahn und Hangeln am Seil sind Mittel, mit denen die Rekruten häufig schikaniert werden, "zur körperlichen Ertüchtigung" und "Mutproben", wie die Ausbilder dabei zu schreien pflegen.

Laufschritt rennen. Dies ist an sich völlig überflüssig, weil man danach in einer langen Schlange oft 20 Minuten anstehen muß. Andererseits haben einige gemerkt, daß man ganz vorne

Woche ist ein wichtiger Anfang dazu.



Soldaten des leichten Pionier-Bataillons 15 Lüttich-Kaserne, Köln-Longerich / Red. Ortsbeilage Köln

Linkes Bild: auf der Hindernisbahn – Rechtes Bild: Überqueren eines Flusses am Seil. Hindernisbahn und Hangeln am Seil sind Mittel, mit denen die Rekruten häufig schikaniert werden, "zur körperlichen Ertüchtigung" und "Mutproben", wie die Ausbilder dabei zu schreien pflegen.

Vertrauensmann vom Truppendienstgericht durch Intrige abgesetzt

Hildesheim. Das Truppendienstgericht hat den Vertrauensmann der Mannschaften der 4. Kompanie des Panzerbataillons 14 abgesetzt. Dem Truppendienstgericht lag eine Unterschriftenliste vor, auf der ein Viertel der Mannschaften die Absetzung des Vertrauensmannes forderte. Diese Liste kam durch eine Intrige der Offiziere zustande. Sie setzten Soldaten, die zur Zeit in der Kompanie einen Unteroffizierslehrgang ableisten, aber gar nicht zum Stamm gehören, unter Druck.

Nachdem die Umstände bekannt geworden waren, unter denen das Truppendienstgericht die Sache behandelt, wuchs die Empörung. Kameraden sammelten Unterschriften für den abgesetzten Vertrauensmann. Inzwischen haben die beiden Stellvertreter von Rust erklärt, daß sie das Amt nicht übernehmen wollen. Damit öffnet sich der Weg für Neuwahlen.

„Wir hatten panische Angst"

erklärten Polizisten, die in Heidelberg eingesetzt waren

Heidelberg. Der "Arbeitskreis CDU der Polizei" zog auf seiner Gründungsveranstaltung am 1. Juli Bilanz über den Polizeieinsatz in Heidelberg anläßlich der Demonstrationen gegen den Beschluß des Gemeinderats, die Fahrpreise bei der Straßenbahn zu erhöhen.

Nur mit einem Aufgebot von 2 000 Polizisten konnte die Massenbewegung der Heidelberger Bevölkerung gegen den volksfeindlichen Beschluß des Gemeinderats zunächst zerschlagen werden. Die Bilanz, die die Polizei- und Ordnungschargen zogen, die wenigen einfachen Polizisten, die anwesend waren, berichteten über die isolierte Lage der Polizei gegenüber der Heidelberger Bevölkerung. Ein Polizist erzählte:

"Wir hatten Donnerstag Nacht Angst, wir hatten panische Angst in dieser Stadt!"

Donnerstag, das war der Tag, an dem der Gemeinderat unter dem Schutz von 1 000 Polizisten im belagerten Rathaus den Beschluß über die Fahrpreiserhöhung fällte. Ein weiterer Polizist wurde noch deutlicher:

"Denken Sie auch daran, daß während der Kämpfe hier 12 Beamte aus dem Einsatz davongelaufen sind, einige haben sich geweigert, einige sind aus Angst weggelaufen!"

Das ist ein schönes Bild von der Lage im staatlichen Unterdrückungsapparat! Die Oberhüter der Heidelberger Stadtbürokratie forderten, unverzüglich den Polizeiapparat nach Heidelberg zu verlegen. Der CDU-Landtagsabgeordnete Ruder, der Vorsitzende des Landtagsausschusses "Innere Sicherheit" ist, machte sich auf der Beratung des Polizeiarbeitskreises der CDU Gedanken, wie man dem Protest der Volksmassen Herr werden könnte. Seine Gedanken gehen bis zum Aufbau einer Bürgerwehr, einer fünften Kolonne in der Bevölkerung. Er sagte: *"Wir wollen natürlich keine Bürgermiliz, aber wir müssen präventive Maßnahmen begrüßen. Die Polizei allein bekommt die Sache nicht mehr in den Griff!"*

Mit der Bewaffnung von Kapitalisten, Pfaffen, Kaufleuten gegen die Volksmassen werden die Reaktionäre freilich nicht weit kommen. Schon 1969 scheiterten Pläne, in Heidelberg eine Bürgerwehr als Hilfstruppe der Polizei aufzubauen. Und noch mehr Polizei wird zweifellos die totale Isolierung des staatlichen Unterdrückungsapparates und ihre Verachtung seitens der Bevölkerung nicht aufheben, sondern nur noch weiter verstärken.

Die Polizei gerät zwangsläufig in die Isolierung, wenn die Volksmassen wie in Heidelberg den Kampf für ihre gerechten Forderungen und Ziele aufnehmen. Kein Wunder, daß die Massenbewegung durch große Begeisterung und Siegeswille sich auszeichnete, während einzelne Verweigerungen und allgemeine Angst sich bei den Polizeischergen einstellten.

Unehrenhaft entlassen

Bad Segeberg. Aus der 3., 4. und 5. Kompanie des Panzergrenadierbataillons 182 ist am 30. Juni jeweils ein Kollege vorzeitig, das heißt unehrenhaft entlassen worden. Begründung des Kommandeurs der 6. Division, Generalmajor Poeppel: "Sie haben durch ihr Verhalten gegen die Grundsätze der militärischen Ordnung verstoßen und sind für die Bundeswehr untragbar geworden."

Die Gruppe Rote Fahne (KPD) und der Kampf in der Armee

Hoffnungslos reaktionär

Ich bin seit drei Wochen von der Bundeswehr entlassen und jetzt Gefreiter der Reserve. In meiner Bundeswehrzeit haben mich die Militärs zweimal für insgesamt 17 Tage in den Knast gesteckt. Vielen anderen Freunden und Genossen ging es ebenso, weil wir alle aktiv an der Zersetzung in der Bundeswehr gearbeitet haben.

Nun lese ich in der Roten Fahne Nr. 28 der Gruppe Rote Fahne (KPD), daß es unsere Aufgabe sei, von der Zersetzungsarbeit abzukommen, weil die Zersetzung der Bundeswehr unmittelbar dem sowjetischen Sozialimperialismus dienen würde. Bei den Massen der Bundesrepublik dürfe man nicht als Forderung erheben, weil die westdeutsche Bourgeoisie sich zur Zeit nicht selbst verteidigen könne. Man müsse vielmehr die Verteidigungskraft der westdeutschen imperialistischen Armee erhöhen. So etwas habe ich bisher nur von den bürgerlichen Militärs selber gehört.

Nachdem die Gruppe Rote Fahne zur Interessenvertretung der westdeutschen Bourgeoisie geworden ist, fängt sie auch gleich an, das Volk der "Uneinsichtigkeit" zu bezichtigen. Die Nordhorner, die gegen den NATO-Truppenübungsplatz kämpften, haben halt nicht eingesehen, befindet die Gruppe Rote Fahne großkotzig und falsch dazu. Nichts würden die Sozialimperialisten sehnlicher wünschen als eine Schwächung der NATO, und nun geht die Bevölkerung auch noch daran, die NATO zu schwächen.

Da das nicht sein kann, was nicht sein darf, gibt die Gruppe Rote Fahne gleich zwei Vorschläge ab. Die Verteidigungskraft muß erhöht werden. Jeder, der sich aus der Einsicht heraus, daß die Bundeswehr eine Armee der Imperialisten gegen das Volk ist, an der Zersetzung beteiligt, arbeitet objektiv den Sozialimperialisten in die Hände, befindet die Gruppe Rote Fahne. Dabei ist es glatt umgekehrt. Die, die mit der Vaterlandsverteidigung und ihren neuesten Ergüssen sich zum nützlichen Idioten der imperialistischen westdeutschen Bourgeoisie macht.

Gute Chancen gibt das für den politischen Garaus dieser Gruppe, wenn sie demnächst mit ihrem Wanderzirkus beispielsweise in Nordhorn auftaucht und erklärt, daß alles dort Blödsinn sei und nur den Sozialimperialisten helfen würde. Dabei wird hoffentlich eine Tracht Prügel herausspringen.

Hinsichtlich der Armee dürfte es wohl auch zu Überraschungen kommen, wenn nämlich die Gruppe Rote Fahne ihren Genossen empfiehlt, um die Posten in der Generalität zu kämpfen, damit die unfähigen Generale der westdeutschen Bourgeoisie, die ja nicht in der Lage sind, ihre Posten zu garantieren, endlich ihre Posten an die Herren Vaterlandsverteidiger der Gruppe Rote Fahne abtreten. Die Gruppe Rote Fahne ist nun damit hoffnungslos im Lager der Bourgeoisie untergetaucht. Doch hoffentlich lassen sich die Mitglieder dieser Organisation derlei nicht gefallen. Horlemann und Konsorten sollen sich in den Lobbies der westdeutschen Bourgeoisie als Viersterneregenerale besser in die Lobbies des westdeutschen Kapitals abdampfen, wo sie für ihren Unfug offene Ohren finden werden und vor allem die richtigen Leute.

—A., Ortsgruppe Wolfsburg—

Zusammenbrüche in der Grundausbildung

Lebensgefahr für kranke Rekruten

Ellenberg/Kappeln. Der folgende Vorfall in einer Marinekompanie zeigt die Notwendigkeit, den Kampf gegen das bestehende Militärgesundheitswesen zu führen, wie es in verschiedenen Kasernen bereits geschieht (unter anderem in der Rommel-Kaserne in Augustdorf). Weil ein magenkranker Soldat nicht von den Militärärzten entsprechend behandelt wurde, wäre er beinahe gestorben.

Ein Kollege hatte eine Magenkrankheit. Man hatte ihn deshalb in den Sanitätsbereich geschickt. Er mußte dort zwei Tage bleiben und erhielt während dieser Zeit nur Zwieback und Tee zum Essen. Als er wieder entlassen wurde, schrieben ihn die Ärzte sofort ohne jede Einschränkung gesund. Als er in die Kompanie zurückkehrte, hatte sein Zug gerade Sport. Also schickte man ihn gleich auf den Sportplatz. Dort mußte er dann voll am Unterricht teilnehmen, darunter auch ein 2 000 m-Lauf. Dabei brach er das erste Mal zusammen. Nachdem er sich kurz etwas ausruhen durfte, schickten ihn die anwesenden Maaten (Unteroffiziere) wieder los, um die 2 000 Meter "langsam" zu Ende zu laufen. Am Ende des Laufs konnte er sich kaum noch auf den Beinen halten. Daraufhin ging ein Kollege noch einmal mit ihm zu einem der Ausbilder und sagte diesem, daß der Kollege zwei Tage lang nur Zwieback und Tee erhalten habe und daß er ihn doch auf die Stube zurückschicken solle.

Die Ausbilder entschieden sich dafür, ihn dazubehalten, der Sportunterricht sei ja doch gleich zu Ende, es folge ja nur noch Keulenweitwurf. Beim Keulenweitwurf war der Kollege dem Zusammenbruch so nahe, daß er sich an anderen festhalten mußte. Daraufhin haben zwei Kollegen ihn gestützt, sind mit ihm zu den Maaten gegangen und haben gesagt, daß sie ihn jetzt auf die Stube bringen.

Erst in der Kompanie interessierte sich ein Unteroffizier für den Kollegen, der fast getragen werden mußte. Er schickte ihn mit den beiden Kollegen, die ihn stützten, in den Sanitätsbereich, so daß die Ärzte ihn wohl notdürftig behandelten. Auf die Stube zurückgekehrt, wurde er nach kurzer Zeit bewußtlos und bekam starke Krämpfe. Er mußte mit dem Krankenwagen in den Sanitätsbereich gebracht werden und dort einen Tag bleiben. Im ganzen Zug herrschte große Empörung über diese Ereignisse, so daß der Zugführer sich gezwungen sah, zu versuchen, das Verhalten der Unteroffiziere vorm ganzen Zug zu rechtfertigen. Sie wollten nichts gesehen und gewußt haben. Sie, die sonst bei der Musterung sofort sehen, wenn einer nicht ganz gerade in der Reihe steht, wollen nicht gesehen haben, daß der Kollege teilweise nur noch stehen konnte, wenn er sich an anderen festhielt. Sie, die jeden Schmutzfleck finden, wollen nicht gesehen haben, daß er kreidebleich im Gesicht war und sie wollen nicht gewußt haben, daß er nur Zwieback und Tee gegessen hatte, obwohl man es ihnen gesagt hatte. Wohl kaum einer hat ihnen das geglaubt.

Dafür ist den Kollegen deutlich geworden, was sie von ihren Ausbildern zu halten haben. Und noch eins ist deutlich geworden: daß die Sanitätsoffiziere einen nur notdürftig behandeln und dann ohne viel Rücksicht schnell wieder gesund schreiben.

—y, Ellenberg/Kappeln—

Nach 6 Wochen erstmals zu einem Spezialarzt

Idar-Oberstein. Wir haben hier einen Kameraden, der seine Grundausbildung wiederholen muß, weil er vier Wochen im Sanbereich gelegen hatte. Er war dort, weil sein Kreislauf den Anstrengungen der Bundeswehr nicht gewachsen war. Die Ärzte hatten aber nichts gefunden, so daß er die ersten sechs Wochen nochmal machen muß. Daß es ihm genauso dreckig ging wie vorher, das kümmerte die Herren nicht.

So hatten wir am Montag gerade unsere Kampfausbildung. Da war dem Kameraden schon schlecht. Dann, wenn er nicht mehr kann. Er mußte trotzdem erst mitgemacht, und als wir abmarschierten, war ihm dermaßen übel, daß er nicht Schritt halten konnte. Da wurde er dann in den Sanbereich eingeliefert. Dort entläßt man ihn am nächsten Tag, und er muß direkt einen Marsch mitmachen. Als wir bei den ersten Kilometern – mit Gepäck und Gewehr (15 Kilo) – einen Berg hochmarschieren müssen, bleibt er immer wieder stehen, da er nicht weiterkann. Schließlich muß unser Gruppenführer sein Gepäck übernehmen, und bei der nächsten Station wird er vom Sanwagen mitgenommen. Jetzt endlich darf er in der nächsten Zeit zu einem Spezialarzt und ist so lange innendienstkrank.

Ich habe in der kurzen Zeit verschiedene Beispiele erlebt und gehört, wie die Bundeswehr die Gesundheit der Soldaten ruiniert. Und daß es in einem Gesetz gibt, in dem dem Soldaten die Pflicht zur Gesunderhaltung auferlegt wird, das klingt dann wie Hohn. So gilt auch für die Bundeswehr: Das Gesundheitswesen muß in die Hände des Volkes!

K., Idar-Oberstein

Im Schlachteifer zwei Kleinigkeiten vergessen!

Die Gruppe Rote Fahne (KPD) zur Ankündigung des US-Kriegsministers Schlesinger, als erstes Land Atomwaffen einsetzen zu wollen

In der Roten Fahne Nr. 27 setzt sich die Gruppe Rote Fahne mit den verschiedenen Ankündigungen Schlesingers, des US-Kriegsministers, auseinander, sein Land sei jederzeit bereit, im "nationalen Interesse" in einem Krieg um Europa als erster Staat Atomwaffen einzusetzen.

Dabei kommt die Gruppe Rote Fahne zu folgendem Schluß: Besser als sich auf die amerikanischen Atomwaffen zu verlassen sei es für die westeuropäischen imperialistischen Staaten, sich selber Atomwaffen zu besorgen. Noch besser aber sei es, sich in der Verteidigung der europäischen imperialistischen Staaten nicht im wesentlichen auf Atomwaffen zu verlassen, sondern sich vor allem auf die Volksmassen zu stützen. Da über die Politik der westeuropäischen imperialistischen Staaten die jeweilige herrschende Monopolbourgeoisie entscheidet, können sich diese wohlmeinenden Ratschläge auch nur an die Monopolbourgeoisie richten. Dieser Monopolbourgeoisie macht die Gruppe Rote Fahne ihre Politik durch zwei Beispiel schmackhaft: erstens die Volksrepublik China, zweitens das vietnamesische Volk.

Ratschläge an die imperialistische westdeutsche Bourgeoisie

"Die Volksrepublik China, die das Atomwaffenmonopol der Supermächte ins Wanken gebracht hat, stützt sich nicht in erster Linie auf die Atomwaffen, sondern auf die Verteidigung des ganzen Volkes. Die Kriege, die die Volksrepublik China zu führen gezwungen war, waren gerechte Verteidigungskriege, die Atomwaffen in den Händen Chinas sind gerechte Verteidigungwaffen."

"Nicht Waffen, Menschen entscheiden – der 'Spezialkrieg', der 'begrenzte Krieg', die 'Vietnamisierung' – alle ausgeklügelten Techniken der Kriegsführung des US-Imperialismus scheiterten am heroischen Volkskrieg des vietnamesischen Volkes."

Aus diesen beiden Beispielen wird für die westeuropäischen imperialistischen Staaten gefolgert:

"Atomwaffen in den Händen der europäischen Staaten sind gerechte Waffen, wenn sie der Verteidigung der Freiheit und Unabhängigkeit gegenüber den imperialistischen Supermächten dienen. Dazu gehört auch, daß die europäischen Staaten niemals als erste Atomwaffen einsetzen werden. Die entscheidende Waffe aber ist der entschlossene Wille der europäischen Völker, ihre Freiheit und Unabhängigkeit zu bewahren."

Die Gerechtigkeit der Waffen hängt von der Gerechtigkeit der Politik ab, der sie dienen

Bei ihrer Folgerung hat die Gruppe Rote Fahne zwei Kleinigkeiten vergessen: die Tatsache, daß die Gerechtigkeit der Waffen von der Gerechtigkeit der Politik abhängt, der sie dienen, und daß die Politik eines Staates davon abhängt, welche Klasse herrscht. Der Kampf des vietnamesischen Volkes gegen den US-Imperialismus war der Kampf eines vom Imperialismus unterdrückten Volkes gegen den Imperialismus, und die Volksrepublik China ist ein sozialistischer Staat der Diktatur des Proletariats. Die Bundesrepublik dagegen ist ein imperialistischer Staat der Diktatur der Bourgeoisie. Das Volk in Westdeutschland wird durch diesen imperialistischen Staat der Diktatur der Bourgeoisie ausgeplündert und unterdrückt. Die Politik dieses imperialistischen Staates dient weder der Freiheit und Unabhängigkeit des Volkes in Westdeutschland, noch dient sie der Freiheit und Unabhängigkeit anderer Völker. Sie dient im Gegenteil der Ausplünderung und Unterdrückung des Volkes in Westdeutschland und der Ausplünderung und Unterdrückung anderer Völker.

Weil diese Politik nicht gerecht, sondern ungerecht ist, dienen auch die Waffen dieser Politik der Reaktion und nicht dem Fortschritt, einer ungerechten Sache und nicht einer gerechten Sache. Weil das so ist, kann sich der westdeutsche Imperialismus weder im Frieden noch im Krieg auf die Volksmassen stützen. Er kann sie höchstens betrügen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß der westdeutsche Imperialismus zu seinem Leidwesen keine Supermacht ist, sondern seine imperialistische Politik nur durch Lavieren an der Seite einer der beiden Supermächte und zwischen den beiden Supermächten verfolgen kann. Auch ein relativ kleiner Verbrecher bleibt ein Verbrecher. Ob ein Verbrecher mit einer Pistole bewaffnet ist oder mit einem Maschinengewehr, sagt nichts über die Gerechtigkeit seiner Sache aus, sondern nur über die Fähigkeit, seine ungerechte Sache durchzusetzen.

Die Gruppe Rote Fahne hat also bei ihrer Folgerung zwei Kleinigkeiten vergessen. Auf diese "Kleinigkeiten" kommt es für die westdeutsche Arbeiterklasse entscheidend an: Weil sie nicht in einem unterdrückten Land, sondern in einem imperialistischen, unterdrückenden Land leben, müssen sie den Staat der herrschenden Klasse nicht verteidigen, sondern stürzen. Deshalb kann das Volk in Westdeutschland seine Freiheit und Unabhängigkeit auch nicht "bewahren", sondern muß sie erst erringen, und zwar im Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus, der sein unmittelbarer Feind ist. Durch dessen Bekämpfung trägt es auch zur Schwächung der beiden Supermächte bei, die nichts so fürchten wie Fortschritte der Revolution im Herzen von Europa. Jeder einzelne Erfolg im Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus wird nur errungen werden können in Abwehr der verschiedenartigen Einmischungsversuche der beiden Supermächte. In diesem Kampf besteht der Beitrag der westdeutschen Arbeiterklasse: nicht nur zur Verhinderung des gegenwärtig drohenden Krieges, sondern auch zur Ausrottung der Kriegsgefahr. In dieser Weise muß sich die Arbeiterklasse in Westdeutschland an der Arbeiterklasse und den Völkern Chinas und Vietnams ein Beispiel nehmen. Vorbereitung auf den Kriegsfall kann für die Arbeiterklasse in einem imperialistischen Land nur heißen: alles dazu beitragen, um den konkret drohenden Krieg zu verhindern, alles dazu beitragen, um die Kriegsgefahr durch die Beseitigung des Imperialismus auszurotten, alles dazu beitragen, um im Kriegsfall den Krieg durch die Revolution zu beenden.

Die Kriegsgefahr durch Beseitigung des Imperialismus ausrotten, im Kriegsfall den Krieg durch die Revolution beenden

"Was die Frage des Krieges betrifft, so kämpft die kommunistische Partei eines solchen (kapitalistischen! – J.S.) Landes dagegen, daß ihr Land imperialistische Kriege führt; falls jedoch ein solcher Krieg ausbricht, besteht die Politik der Partei darin, für die Niederlage der reaktionären Regierung im eigenen Land zu kämpfen. Der einzige Krieg, den die Partei braucht, ist der Bürgerkrieg, auf den sie sich vorbereitet." Dies hat Mao Tsetung im Jahre 1938 geschrieben (Werke Band II, Seite 256). Es gibt gar keinen Grund, warum man diese Aussage, deren Linie Lenin, Stalin und Mao Tsetung stets gegen die Sozialchauvinisten verteidigt haben und diesen entgegengehalten haben, heute auf den Misthaufen der Geschichte werfen sollte. Im Gegenteil, man muß diese Aussage hochhalten und ihr gemäß handeln, solange es den Kapitalismus und den Imperialismus gibt und auf dieser ökonomischen Basis Kriege der Imperialisten um die Weltherrschaft unvermeidlich sind. Anders vorgehen heißt den Marxismus-Leninismus über Bord werfen. Wohin das führt, sehen wir an der Gruppe Rote Fahne, die "Kleinigkeiten" vergißt, die alles entscheiden.

Die Gruppe Rote Fahne spricht irgendeinem zunächst undefinierbaren "wir" Mut zu: *"Wir dürfen nicht ständig auf den Vergleich der Truppenstärken starren und das 'erdrükkende Übergewicht' der sowjetischen Sozialimperialisten und ihrer Vasallentruppen bejammern."* Dieses "wir" kann nur die Gruppe Rote Fahne und die westdeutsche Monopolbourgeoisie sein, der sich die Gruppe Rote Fahne immer dringlicher andient. Wer jammert sonst? Die Bourgeoisie möchte die Arbeiterklasse und das Volk durch ihr Gejammer vor den eigenen Karren spannen. Die Gruppe Rote Fahne will sich mit auf den Kutschbock schwingen. Fragt sich, ob da Platz ist und die Arbeiterklasse und das Volk sich das Geschirr anlegen lassen.

J.S.

Island beschließt 200 Meilen-Zone

Die Fischereikonzerne versuchen die Bevölkerung aufzuhetzen



"Salzige Nachricht: Fisch wird knapp und teuer" – diese Aussicht kündigte in einem Interview in der "Bild am Sonntag" am 20.7. der Vorsitzende des westdeutschen Hochseefischereiverbandes an. Der Hochseefischereiverband ist die Organisation der westdeutschen Fischereikonzerne. Den Ton gibt der Oetker-Konzern an. Der Vorsitzende Koch wandte sich in dem "Bild"-Interview gegen den Beschluß der isländischen Regierung, zum 15. Oktober die Hoheitszone von 50 auf 200 Seemeilen auszudehnen. Koch erklärte, durch diese Maßnahme seien außerdem 60 000 bis 80 000 Arbeitsplätze in der Fischereiindutsrie "stark gefährdet".

Die Fischereikonzerne versuchen auf diese Weise, die westdeutschen Arbeiter und die gesamte Bevölkerung aufzuhetzen gegen die gerechte Sache des isländischen Volkes mit dem Ziel, sie für die eigenen Profitinteressen einzusetzen.

Die isländische Regierung verbietet den Fischereikonzernen, in den Hoheitsgewässern zu fischen. Die Konzernflotten beuten den Fischbestand rund um Island hemmungslos aus. Um die Pflege des Fischbestandes kümmern sich die Konzerne dabei überhaupt nicht. Mit unersättlicher Profitgier fischen sie mit engmaschigen Netzen, wodurch sie tatsächlich den Nachwuchs der Fischschwärme auszurotten drohen. Sie vernichten damit zugleich die Existenzgrundlage des isländischen Volkes, dessen hauptsächlichster Naturreichtum der Fischbestand in seinen Gewässern ist. Das isländische Volk lebt zu drei Viertel vom Fischfang und von der Fischverarbeitung.

Mit der Ausdehnung der Hoheitszone – vor vier Jahren bereits von 12 auf 50 Seemeilen und jetzt auf 200 Seemeilen – schützt sich das isländische Volk gegen die Ausplünderung durch die Fischereikonzerne. Es wehrt sich gegen die Imperialisten, die mit wirtschaftlichen Maßnahmen das kleine Land unter Druck zu setzen versuchen. Die westdeutsche und die britische Regierung fordern nach wie vor die vollständige Öffnung der Fischereizonen und Auslieferung der Fischbestände an die Konzerne. Sie begründen diese Forderung mit "historischen Rechten", dem geltenden "Völkerrecht" und dem Grundsatz der "Freiheit der Meere". Die westdeutsche Regierung hat bereits einen Einfuhrstopp verhängt gegen alle isländischen Fischereierzeugnisse. Die EG-Kommission in Brüssel droht mit weiteren wirtschaftlichen Sanktionen.

Island ist ein kleines Land, das sich zur Wehr setzt gegen Ausplünderung und Unterdrückung durch die Imperialisten. Island reiht sich ein in die Front jener Länder, die gegenüber den imperialistischen Staaten die Anerkennung ihrer nationalen Hoheit in den Küstengewässern durchzusetzen versuchen.

Die Imperialisten verweigern die Anerkennung der nationalen Rechte in den Küstengewässern. Sie lehnen die 200 Meilen-Hoheitszone ab, weil damit der Grundsatz der "Freiheit der Meere" verletzt werde. Das aber ist nur der Vorwand, unter dem sie die Ausbeutung der naturreichen Küstengewässer betreiben. Das wurde von den kleinen Küstenländern und den Ländern der Dritten Welt auf den verschiedenen UNO-Seerechtskonferenzen in Caracas und Genf bereits entlarvt. Die imperialistischen Länder mußten auf diesen Konferenzen zur Ausarbeitung eines neuen internationalen Seerechts schwere Niederlagen hinnehmen.

Island wird sich deshalb in seinem gerechten Kampf behaupten und die Hetze wird dem westdeutschen Hochseefischereiverband nichts nutzen. Die westdeutschen Fischerei-Arbeiter und die westdeutsche Bevölkerung werden sich nicht für die Profitinteressen der Fischereikonzerne einsetzen lassen.

Denn knapp und teurer wird der Fisch nicht dadurch, daß Island seine nationale Hoheit in seinen Küstengewässern durchsetzt und den Fischfang in die eigene Kontrolle nimmt. Island wird die westdeutsche Bevölkerung ausreichend mit Fisch beliefern können, so daß auch Arbeitsplätze nicht gefährdet werden.

g.j.

Delegiertenkonferenz der Chile-Komitees

Am 12./13. Juli fand in Frankfurt eine Delegiertenkonferenz der Chile-Komitees aus Westdeutschland und Westberlin statt. Anwesend waren Delegierte aus 24 Komitees, sowie als Gäste Vertreter verschiedener Organisationen des chilenischen Widerstandes (MAPU, MIR, Christliche Linke, Koordination der Regionalkomitees der PS).

Die Delegierten beschlossen mit drei Gegenstimmen eine Resolution, die im wesentlichen besagt: Der Terror der Junta über das chilenische Volk dauert unvermindert an. Chile steckt in einer tiefen wirtschaftlichen Krise. Die Junta kann diese Krise nicht lösen, sie gerät immer mehr in soziale und politische Isolation. Die Opposition erfaßt auch immer breitere bürgerliche Schichten. Der Widerstand des chilenischen Volkes festigt sich im Inneren und unternimmt einzelne erfolgreiche Kämpfe und Manifestationen gegen die Junta. (...) Die Arbeit der Chile-Komitees hat im letzten Jahr nicht immer der Notwendigkeit einer effektiven Solidarität entsprochen. So ist zum Beispiel nur wenig getan worden, um die BRD-Regierung an einer Teilnahme an den Umschuldungsverhandlungen in Paris zu hindern.

Für den zweiten Jahrestag des Putsches im September wird in der Resolution die Durchführung von Chile-Wochen an den einzelnen Orten vorgeschlagen. Durch die Wochen sollen möglichst viele neue Kräfte für eine organisierte und langfristige Arbeit in der Solidaritätsbewegung gewonnen werden. Folgende Forderungen werden erhoben:

- Sturz der Militärjunta! Solidarität mit dem chilenischen Widerstand!
- Freiheit für den chilenischen Gewerkschaftsbund CUT! Freie gewerkschaftliche und politische Betätigung für die chilenischen Arbeiter, Angestellten und Bauern!
- Bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen in Chile!
- Schluß mit der Einmischung des US-Imperialismus in Chile!
- Schluß mit der Unterstützung der Junta durch die Bundesregierung und die westdeutsche Kapitalistenklasse, ihre Parteien und Verbände! Keine Umschuldung mehr, keine Kredite!
- Uneingeschränkte Aufnahme aller chilenischen Flüchtlinge in die BRD! Uneingeschränkte politische Betätigung für die chilenischen Flüchtlinge in der BRD!

Alle Delegierten hielten es für vordringlich, die Ansätze zur Chile-Solidarität in den westdeutschen Gewerkschaften zu nutzen und weiterzuentwickeln. Hierfür ist ganz besonders ein konkretes Projekt geeignet, das die anwesenden chilenischen Organisationen gemeinsam den Chile-Komitees vorgeschlagen haben: Unterstützung des Aufbaus von Fabrikkomitees der chilenischen Arbeiter. Diese Komitees haben gewerkschaftliche und politische Aufgaben, sie sind Basisorganisationen des Widerstands und Keimzellen einer neuen Volksmacht in Chile. Für diese Komitees gilt es heute die notwendige Infrastruktur zu schaffen. Viel Geld wird für Druckmaschinen, Papier usw. gebraucht!

Weiter wählten die Delegierten einen neuen Koordinationsausschuß. Er besteht aus je einem Mitglied der Chile-Komitees in Bochum, Frankfurt, Freiburg und Westberlin.

Die neue Kontaktadresse lautet:

Koordination der Chilekomitees c/o Reinhard Schlegel, 78 Freiburg, Lehenerstr. 99 b, Tel. 0761/824113

Chile

Metallgesellschaft investiert in Chile

Die BRD-Imperialisten nutzen die Militärjunta in Chile als direkte und ungehemmte Ausplünderungsmöglichkeit: "Zur genaueren Erforschung und dem späteren Abbau einer Blei- und Zinkzeche in der südchilenischen Provinz Aysen wird die Metallgesellschaft AG, Frankfurt, 90 Millionen DM investieren. Der Investitionsvertrag wurde vom chilenischen Wirtschaftsminister Sergio de Castro als Vorsitzendem der Regierungskommission für ausländische Investitionen und Helmuth Lüdtke von der Metallgesellschaft unterzeichnet. Die deutsche Firma hat 45 % der kürzlich gegründeten privaten Bergbaugesellschaft 'Toqui' erworben." (Frankfurter Rundschau (dpa) vom 12.7.)

Christdemokraten machen Front gegen die Junta

Am 18. Juli sollen führende Vertreter der Christdemokratischen Partei in Chile im Bündnis mit der Sozialistischen Partei (PS), der Radikalen Partei und der Christlichen Linken ein "Manifest" unterzeichnet haben, auf Grund dessen sie zusammenarbeiten wollen, um "eine gerechte und sozialistische Demokratie in Chile" wiederherzustellen. Das Treffen soll in Caracas, der Hauptstadt von Venezuela stattgefunden haben. Die Christdemokraten hatten den Putsch der Offiziere aktiv unterstützt und sich nach dem 11. September hinter die Junta gestellt. Ihr Umschwenken ins Lager der Opposition gegen die Junta zeigt, wie isoliert die Junta inzwischen auch in der Bourgeoisie geworden ist.

Aufruf zu Solidaritätsaktionen

Der Kampf der Palästinenser in den israelischen Gefängnissen

Seitdem die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) die Errichtung der nationalen Herrschaft des palästinensischen Volkes auf jedem aus israelischer Besetzung befreiten Gebiet verkündet hat, nimmt die Verfolgung der palästinensischen nationalen Bewegung sowohl in Israel als auch in Jordanien zu. Die West Banks, die bis 1967, als Israel sie besetzte, von Hussein regiert wurden, sind davon besonders betroffen.

Viele Palästinenser wurden nicht wegen bewaffneten Widerstandes, sondern bloß wegen ihrer Parteinahme für die PNF (Palästinensische Nationale Front) verhaftet. Sie kommen zu den Tausenden, die wegen Kommando- oder Sabotageaktionen und politischer Agitation im Gefängnis sind. Von 3 500 "aus Sicherheitsgründen" festgehaltenen Palästinensern spricht die israelische Regierung selbst, die Palästinenser sprechen von 18 000.

Ahmad Dakhil al Jamal zum Beispiel wurde nach sieben Jahren Haft am 5. Februar von den West Banks deportiert. Er war 1945 bei Lydda geboren und nach dessen Besetzung durch die Zionisten im Jahr 1948 in Ramallah aufgewachsen. 1966 war er von Hussein wegen Beteiligung an der nationalen Bewegung verhaftet worden. Nach dem Junikrieg 1967 kehrte er nach den West Banks zurück, um militärische Operationen für den Widerstand durchzuführen. Im Dezember 1967 wurde er verhaftet. Nach seiner kürzlichen Freilassung berichtete er von schweren Folterungen, an denen vier seiner Freunde, Abu Fathi al Ouri, Adnan al Tashtoush, Abu Khadr und Mahmoud Abu Akr starben. Seine Frau, Lehrerin in al Bira auf den West Banks, wurde gleichfalls nach sechs Jahren Haft deportiert wegen "Widerstand gegen die israelische Besetzung". Auch sie berichtete kürzlich vor der Menschenrechtskommission der UNO in Genf von schweren Folterungen.

Auf einer Veranstaltung des Nahost-Komitees Westberlin berichtete der Genosse Mahmoud Shukari von der PNF kürzlich über die "Administrativ-Haft". Er war Lehrer und Journalist in Jerusalem und wurde zweimal von den israelischen Behörden verhaftet. Für die "Administrativ-Haft" reicht aus, daß Behörden behaupten, daß es die "Sicherheitsinteressen" dient, wenn jemand festgenommen wird. Der Haftbefehl kann alle drei Monate erneuert werden, wozu es keinen richterlichen Haftbefehl braucht.

Rechtliche Grundlage bilden die Ausnahmegesetze von 1945 und 1949. Artikel 111 ermöglicht die administrative Anordnung der Haft für unbegrenzte Zeit, die unbegrenzte Dauer ohne Verurteilung, ja sogar ohne Erhebung von Anklage. Die vollständige Willkürherrschaft von Militär- und Verwaltungsbehörden wird dadurch legalisiert. Die Ausnahmegesetze geben dem Verteidigungsminister die Oberhoheit über die besetzten Gebiete und ermöglichen die Errichtung der Militärverwaltung und der Militärgerichte.

Suleiman an Najab, einer von mehr als tausend, die über ein Jahr festgehalten wurden, ist ein typisches Beispiel. Die Anwältin Felicia Langer wurde, als sie wegen eines Klienten im Ramallah-Gefängnis war, von ihm aus der Zelle angerufen. Er fragte, wo er sei. Später erzählte er ihr, daß er von Männern in Zivil in Jerusalem auf offener Straße überfallen worden war, die ihm die Augen verbunden und ihn verschleppt hatten. Er ist schwer gefoltert worden.

Von dieser Administrativ-Haft ist auch eine Anzahl von Juden betroffen, zum Beispiel Rami Livneh wurde wegen "Kontakt mit einem ausländischen Agenten" festgenommen. Er hat mit einem Mitglied der Al Fatah gesprochen. Zuerst wurde er selbst gefoltert, als das nicht half, wurde vor ihm sein Freund Shawki Khativ, ein Araber, durch Elektroschocks, Wechselbäder usw. gefoltert, bis Rami Livneh aus Angst, sein Freund werde dabei umkommen, ein entsprechendes Schuldbekenntnis ablegte.

Gegen diesen ungezügelten Terror leisten die Häftlinge selber in vielfältiger Form, zum Beispiel durch kollektiven Hungerstreik oder mehrere Gefängnisse, Widerstand. Auch eine Reihe fortschrittlicher Israeli protestieren immer wieder dagegen. Linke israelische Gruppen organisieren Demonstrationen.

Für einen großen Teil dieser Administrativ-Häftlinge steht die Haftverlängerung in diesem Monat an. Der Genosse Mahmoud Shukari rief deshalb bei der Berliner Nahost-Veranstaltung alle fortschrittlichen Menschen in der BRD zu folgenden Solidaritätsaktionen auf:

Telegramme und Briefe senden an die Zeitungen, die in den besetzten Gebieten erscheinen:
Al Ittihad, Haifa/Israel, P.P.Box 104
Al Shaab, Jerusalem/Israel, P.O.Box 19154
Al Fajr, Jerusalem, P.O.Box 20517
Al Khods, Jerusalem, P.O.Box 19788

Protestbriefe an die israelische Botschaft und israelische Regierung schreiben;

internationale Organisationen veranlassen, sich dem Protest gegen die Administrativhaft anzuschließen.

Wegen weiterer Informationen und Koordinierung der Unterstützungsaktivitäten für die politischen Gefangenen in Palästina wenden Sie sich an: Nahost-Komitee
c/o M. Weule
1 Berlin 21
Wilsnackerstr. 59

H.L. (nach Informationen des Nahost-Komitees Westberlin und des "Guardian")

Weltfrauenkonferenz
Teilnahme an der Revolution schafft neue Stellung für die Frau

In der zweiten Junihälfte fand in Mexiko die UNO-Weltkonferenz des Internationalen Jahres der Frau statt. Alle bürgerlichen Kommentatoren berichteten über Widersprüche, die zwischen Delegationen aus Ländern der Dritten Welt und von Frauenpolitikerinnen aus den imperialistischen Ländern aufgetreten seien. Die Delegationen aus den Ländern der Dritten Welt hätten für die "eigentlichen Frauenfragen" kaum Interesse gezeigt, sondern immerzu vom Kampf gegen den Imperialismus für Unabhängigkeit und nationale Befreiung gesprochen. Und weil sie die Mehrheit gehabt hätten, wäre es ihnen möglich gewesen, sich durchzusetzen und die Schlußresolution zu bestimmen.

Die Leiterin der Delegation aus der Volksrepublik China, Li Su-wen, eine Arbeiterin, sagte in ihrer Rede vor der UNO-Weltkonferenz: **"Die Erfahrung beweist, daß die Frauen, nur wenn sie am Befreiungskampf der unterdrückten Nationen und unterjochten Völker und am sozialer produktiver Arbeit teilnehmen, ihren Horizont erweitern, ihr politisches Bewußtsein erhöhen, ihre Talente voll entwickeln, sich von ihrem Minderwertigkeitskomplex befreien, ihre eigene Kraft erkennen und Kampfesmut und Zuversicht erhöhen können. Wenn die Frauen durch ihre Teilnahme am Kampf zur Sache der Revolution und des Aufbaus beitragen, verändern sie zwangsläufig ihre Stellung und erringen gesellschaftliche Anerkennung. Die Sache des Volkes braucht weibliche Kader in großer Zahl, die nur im sozialen Kampf gestärkt werden können."** (Peking Rundschau 27/1975). So weit die chinesische Arbeiterin.

Fast gleichzeitig fand in Mannheim der Parteitag der CDU statt. Dort trug die Bourgeois-Frau Dr. Helga Wex, Präsidiumsmitglied der CDU, ihre Auffassung zur Frauenfrage vor: *"Nach unserer Meinung zeigt sich eben die Selbstbestimmung der Frau nicht nur in der Wahl ihres eigenen Weges im Beruf, sondern ... diese Selbstbestimmung zeigt sich auch in der freiwilligen Bindung an die Familie." "In den letzten Jahren waren wir Zeugen einer Politik, ... in der die Gleichberechtigung vom Mann und Frau als eine Übernahme männlicher Verhaltensweisen durch die Frau mißverstanden wurde, zum Beispiel in der einseitigen Betonung vom Leitbild der außerhalb der Familie berufstätigen Frau."*

Dieses Leitbild will Frau Wex – vor allem angesichts der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit – ergänzt sehen durch die *"verantwortungsvolle Tätigkeit als Hausfrau und Mutter"*, die *"auf eine außerhäusliche Berufstätigkeit verzichtet."* Anerkennung der *"Tätigkeit als Hausfrau als gleichwertige Berufstätigkeit"* soll eine *"neue Partnerschaft"* in der Familie begründen, *"die alten Ideologien des Klassenkampfes auch auf diesem Gebiet aus den Herzen und Köpfen verdrängt".*

"Wir, die CDU, gehen in unserer Politik von dem Alltag der Frau und nicht von Emanzipationsillusionen aus", so die Bourgeois-Frau. Die chinesische Arbeiterin hält allen Bourgeois-Frauen stolz entgegen: **"Die chinesischen Frauen von heute halten die Interessen des ganzen Landes hoch, sie haben die ganze Welt vor Augen und sind vor allem um die Angelegenheiten des Staates und der Welt bedacht. Sie haben eine große Sache in Angriff genommen, die ihre Vorgängerinnen niemals hätten tun können. Zahlreiche Frauen machen Arbeiten, die früher nur Männern vorbehalten waren, und immer mehr Frauen haben auf allen Ebenen führende Stellungen inne. Die Zeiten haben sich geändert, was die Männer tun können, können auch Frauen tun."** Zwischen der Bourgeois-Frau und der Arbeiterin gibt es auch in der Frauenfrage keine Gemeinsamkeit. Die Bourgeois-Frauenpolitikerin will den Blick der Frauen wieder einengen auf Haus und Familie. Als Vertreterin einer Klasse, die im Recht auf Privateigentum das Höchste aller Rechte erblickt, verficht sie den Standpunkt:

"Der Freiraum, der in der Familie geschaffen oder erhalten wird, entscheidet über die Freiheit in der Gesellschaft überhaupt." Sie ordnet die Frau der bürgerlichen Familie unter. Der "Freiraum" der bürgerlichen Familie aber gründet sich auf das Privateigentum. Der Klasse der Privateigentümer ist es um die Erhaltung der bürgerlichen Familie und Familienvorstellung zu tun, weil sie darin eine wichtige Stütze für die Herrschaft ihres Privatinteresses sieht. Die Bourgeois-Frau ordnet darum die Frauen dem Erhalt der bürgerlichen Familie unter. Und sie will insbesondere die Frauen aus den gesellschaftlichen Klassenkämpfen heraushalten und auf ihre private Welt beschränken.

Die Vertreterin der Arbeiterklasse tritt dafür ein, den Blick der Frauen zu weiten auf die großen Fragen des Klassenkampfes, des Kampfes um nationale Befreiung und Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion. Sie ordnet die Frauen nicht bürgerlichen Privatinteressen unter, beschränkt sie auch nicht nur auf sich selber, wie das geschieht, wenn auf dem Boden der bürgerlichen Ordnung die Befreiung der Frau gesucht wird. **"Unzählige Rückschläge und Niederlagen lehrten uns (chinesische Frauen), daß die Wurzel für die Diskriminierung und Unterdrückung der Frau im System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen liegt, daß die Frauen, um sich zu befreien, vor allem für die nationale Befreiung und den sozialen Fortschritt kämpfen müssen."**

Tatsächlich gibt es zwischen den bürgerlichen Frauenpolitikerinnen und den Frauen der ausgebeuteten Klassen und unterdrückten Nationen keine Gemeinsamkeit. Was Wunder, daß in Mexiko nicht verständigen konnten, sondern die Delegationen der Dritten Welt darüber berieten, wie sie weitere Fortschritte im Kampf um Unabhängigkeit und nationale Befreiung gegen den Imperialismus erringen konnten.

–W.M.–

Sao Tome unabhängig

Am 12. Juli erklärten Sao Tome und Prinzipe, zwei Inseln, die 500 Jahre unter portugiesischer Kolonialherrschaft gestanden haben, ihre Unabhängigkeit. Präsident der Demokratischen Republik von Sao Tome und Prinzipe wurde Manuel Pinto da Costa von der Befreiungsbewegung für Sao Tome und Prinzipe. Anwesend bei der Unabhängigkeitsfeier war der Präsident von Gabun und Befreiungsbewegungen sowie Vertreter der UNO und der Organisation für afrikanische Einheit (OAU) (nach: Hsinhua).

Argentinien: Der Privatsekretär der Präsidentin geht ins Ausland

Am vergangenen Samstag wurde die wichtigste Forderung der argentinischen Gewerkschaft CGT erfüllt: Lopez Rega, der ständige Begleiter, Ratgeber und Privatsekretär der Präsidentin Maria Estela Martinez de Peron, verließ das Land. Er habe den Auftrag, Kontakte zu internationalen Organisationen für Argentinien herzustellen oder zu erledigen, heißt es offiziell. Eine Rückkehr von Lopez Rega wird jedoch in Argentinien nicht erwartet.

Mit der Abreise Regas sind die Fragen nicht entschieden. Wie der Korrespondent der "Süddeutschen Zeitung" am 21.7. berichtet, seien zum ersten Mal die Vertreter der Großagrarier zusammen mit dem Industriellenverein "Union", der eng mit dem Auslandsinteressen verfilzt ist, und Vertretern der "Hochfinanz" aufgetreten, um den Wirtschaftsplan und Wirtschaftsminister Rodrigo zu stützen.

In Indien entwickelt sich der Widerstand

Gegen den von I. Ghandi am 26. Juni verhängten Ausnahmezustand in Indien entwickelt sich der Widerstand in verschiedenen Formen. In Pandjab, dem indischen Bundesstaat an der Grenze zu Pakistan, sollen am 9. Juli mehr als 300 000 Menschen gegen die Maßnahmen von Frau Ghandi demonstriert haben. Das erklärte gegenüber der Londoner "Financial Times" der Präsident der Sikh, die diesen Bundesstaat bewohnen. Aus dem Stamm der Sikh haben die britischen Kolonialherren während ihrer Herrschaft über Indien ihre Elitetruppen gebildet.

In Neu Delhi und Bombay sind Untergrundzeitungen im Umlauf, die einen Aufruf verbreiten, die Einheit der gesamten Opposition zum Sturz des Regimes von Indira Ghandi herzustellen. Der Aufruf kündigt Aktionen an, wie Verteilen von Flugblättern, Organisieren von Streiks und anderes. Mit dem Aufruf wird an den "Geist" und die Widerstandsformen von 1942 gegen die britische Kolonialherrschaft angeknüpft. Der Aufruf scheint befolgt zu werden, besonders im Bundesstaat Gudjerat, wo mehrfach Schweigemärsche von Studenten organisiert wurden und täglich mehrere Hundert Personen festgenommen werden.

Klarer Sieg für die schwedischen Waldarbeiter

Der große Streik der schwedischen Waldarbeiter ist vorbei. Er dauerte zehn Wochen und endete mit einem großen Sieg für die streikenden Arbeiter. Sie erkämpften die Abschaffung des bisherigen Akkordsystems und die Einführung eines festen Monatslohns von 4 000 Kronen.

Der Streik der Waldarbeiter war ein bahnbrechender Kampf. Zum erstenmal seit 1930 konnte eine Gruppe von Arbeitern die Gewerkschaftsführung dazu zwingen, die Verhandlungen unter den von den Arbeitern gestellten Bedingungen zu führen. Schon seit 1965 haben die Waldarbeiter festen Monatslohn gefordert, aber diese Forderung ist von der Gewerkschaftsführung konsequent sabotiert worden. Nun brauchten die Arbeiter nur zehn Wochen, um ihre Forderung durchzubringen.

Der Streik ist zu Ende, aber der Kampf der Waldarbeiter geht weiter. Die reaktionäre Gewerkschaftsführung wird versuchen, die weitere Entwicklung der Kampffront mit allen Mitteln zu verhindern. Die Waldarbeiter werden das Streikkomitee beibehalten und als Mittel einsetzen, um die Holzarbeitergewerkschaft zu einer Kampforganisation zu machen.



Kambodschaner beim Bau eines Bewässerungssystems

Das kambodschanische Volk Herr des Landes und der Revolution

Das kambodschanische Volk hat niemals eine Epoche in seiner Geschichte gekannt, wo es so frei und unabhängig war und die Macht in Händen hielt wie jetzt. Es ist Herr seines Landes und der Revolution. Es lebt in einer wirklich demokratischen Gesellschaft. Jeder ohne Ausnahme nimmt an der Produktion teil, am Aufbau und der Verteidigung eines neuen Kambodscha auf allen Gebieten: politisch, militärisch, wirtschaftlich, sozial und kulturell. Diese festen revolutionären Prinzipien führen das kambodschanische Volk zu immer neuen Siegen wie z.B. hier im Distrikt Angkor Chay in der Provinz Takeo. Die Bewohner und ihre Solidaritätskomitees sind dabei, die Kriegsschäden zu beseitigen und gleichzeitig neue Bewässerungsanlagen zu bauen. Im ganzen Distrikt haben sie an 83 Orten Staudämme von 150 bis 1 000 Metern Länge, 3 bis 4 Metern Breite und 3 Metern Höhe errichtet. Sie haben vier Kanäle von 1 000 Metern Länge, 2,5 Metern Breite und 2 Metern Tiefe gegraben.

Durch dieses Bewässerungssystem sind sie in der Lage, zwei oder gar drei Reisernten im Jahr einzubringen. Ihr Ziel ist es, dadurch das Hochwasser- und Bewässerungsproblem vollständig zu lösen, die Reisproduktion um 200 Prozent zu steigern und das Lebensniveau der ganzen Bevölkerung zu erhöhen.

Ähnliche Erfolge wie in diesem Distrikt erzielen die Volksmassen überall im Land durch ihren kollektiven Einsatz unter Führung der FUNK.

Befreiungskampf in Südafrika

Interview mit Zola Sonkosi, einem Vertreter der Befreiungsbewegung von Anzania (Südafrikanische Republik)



Die schwarzen Minenarbeiter aus den Reservaten müssen für die Zeit ihres Vertrages in solchen Löchern hausen. Die Ausbeutung der schwarzen Minenarbeiter wird von den Minenbesitzern ständig verschärft. Als Lohn bekommen sie höchstens ein Viertel von dem, was weiße Minenarbeiter erhalten.

Unter welchen Bedingungen der Befreiungskampf in Anzania, der Südafrikanischen Republik, gegen das rassistische Vorster-Regime geführt werden muß, davon berichtet Zola Sonkosi, ein Vertreter des ANC (African National Congress, Befreiungsbewegung von Anzania), in dem folgenden Interview. Daß die Imperialisten an dem Vorster-Regime festhalten und es mit allen Mitteln aufrüsten, das wird in dem folgenden Artikel dargelegt, der enthüllt, wie westdeutsche Banken mit Billigung der SPD- und DGB-Führung gerade jetzt einen 70-Millionen-DM-Kredit an das Vorster-Regime vergeben.

Frage: Wie verändert die Unabhängigkeit von Mozambique die Bedingungen für die Befreiung von Anzania? Welche Wirkung hat sie auf die afrikanischen Massen in der Südafrikanischen Republik?

Zola Sonkosi: Wir betrachten die Entwicklung in Mozambique als große Hilfe für uns. Zum ersten Mal gibt es jetzt ein an die Südafrikanische Republik grenzendes Land, mit dem wir freundschaftliche Beziehungen unterhalten. Die Existenz eines freien Mozambique eröffnet uns die Möglichkeiten, jetzt auch in Südafrika den bewaffneten Kampf zu führen. Dann darf man nicht übersehen, daß Zimbabwe (Rhodesien) und Namibia (Südwestafrika) in jeder Beziehung südafrikanische Kolonien sind. Die Unabhängigkeit von Mozambique bedeutet für den bewaffneten Kampf in Zimbabwe und Namibia, daß die Truppen des Vorster-Regimes sich nicht in einem der beiden Länder konzentrieren können, sondern daß die Rassisten gezwungen sein werden, ihre militärische Stärke zu zersplittern. Indem wir auch in der Südafrikanischen Republik den bewaffneten Kampf aufnehmen, stärken wir dadurch auch den Kampf in Zimbabwe und Namibia.

Gibt es Unterschiede beim Befreiungskampf in Südafrika, das in eurer Sprache Anzania heißt, gegenüber dem Kampf in Mozambique und anderen afrikanischen Ländern?

Zola Sonkosi: Unsere gegenwärtige

Zola Sonkosi: Unsere gegenwärtige Strategie in der Südafrikanischen Republik unterscheidet sich von dem Vorgehen der FRELIMO in Mozambique. Die Macht der Rassisten in der Südafrikanischen Republik konzentriert sich in den Städten, weil es ein Industrieland ist. Wir müssen deshalb sowohl vom Land in die Städte als auch in umgekehrter Richtung operieren. Durch die "Homeland-Politik" des Vorster-Regimes gibt es keine strenge Trennung zwischen Bauern und Industriearbeitern. Nur die, die als Lohnarbeiter eingesetzt werden, dürfen in die Städte, die Familien und Arbeitslosen müssen in den Reservaten, den sogenannten Homelands, zurückbleiben. Dadurch gibt es ein starkes Hin- und Herpendeln zwischen dem Land und den Städten.

Die jetzige Phase sehen wir als Vorbereitung des bewaffneten Kampfes, den wir im Augenblick noch nicht führen können. Durch die Intensivierung der politischen Arbeit versetzen wir die Massen in die Lage, im gegebenen Augenblick den bewaffneten Kampf führen zu können, d.h. in den Städten auf eine verstärkte Guerilla-Tätigkeit hinzuarbeiten. Nur dadurch können wir die Machtzentren zerstören und gleichzeitig westliche Unternehmen davon abhalten, weiter zu investieren. Dadurch isolieren wir die südafrikanischen Rassisten von ihren Herren, die im Ausland sitzen. Diese werden Südafrika verlassen, wenn es durch den bewaffneten Kampf nicht mehr möglich ist, profitabel zu investieren.

Auf welche Kräfte kann der Befreiungskampf sich hauptsächlich stützen?

Zola Sonkosi: Der ANC sieht in den Arbeitern das Machtzentrum für den bewaffneten Kampf. Die Minenarbeiter machen die Mehrheit aus, über 60 % der Arbeiter in der Südafrikanischen Republik. Sie kommen aus dem ganzen südlichen Afrika. Der Kampf in Mozambique hat ihnen ein politisches Bewußtsein verliehen. Die Arbeiter, die aus Mozambique kommen, berichten über den erfolgreichen Kampf, was viele davon überzeugt, daß das Regime in der Südafrikanischen Republik nicht so stark ist, wie es erscheint, da es in Mozambique eine Niederlage durch Menschen erlitten hat, die meist keine modernen Waffen, aber ihre Entschlossenheit zu kämpfen hatten.

Folge davon sind zahlreiche Streiks seit 1972. Es gibt in der Südafrikanischen Republik keine Industrie, in der nicht gestreikt wurde, obwohl das Vorster-Regime äußerst brutal gegen die Minenarbeiter und Industriearbeiter vorgeht. Während der Streiks für höhere Löhne, bessere Lebensbedingungen und politische Rechte werden sie brutal zusammengeschlagen und viele erschossen. Ohne viel Zutun durch uns haben die Arbeiter erkannt, daß sie ihre Ziele nur errei-

kannt, daß sie ihre Ziele nur errei-

chen, wenn sie selbst die Herren in den Minen sind und die Produktionsmittel besitzen. Ohne daß sie zur Schule gehen konnten, haben viele Minenarbeiter das erkannt, indem sie Kollegen sterben sehen im Kampf für die gemeinsamen Rechte und sich dabei fragen: Warum sollen wir uns niederschießen lassen, ohne wirklich zu kämpfen?



Die hellgrauen Flächen im Gebiet der Südafrikanischen Republik sind die sogenannten Homelands. Das sind Reservate.
Das Bevölkerungsverhältnis ist folgendermaßen: Den 19 % weißen Siedlern stehen 70 % Afrikaner gegenüber und 11 % andere Farbige, zum Beispiel Inder.

Gibt es Einigkeit über den Weg des Kampfes unter den Organisationen der Afrikaner?

Zola Sonkosi: Im Dezember 1974 hat in Südafrika ein Kongreß von historischer Bedeutung stattgefunden. Daran haben die politischen Gruppen und Organisationen teilgenommen, die im Untergrund in der Südafrikanischen Republik arbeiten, wie der ANC, der Panafrikanische Kongreß, die Unity Movement, Organisationen der sogenannten "Coloured" (Inder z.B.) Sie kamen zur Überzeugung, daß es auch in Anzania nur einen Weg zur Befreiung gibt, den Weg des bewaffneten Kampfes, wie er in Mozambique eingeschlagen wurde und wie er in Zimbabwe und Namibia eingeschlagen wird.

Welche Störmanöver unternimmt der Feind, um den Befreiungskampf zu torpedieren?

Zola Sonkosi: Vorster sah sich vor der Gefahr, nicht nur ein revolutionäres Mozambique als Nachbar zu haben, sondern von revolutionären Regierungen im südlichen Afrika umgeben zu sein. Es wurde auch versucht, die FRELIMO daran zu hindern, an die Macht zu kommen; dazu wurde der Putsch von Afrikanern, die Marionetten sind, z.B. Simdugo, zusammen mit weißen Faschisten inszeniert, die die Unabhängigkeit erklärten. Dabei bedienten sich die westlichen Imperialisten Südafrikas als Mittelsmannes, um den Sturz der "Zitadelle" zu verhindern. Die Intrige ist vorbei, und wir haben Mozambique. Dann ging es den Imperialisten darum, zu verhindern, daß die MPLA in Angola an die Macht kommt. Das gleiche spielt sich in Rhodesien ab, wo die ZANU und die fortschrittlichen Kräfte zerstört werden sollten. Vorster sah es so, daß er darauf hinarbeitet, in einem freien Zimbabwe einige Marionetten zu haben, die mit ihm kooperieren. Dazu wollte er die umliegenden afrikanischen Länder "kaufen" mit dem sogenannten "Dialog", wie er es z.B. bei Sambia und Zaire versucht. Ziel ist es, Regierungen mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten viel wirtschaftliche und militärische Hilfe anzubieten und dafür zu verlangen, daß sie den bewaffneten Kampf nicht mehr unterstützen, dafür aber solche Kräfte, die zu Kompromissen mit den Imperialisten und ihrem System bereit sind. So wollen sie z.B. in Südafrika eines Tages den Häuptling Butulesi als Premierminister der Südafrikanischen Republik sehen, der nichts gegen das kapitalistische System hat, sondern nur da, wo er jetzt Weiße sieht, Schwarze sehen möchte.

Wir, aber auch die Massen in Südafrika haben jede Form des Dialogs abgelehnt. Wir sagten, daß ein Dialog mit den Weißen in Südafrika nur zustandekommen könnte auf Grundlage der Freilassung aller politischen Gefangenen, der Aufhebung aller Apartheidgesetze, dem Außerkraftsetzen der Verfassung und der Bildung einer provisorischen Übergangsregierung, wie es sie in Mozambique vom September bis jetzt gegeben hat. Die Grundlage einer Lösung ohne bewaffneten Kampf liegt darin, daß die Rechte der afrikanischen Mehrheit anerkannt werden, die Rechte der Massen, die Rechte der Arbeiter.

Aber das wird nicht freiwillig sein, es wird uns niemand befreien, vielmehr müssen wir das selber tun. Wir sagen den Massen, daß sie nur sich befreien werden, wenn sie sich, um zu kämpfen, in einer Einheitsfront zusammenschließen. Wir hoffen auch, daß mit der Zeit einige weiße Arbeiter erkennen, daß der richtige Weg der ist, zusammen mit den schwarzen Arbeitern für eine echte Demokratie, ein echtes sozialistisches System in Südafrika zu kämpfen, ein System, in dem die Ausbeutung abgeschafft ist und die Produktionsmittel und das Land in das Eigentum der Arbeiter und Werktätigen des Volkes übergehen.

Was können wir in Westdeutschland tun, um Euren Kampf zu unterstützen?

Zola Sonkosi: Wir halten es für wichtig, daß die Genossen in der BRD aufgeklärt werden über die Rolle, die der westdeutsche Imperialismus in Südafrika spielt, daß er versucht, die Südafrikanische Republik zu unterstützen und gleichzeitig sich Marionetten zu schaffen, die seinen Interessen dienen, für den Fall, daß die weiße Minderheitenherrschaft nicht mehr haltbar ist. Wirtschaftsboykotte und Appelle an die BRD-Regierung, wie das einige Gruppen machen, sind unserer Meinung nicht der richtige Weg, sondern der richtige Weg ist nur die Unterstützung des bewaffneten Kampfes für ein freies Zimbabwe, Namibia und Anzania.

70 Mill. DM für das Vorster-Regime

Wie im "Handelsblatt" vom 10. Juli, Seite 21, berichtet wird, hat die Gesellschaft "Südafrikanische Eisenbahnen und Häfen" einen Kredit in Höhe von 70 Millionen DM bekommen von einem Konsortium internationaler Banken wie der Berliner Handels- und Frankfurter Bank, der Deutschen Bank, Hill, Samuel & Co., Hessischen Landesbank, Deutschen Genossenschaftskasse, Zentralbank der Genossenschaften u.a.

SPD- und DGB-Führung stehen hinter dem Kredit

Festgestellt werden kann, daß SPD und DGB sich daran gewöhnt haben, bei ihren jährlichen Hauptversammlungen Resolutionen zu verabschieden, in denen sie die Politik der Apartheid und den Kolonialismus verurteilen. Außerdem führen sie einen Haufen Seminare über Südafrika durch, die dasselbe machen. SPD und DGB geben vor, die UNO-Resolutionen zu unterstützen, die wirtschaftliche, kulturelle, politische und militärische Beziehungen mit den Regimes von Vorster und Smith im südlichen Afrika verurteilen und verbieten.

Aber die Taten von SPD und DGB entsprechen nicht ihren Worten. In Worten sind sie gegen Apartheid und Kolonialismus, während sie beides in Wirklichkeit unterstützen. Die fortschrittlichen Resolutionen sind dazu da, die deutschen Arbeiter glauben zu machen, daß die Führung von SPD und DGB auf der Seite der Arbeiter stehen würden. Es ist aber so, daß DGB und SPD wesentliche, wenn nicht führende Anteile an der Zentralbank der Genossenschaften haben, einigen Anteil an Hill, Samuel & Co., und der Vorstand der Hessischen Landesbank wird dominiert durch führende Persönlichkeiten von SPD und DGB.

Der 70-Millionen-Kredit an Südafrika **von diesen Banken ist ein Versuch,** die wirtschaftlichen Sanktionen und die Blockade von Rhodesien durch die FRELIMO-Regierung in Mozambique zu bekämpfen.

Die Verwendung des Kredits

Der Kredit wird dazu benutzt werden, die **Eisenbahnverbindung zwischen der Südafrikanischen Republik und Rhodesien** zu entwickeln, so daß die neue Linie, die durch **Breitbridge** geht, verdoppelt werden kann, um die Blockade der Bahnlinie von Salisbury nach dem Hafen Beira in Mozambique auszugleichen.

Der Kredit wird auch dazu dienen, den **Hafen Richards Bay an der Küste des Zululandes** auszubauen, so daß Kohle von Ost-Transvaal rasch in die BRD transportiert werden kann. Die westdeutschen Imperialisten schließen die meisten Kohlebergwerke im Ruhrgebiet und werfen dabei eine Menge Arbeiter auf die Straße. Der Grund hinter all dem ist, daß sie in Südafrika billiger abbauen können als in der BRD, selbst unter Berücksichtigung der Transportkosten. Die Ursache für diese billigere südafrikanische Kohle ist die Möglichkeit, in den Kohlengruben eine Art schwarze Sklavenarbeit einsetzen zu können. Die schwarzen Kohlengrubenarbeiter widersetzen sich natürlich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln diesen Bedingungen der Sklaverei. Aber die Kredite stärken die südafrikanischen Rassisten und Lakaien der Imperialisten.

Die größten Verbrecher in diesem Prozeß sind solche Firmen wie Ruhrkohle AG und Mannesmann, unterstützt durch die Führung von DGB und SPD. Ihre Kredite führen zur Entlassung westdeutscher Kohlearbeiter und verstärken die Leiden und die Unterdrückung der schwarzen Arbeiter in Südafrika.

Ein Teil der Kredite wird für die Entwicklung und den Ausbau der Einrichtungen im **Hafen Simonstown** nahe Kapstadt verwendet, damit **alle Typen von NATO-Überseebooten und andere NATO-Flotteneinheiten** dort Anlege- und Dockmöglichkeiten haben. Simonstown ist faktisch zum größten NATO-Flottenstützpunkt im Südatlantik geworden. Das Hauptziel des Flottenstützpunktes in Simonstown ist es, jeden kommunistischen Einfluß in Südafrika zu kontrollieren und zu verhindern. Von hier sollen Anschläge gegen die Volksdemokratische Republik Mozambique und gegen die Befreiungsbewegungen in Namibia, Zimbabwe (Rhodesien) und Azania (Südafrika) ausgeführt werden.

Ein zweischneidiges Schwert: Kampf der unterdrückten Völker und der Arbeiterklasse gegen Imperialismus

Das sind die drei Hauptabsichten hinter dem Kredit. Die 70 Millionen DM gehören den westdeutschen Arbeitern. Sie wurden ihnen **indirekt** von den westdeutschen Imperialisten gestohlen, die dabei von der Führung der SPD und des DGB unterstützt wurden, damit ihre sterbenden Lakaien Vorster und Smith gerettet würden.

Aber diese Kredite werden den bewaffneten Kampf für eine volksdemokratische Herrschaft in Südafrika weder aufhalten noch verhindern. Andererseits müssen die westdeutschen Arbeiter aufwachen und erkennen, daß der Kampf gegen die Imperialisten an allen Fronten vorangetrieben werden muß, er muß wie ein zweischneidiges Schwert sein. Der Kampf gegen die westdeutschen Imperialisten bedeutet eine echte Solidarität für die kämpfenden Massen in Südafrika. Denn ohne finanzielle Hilfe westeuropäischer Imperialisten würden die Regimes von Vorster und Smith rasch zusammenbrechen.

Die Parole "Hoch die internationale Solidarität" muß ernst und praktisch begriffen werden.

-S.

Szenen aus einem Theaterstück zur Jugendarbeitslosigkeit der Theatergruppe Kiel

Die Berufsausbildung darf nicht länger Sache der Kapitalisten sein
Die Einheitsschule muss her

Dritte Szene: Vor dem Arbeitsamt

Sprecher: Ende Januar 1975 gab es in der BRD bereits 123 100 Arbeitslose unter 20 Jahren. Ein Drittel von ihnen war ohne jede Berufsausbildung, ein Drittel wurde arbeitslos direkt nach der Ausbildung und ein Drittel wurde arbeitslos, nachdem sie Arbeit bekommen hatten. Fast 70 % sind also arbeitslos, ohne überhaupt eine Berufsausbildung zu haben. Die Jugendarbeitslosigkeit verschlimmert sich, je mehr die kapitalistische Wirtschaftsordnung in eine Krise gerät. Viele Jugendliche lernen die Arbeitslosigkeit schon kennen, bevor sie überhaupt in den Produktionsprozeß eingetreten sind.

1. Lehrling: *singt ein Lied*

Hänschen Klein, ging allein
ins Kieler Arbeitsamt hinein,
ohne Geld –
beschiss'ne Welt –
als Tausendster bestellt.
Aber sie bedauern sehr:
's gibt leider keine Stelle mehr!
Geh wieder heim!
Er ist allein.
Fragt sich: muß das so sein?

2. Lehrling: Mann, ist das eine Scheiße, da denkst Du, Du hast es geschafft, hast Dir ne Lehrstelle ergattert. Und dann flieg'ste nach nem Jahr raus, ohne Ausbildug, ohne Job. Meine Eltern sind natürlich sauer, daß ich ihnen auf der Tasche liege, denn mit meinem bißchen Arbeitslosenunterstützung komme ich überhaupt nicht aus.

3. Lehrling: Ich hänge schon seit der Schulentlassung nur rum und lauf mir die Hacken ab nach ner Lehrstelle oder wenigstens nem Job. Aber ich krieg einfach nichts. Und ich bekomme überhaupt kein Arbeitslosengeld, weil ich noch nie gearbeitet hab.

4. Lehrling: Und weil de deinen Alten nicht ewig am Rockzipfel hängen kannst, gibste eines Tags die Suche nach der Lehre auf und bleibst dein Leben lang Hilfsarbeiter.

1. Lehrling: Wenn wir wenigstens Arbeitslosengeld kriegen würden ...

4. Lehrling: ... dann säh das schon etwas anders aus. So mußt du doch jeden Job nehmen, Hauptsache Mäuse, wenn du nicht Automaten knacken willst oder sowas. Und dann erzählen die im Fernsehen noch, die Jugendlichen seien zu faul und zu dumm und wollten gar keine Lehrstelle. Wer kann sich schon leisten, jahrelang auf ne Stelle zu warten?

3. Lehrling: Klare Sache, daß wir Arbeitslosengeld brauchen. Und denn solln die uns doch endlich mal Ausbildungsmöglichkeiten besorgen, damit wir hier nicht rumgammeln und nachher als Hilfsarbeiter die ersten sind, die wieder rausfliegen.

Jugendliche singen ein Lied, Melodie nach dem Arbeitslosen-Rag (Siehe KVZ Nr.17)

So also sieht's mit ner Ausbildung aus:
Wer was lernen will, kann's nur beim Kapitalist,
doch wenn der kürzer tritt, weil's mit'm Profit nicht klappt,
ist's mit ner Lehrstelle schon wieder Mist.

Und die Kleinbetriebe, wo's am besten ging bisher,
haben massenweise dichtgemacht;
doch unsre älteren Kollegen, die da rausgeflogen sind,
haben Arbeitslosengeld nach Haus gebracht.

Es ist wenig genug; sie fordern 80 Prozent!
Wir schließen uns ihnen an,
und fordern 60 Prozent vom Facharbeiterlohn –
denn wir kommen ja an keine Stelle ran!

60 Prozent vom Facharbeiterlohn,
weil wir auch Arbeitslose sind
und nicht dulden, daß der Kapitalist
uns alle auseinanderbringt!

Mit allen zusammen, die noch Arbeit haben,
und mit denen, die schon auf der Straße stehn,
wird jetzt Front gemacht und unsre Forderung angebracht –
dann wird's im Kampf auch vorwärts gehn.

Gesprochen:
Doch die Sache mit dem Arbeitslosengeld
ist nur die Hälfte vom Problem:
Lernen wollen wir auch noch was!
Wie's in den Schulen aussieht, werden wir gleich sehn.

Girgensohn, Kultusminister von Nordrhein-Westfalen, tritt auf

Girgensohn: Liebe Jugendliche! Der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands liegen Ihre Probleme schon seit längerer Zeit sehr am Herzen. Wir werden alles nur in unserer Macht Stehende unternehmen, und ich werde in meiner Funktion als Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen meinen ganzen Einfluß geltend machen, um Ihnen die Möglichkeit einer sinnvollen Berufsausbildung zu schaffen. Schenken Sie uns ruhig Ihr Vertrauen. Wir werden uns in harten, aber sachlichen Verhandlungen mit den zuständigen Stellen um eine alle Seiten befriedigende Lösung bemühen.

Lehrlinge: Sprüch machen kann jeder! – Der schnackt auch viel, wenn der Tag lang ist! – Wart doch mal ab, was bei rauskommt.

Girgensohn schleicht sich hinter den Lehrlingen vorbei und geht zum Kapitalisten Amerongen, der auf der anderen Seite der Bühne steht. Als Kultusminister hat Girgensohn im Februar 1975 ein Sonderprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit vorgelegt, mit dem er 20 000 Jugendliche von der Straße bringen wollte. Er legt dem Kapitalisten seine Vorschläge vor, die darin bestehen, daß aus Staatsgeldern bei den Kapitalisten Werkstätten gemietet werden, die dann als "überbetriebliche Lehrwerkstätten" zur Ausbildung der Jugendlichen verwandt werden sollen. Nach Vorstellung Girgensohns soll in diesen überbetrieblichen Lehrwerkstätten Stufenausbildung betrieben werden, und wenn die Lehrlinge die Kurzausbildung beendet haben, sollen sie von der weiteren Berufsschulpflicht befreit werden. Kein Wunder, daß den Kapitalisten dieser Plan schmeckt.

Fünfte Szene: Überbetriebliche Lehrwerkstätten

Amerongen geht von Girgensohn zu den Lehrlingen

Amerongen: Nach schwierigen Verhandlungen mit den staatlichen Stellen haben wir für Sie, jugendliche Mitbürger, zahlreiche Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen, die es Ihnen ermöglichen – äh, erlauben bzw. gestatten, eine gesicherte berufliche Bildung sich äh gewissermaßen zu sichern.

Lehrlinge *im Chor:* Au, wie ist das fein,
jetzt kommen wir in ne Lehre rein.

Kapitalist *geschmeichelt:* Und nicht nur in eine x-beliebige Lehre, sondern in eine überbetriebliche Lehrwerkstatt, die nach den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen ausgestattet ist und es Ihnen ermöglicht, sich ein solides berufliches Wissen anzueignen. Wir hoffen – äh – daß Sie dieses zu würdigen wissen: Nur wenige ausgesuchte Kräfte kommen in den Genuß dieser Hilfsmaßnahme.

1. Lehrling: Als was werden wir denn ausgebildet?

Amerongen: Sie erhalten bei uns zunächst eine zehnmonatige Grundausbildung als Metallwerker. Diejenigen, die hierbei gute Leistungen erbringen, erhalten dann im zweiten Jahr eine Fachausbildung als Rohrschlosser, Machinenfacharbeiter undsoweiter undsoweiter. Auszubildende mit ganz besonders guten Leistungen können sich dann auch noch im dritten Lehrjahr zu qualifizierten Facharbeitern ausbilden lassen, wie zum Beispiel Stahlbauer, Werkzeugmacher.

2. Lehrling: Irgendwie kommt mir das doch bekannt vor. Warum kann man sich denn nicht von vorneherein zum Werkzeugmacher ausbilden lassen? Was machen denn die, die "nur" durchschnittliche Leistungen haben?

Amerongen: So, jetzt aber genug der langen Worte. Hopp hopp an die Arbeit.



Theatergruppe Kiel

Er weist sie in die Fließbandarbeit ein. Ein Trommler gibt den Takt an, zu dem die Lehrlinge am Fließband arbeiten müssen.

Nach einer kurzen Zeit:

1. Lehrling: Sagen Sie mal, Herr Amerongen, was machen wir hier denn eigentlich?

Amerongen: Teile für Apparate

1. Lehrling: Ach sooooo ...

Wieder verstreicht ein Moment

2. Lehrling: Was hat denn das mit Ausbildung zu tun, was wir hier machen? Das ist doch ganz gewöhnliche Fließbandarbeit!

3. Lehrling: Das siehst Du nicht ganz richtig. Die überbetrieblichen Lehrwerkstätten sind nämlich fortschrittlich. Die fortschrittlichste Ausbildung nämlich ...

Alle Lehrlinge *im Chor:* Herr Amerongen, was hier mit uns geschieht, ist keine Lehre, sondern Arbeit für Ihren Profit!

Amerongen: Aber aber, warum denn so aufmüpfig, meine Herren



Lehrlingsdemonstration am 14.6. in Hannover

Auszubildenden? Erstens sind Lehrjahre keine Herrenjahre und zweitens ...

Zwischenruf eines Lehrlings: Langweilig!

Amerongen: ... und zweitens haben wir für die Ausbildung ja die Berufsschule. Hier dürfen Sie lernen und werden von uns auch noch dafür bezahlt.

Lehrling: 250 Mark im Monat, daß ich nicht lache!

6. Szene: In der Berufsschule

Alle Lehrlinge sitzen in der Berufsschule auf ihren Plätzen und hören dem Berufsschullehrer zu. Der liest aus dem Lehrbuch "Stifte mit Köpfen" von Werner Geifrig vor.

Lehrer: Wir leben in einer Demokratie. *Er zitiert aus dem Schulbuch:* "Jeder hat die Pflicht, sich in die Gemeinschaft einzuordnen und ihr mit allen Kräften zu dienen. Wenn Ihr das beherzigt, werdet Ihr täglich aufs neue erkennen: Es ist der Sinn des Lebens auf der Erde, miteinander und füreinander zu schaffen, zu leben und dabei froh und glücklich zu sein."

1. Lehrling: Ist das hier eine Religionsstunde? Ich denke, wir haben jetzt Sozialkunde?

Lehrer: Deine vorlaute Bemerkung will ich überhört haben.

2. Lehrling: Miteinander und füreinander schaffen ist gut.

3. Lehrling: Wir schaffen für unseren Boss, das ist klar. Der nützt uns aus bis auf die Knochen, nur um sich persönlich zu bereichern.

Lehrer: Das siehst Du völlig falsch, viel zu einseitig. Bedenk doch mal das ungeheure Risiko, das so ein Firmeninhaber eingeht. *Wieder zitiert er:* "Die meisten Betriebe, die alle so eifrig für das Wohl der anderen Menschen sorgen, sind durch die Unternehmungslust und Entschlußkraft eines Mannes entstanden, der es unternahm, einen solchen Betrieb zu gründen. Er kaufte Werkzeuge und Maschinen, um für andere Menschen Güter zu erzeugen oder Dienste zu leisten. Je mehr und je bessere Ware er erzeugt, desto mehr kommt das ihm und den anderen Menschen zugute. Andererseits kann er auch Unglück haben, seine Waren werden nicht gekauft, sein Betrieb geht schlecht und bricht schließlich zusammen. Deshalb geht der Unternehmer eines Betriebes ein großes Wagnis ein, und mancher hat dabei schon sein ganzes Vermögen verloren." –

Das ist die Kehrseite der Medaille, die müßt Ihr auch mal sehen.

4. Lehrling: Risiko hin, Risiko her. Das größte Risiko trägt doch der Arbeiter. Ohne Arbeiter könnte doch Ihr Mann seinen Betrieb gar nicht führen. Die Arbeiter bezahlt er so, daß sie gerade existieren können. Aber er streicht die Gewinne ein. Und wenn der Betrieb schlecht läuft, dann sitzen doch als erste die Arbeiter auf der Straße, oder? Das nenne ich Ausbeutung.

Lehrer: Schluß jetzt! Diktat! "Sind große Unternehmer wirklich Ausbeuter der Arbeiterschaft?"

Lehrlinge *erst allein, dann gemeinsam:* Unternehmer sind wirklich Ausbeuter der Arbeiterklasse!

Lehrer *wiederholt heftig den ersten Diktatsatz, dann:* Auch für den Arbeiter ist es vorteilhaft, wenn er nicht die höchsten Lohnforderungen durchzudrücken versucht.

Lehrlinge *wie vorher:* Auch für den Arbeiter ist es vorteilhaft, wenn er die höchsten Lohnforderungen durchsetzt.

Lehrer *wiederholt beharrlich den zweiten Diktatsatz*

1. Lehrling *springt auf:* Wie lange wolln wir uns diesen Scheiß hier denn noch anhören?

2. Lehrling: Völlig tote Hose, dieser ganze Kram. Ob in Alaska ne Kühlschranktür zufällt oder wir hier sitzen, das ist doch völlig egal. Genauso könnten wir Tüten kleben.

3. Lehrling: Erst stehste am Band und wirst ausgenommen und das ganze nennt sich auch noch Ausbildung – und hier hörste noch fromme Sprüche dazu, daß das ganze eben so sein muß. Das hältst du doch im Kopf nicht aus.

4. Lehrling: Solange die Geldsäcke den Finger auf der ganzen Ausbildung haben, wird das nie anders. Die denken doch nur an ihren Reibach. Da lernen wir nur soviel, wie für den einzelnen Betrieb gerade nötig. Durchblick, denn kriegste da auch nicht. Oder du lernst gar nichts, weil ungelernte Arbeitskräfte eben billiger sind.

Alle *im Chor:* Die Unternehmer denken nur an den Profit,
doch da machen wir jetzt nicht mehr mit!

Das folgende stakkatoartig gesprochen

1. Lehrling: Wir brauchen ne Ausbildung, wo wir'n Durchblick kriegen!

2. Lehrling: Die von Arbeitervertretern kontrolliert wird.

3. Lehrling: Das Recht auf Ausbildung bis zum 18. Lebensjahr nicht nur aufm Papier, sondern in der Praxis.

Für alle gleich.

Schluß mit dem dreigliedrigen Schulsystem.

Die Einheitsschule muß her.

4. Lehrling: Und jetzt sofort müssen jugendliche Arbeitslose ne Facharbeiterausbildung machen können.

Alle *im Chor:* Die Unternehmer denken nur an den Profit
doch da machen wir jetzt nicht mehr mit.
Wir wollen was lernen, wo wir'n Durchblick kriegen
Und 'ne Ausbildung für die, die auf der Straße liegen!

Die Theatergruppe ist über die Ortsgruppe Kiel des Kommunistischen Bundes Westdeutschland erreichbar.

2300 Kiel
Schulstraße 12